

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgepaltene Kolonne,
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Berichts-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetrate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kreisprediger: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Samstag, den 7. November 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Zum Sturm aufs Rote Haus!

Morgen finden in 14 Kommunal-Wahlbezirken der dritten Abtheilung Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Die Sozialdemokratie hat hierbei einen Bestands von sechs Bezirken zu verteidigen und steht vor der Aufgabe, acht neue Mandate zu erobern. Der Wahlkampf wird heftig sein. Die Bourgeoisie fühlt, daß es ihr an den Krügen geht, und deshalb haben die sonst feindlichen Brüder der bürgerlichen Parteien sich der Sozialdemokratie gegenüber zu einem freisinnig-nationalliberal-konservativ-katholisch und polnischen Mischmasch-Kartell zusammengeschlossen, um die bedrohte Stütze auf dem Rathhause noch einmal zu retten. Unseren Parteigenossen kann, glauben wir, nichts erwünschter sein, als diese Situation. In dem großen Befreiungskampfe des Proletariats giebt es nur ein Hüben und ein Dräuben. Daß in dem Kampfe um das Rathhaus sich dieselbe Schlachordnung anstellt, ist der beste Beweis dafür, daß die Sozialdemokraten im Rothern Haus ziel- und zweckbewußt die richtigen Mittel angewendet haben, um der Bourgeoisie begreiflich zu machen, daß die Arbeiterklasse entschlossen ist, der privatkapitalistischen Interessenwirtschaft in der städtischen Verwaltung ein Ende zu machen.

Morgen ist der dritte Theil der städtischen Wähler aus der dritten Abtheilung berufen, sein Urtheil abzugeben über die Grundzüge, nach denen in Berlin auf kommunalem Gebiete gewirkt werden soll. Mit den privilegierten Wählern der ersten und zweiten Abtheilung hat die Arbeiterklasse nichts gemeinsam, von den Vertretern des Geldsacks hat das Proletariat nichts zu erwarten. Deshalb muß alle agitatorische und propagandistische Kraft auf die dritte Abtheilung verwendet werden. Die Hunderttausende, deren Arbeitskraft von einer kleinen Minderheit ausgebeutet wird, die arbeitende Bevölkerung, das wirtschaftliche Opfer der Profitgier, die Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die kleinen Beamten, kurz alle, die gegen lärglichen Lohn frohuden müssen, — sie bilden zwar die erdrückende Mehrheit der städtischen Wähler, aber die Handvoll reicher und wohlhabender Leute haben unter der heutigen Kapitalherrschaft infolge des Dreiklassen-Wahlsystems die Zweidrittel-Majorität im Stadt-Parlament. Daran ist im Augenblick nichts zu ändern, von der Bourgeoisie ist nicht zu erwarten, daß sie für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Gemeinde-Vertretungen mobil macht. Verleugnet doch selbst der Freisinn jetzt diese Forderung, weil er fürchtet, die Mandate der dritten Abtheilung an die Sozialdemokratie zu verlieren, wenn auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählt wird. Können wir also auf keine Mandate der ersten und zweiten Abtheilung rechnen, so erwächst für die Parteigenossen die doppelte und dreifache Pflicht, alles aufzubieten, um die dritte Abtheilung für die Sozialdemokratie zu erobern. Die übergroße Mehrheit der Wähler in dieser Abtheilung gehört ihrer politischen Ueberzeugung nach zur Sozialdemokratie, hat keine anderen wirtschaftlichen Interessen als diejenigen der Arbeiterklasse, ist politisch rechtloser als die Besitzenden und muß daher bei der Wahl von Gemeindevertretern sozialdemokratisch wählen, damit wenigstens in der dritten Abtheilung die Volkstimme rein und klar zu unverfälschtem Ausdruck kommt. Je mehr Sozialdemokraten gewählt werden, desto nachhaltiger und wirksamer wird im Rothern Haus dafür gesorgt werden können, daß an Stelle des jetzt herrschenden öden und kaltherzigen Monarchenthums eine wahrhaft volkshämische und arbeiterfreundliche Kommunalpolitik Platz greift. Die Sessel der dritten Abtheilung müssen fortan aus sozialdemokratischem Holz geschnitten werden, und damit müssen die Wähler morgen den Anfang machen. Mann für Mann an die Wahlstätte — die Säumigen angefeuert — die Säumelnden belehrt — die Indifferenten aufgerüttelt — das ist die Aufgabe der Genossen, die Pflicht der Klassenbewußten Arbeiter für morgen. Unsere Partei hat eine vierzehnjährige kommunale Thätigkeit hinter sich. Wir resümieren kurz die Arbeit unserer Genossen im Rothern Haus.

Der Kampf gegen die Miethsteuer war erfolgreich — dieselbe ist seit einigen Jahren abgeschafft.

Die Sozialdemokratie wirkt für Uebernahme des öffentlichen Verkehrs- und Beleuchtungswesens in städtische Regie. Pent sind Straßen und Plätze Ausbesserungsobjekte des bis dahin ungenutzten Privatkapitals — die Sozialdemokratie will die Gesamtheit an die Stelle der aktienbesitzenden Minderheit setzen.

Weiter verlangt die Sozialdemokratie ausreichenden Schutz für die städtischen Arbeiter. Die Stadt soll nicht im Schlepptau des Privatunternehmertums marschieren, sondern durch vernünftige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die städtischen Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie mit gutem Beispiel vorangehen. Vor allem fordert die Sozialdemokratie eine durchgreifende Reform auf dem Gebiete des städtischen Schulwesens, unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel für die Schule, Verabreichung von warmem Frühstück, Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kinder durch ambulante Schulärzte, Verbot gewerblicher Arbeit für Schulkinder vor der Schulzeit, obligatorischer Fortbildungsschul-Unterricht und die Einführung des achtklassigen Gemeindegemeinschaftssystems — das sind die in den letzten Wochen

im Stadtverordneten-Saal verhandelten Forderungen der Sozialdemokratie zur Schaffung einer wirklichen Volksschule. Diesen Forderungen steht — eine Frucht der unablässigen Thätigkeit unserer Genossen — selbst die bürgerliche Majorität der Stadtverordneten nicht mehr ganz so ablehnend gegenüber wie früher — aber um so notwendiger ist es, daß morgen die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten erheblich vermehrt wird, damit diese Forderungen freizugsweise mit immer stärkerem Nachdruck propagirt werden können. Für die städtischen Arbeiter verlangen die sozialdemokratischen Vertreter: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, sowie Errichtung von Pensionskassen, damit die auf dem Schlachtfelde der Industrie arbeits- und erwerbsunfähig werdenden Arbeiter nicht der öffentlichen Armenpflege anheimfallen und damit politisch ganz rechtlos zu Bürgern zweiter Klasse degradirt werden. Gegenüber der vom Magistrat eingenommenen Stellung zu den städtischen Hilfsarbeitern verlangt die Sozialdemokratie eine gänzliche Aenderung des jetzigen Systems. Soweit Hilfsarbeiter nötig sind, muß denselben bei dauernder Beschäftigung Sicherstellung auf Beilegung der Beamtengualität gewährleistet sein. Den Lehrern und Lehrerinnen muß durch auskömmliche und genügende Gehaltsverhältnisse die Arbeitsfreudigkeit an ihrem schweren Beruf erhalten werden; die Reichshauptstadt darf sich hierin nicht von kleineren, weniger finanzkräftigen Kommunen überflügeln lassen.

So strebt die Sozialdemokratie auf allen Gebieten des kommunalen Lebens nach einer gesunden, zeitgemäßen Entwicklung, welche der Gesamtheit der Bürgerschaft zu gute kommen soll. Die auf dem Rathhause herrschende Freisinnsmajorität dagegen sieht diesem Streben feindlich gegenüber, und giebt ihre liberalen Grundzüge mehr und mehr preis, um das siegreiche Vordringen der Sozialdemokratie zu verhindern. Während der Liberalismus des Rathhauses stets bereit ist, für höfliche Broede, Feste, Sedan- und Zentenarfeiern, Geschenke an fürstliche Partien, Anschmückung von Straßen bei Festen fremder Fürsten u. enorme Summen zu bewilligen, verweigert er die Mittel, wenn es sich darum handelt, ernstliche Maßnahmen zu ergreifen, um einen großen Theil der Bürgerschaft vor Arbeitslosigkeit und damit verbundener Noth und Verelendung zu schützen. Wer die Verhandlungen unseres Stadtparlaments verfolgt, weiß, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche in der Gemeinde gleiches Recht für Alle verlangt und die den Schutz der Bedrängten, die Fürsorge für die Enterteten, auf ihre Fahne geschrieben hat. Morgen ist der Tag der Abrechnung. Wer mit dem Volke fühlt, kann nur sozialdemokratisch wählen. Deshalb ergeht noch in letzter Stunde die Mahnung an die Parteigenossen und Arbeiter, sich allesamt an der Wahl zu betheiligen, damit die sozialdemokratischen Kandidaten mit großer Majorität gewählt werden. Niemand darf zurückbleiben. Wer sein Wahlrecht nicht ausübt, verliert seine Pflicht gegen sich selbst und gegen die Partei. Nur diejenigen Wähler, die wollen, daß es im Rathhause in dem alten Schindrian weitergeht, die bezüglich des Schulwesens, der Armen- und Krankenpflege nur das Allernothdürftigste thun, die den Arbeiterstand vernachlässigen, die Handwerker bei Vergabung städtischer Arbeiten nicht berücksichtigen, dagegen die Großunternehmer auch fernher bevorzugen wollen, werden den Wahlurnen morgen fernbleiben oder die bürgerlichen Mischmasch-Kandidaten wählen.

Alle diejenigen Wähler dagegen, die dafür eintreten, daß Schule, Armen- und Krankenpflege mit wahrhaft freierthlichem und brüderlichem Geiste erfüllt werden, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter aufgebessert, daß in städtischen Betrieben umfassender und durchgreifender Arbeiterschutz, Verkürzung der Arbeitszeit und Errichtung von Pensionskassen eingeführt, daß die herrschende Submissionswirtschaft von Grund aus zum Nutzen des Handwerks umgeändert und das städtische Eigentum an Straßen und Plätzen nicht mehr den Dividendenjägern ausantwortet wird, müssen morgen zur Wahl gehen und den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verhelfen.

Parteigenossen, Arbeiter, Wähler der III. Abtheilung, an Euch ist es, dafür zu sorgen, daß morgen nur die Kandidaten des arbeitenden Volkes zu Stadtverordneten gewählt werden. Schickt nur Männer in das Rote Haus, die, nur unserer großen Sache dienend, die Verhandlungen des Stadtparlaments mit sozialdemokratischem Geiste erfüllen und die den städtischen Einrichtungen den Stempel des Sozialismus aufdrücken werden.

Auf zum Kampf, auf zum Sieg!

Politische Ueberblick.

Berlin, 6. November.

Ein Wetterzeichen ist die Mittelstädt'sche Schrift: „Vor der Fluth“ genannt worden. Und nicht ohne Grund. Daß ein Mann wie Mittelstädt so bitter über die inneren Zustände Deutschlands urtheilt, so scharf sich gegen das persönliche Regement, das an diesen Zuständen wesentlich schuld sei, wenden kann, ist allerdings ein bedenkliches Wetterzeichen, dessen Bedeutung durch den Mangel an Logik des in seinen Anschauungen tief erschütterten Monarchie-

Gläubigen sicherlich nicht vermindert wird. Diese Schrift ist dem auch denen, die an der Erhaltung des persönlichen Regiments ein Interesse haben, sehr un bequem. Am verlegensten ist die „Kreuz-Zeitung“. Sie wihelt darüber, daß jeder Mensch in Deutschland „raisonnir“ und daß „die Regierung“ von jeder die Zielscheibe der „Räsonneur“ gewesen sei. Wenn Herr Mittelstädt „raisonnir“, so habe das also nicht viel zu sagen. Freilich, er hätte doch — meint zu leicht das Junkerblatt, — die Schrift besser ungeschrieben gelassen, die nur Wasser auf die Mühle der Reichsfeinde sei.

Einen Versuch, die Ausführungen Mittelstädt's zu widerlegen, macht die „Kreuz-Zg.“ nicht; sie läßt sich nur das charakteristische Geständniß entschlipfen: die Möglichkeit, daß der deutsche Kaiser den ihn betreffenden und thatsächlich an ihn gerichteten Brief des königstreuen Juristen zu Gesicht bekomme, sei „natürlich ausgeschlossen“.

„Dieses natürlich ausgeschlossen“ ist ein heftiger Angriff auf das persönliche Regement, als die ganze Mittelstädt'sche Schrift.

Wie kommt solche hausbackene, plebejische Weisheit in ein Junkerhirn?

Da gerade von Wetterzeichen die Rede, so sei noch erwähnt, daß das älteste der nationalliberalen Wack- und Staatsweiber, Professor Biedermann aus Leipzig, in einer prophetischen Zuschrift an das „Leipziger Tageblatt“ erklärt, der Nationalliberalismus müsse, wenn er nicht mit recht zu Grunde gehen wolle, der „unzweifelhaft vorhandenen Verstimmung über den Stand unserer öffentlichen Angelegenheiten“ Rechnung tragen, und kräftig sich gegen die Mißstände wenden. Der mildgewordene Professor verlangt, daß im Reichstag scharf und ohne Schonung vorgegangen werden müsse, da man dort allein noch frei reden könne. Der reine Mittelstädt! Und daß sogar ein Professor Biedermann sich unverkennbar gegen die Person des Monarchen wendet, das entlockt der „Kreuz-Zeitung“ einen grimmigen Hornruf und einen Fußtritt an die Adresse der Nationalliberalen. Das Wetterzeichen wird hierdurch aber nicht beseitigt.

Der Feldzug gegen das Reichstags-Wahlrecht wird lustig fortgeführt. Wir hatten der „Dresd. Nachr.“ Erwähnung gethan, welche Beseitigung der geheimen Wahl, Einführung der öffentlichen Stimmenabgabe fordern. In etwas anderer Art faßte das Organ des „Bundes der Landwirthe“ diese Sache an, die den Junker- und Wackerliken so sehr am Herzen liegt. Die im Plöz sind vorsichtiger als die Herstörer des gleichen Wahlrechts in Sachsen; sie halten es für unangebracht, die Wahlrechtsfrage jetzt in die politische Debatte zu werfen oder gar mummwunden gegen das bestehende Wahlrecht von Leder zu ziehen. Sie meinen, ein öffentliches Wahlrecht setze leicht die Wähler des Mittelstandes dem sozialdemokratischen Terrorismus aus. Hiergegen müsse erst Schutz geschaffen werden, erst müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse des Mittelstandes konsolidirt werden, erst dann mag man weitere Verbesserungen des bestehenden Wahlrechts überlegen.“ Und weiter plädiert die „Deutsche Tagesztg.“ für Einführung des Wahlschwanges. So tritt an die Stelle der offenen Verstaatlichung die Schlangenschlange. So soll das deutsche Volk hübsch in Sorglosigkeit gewiegt werden, dann wird sich schon gelegentlich der geeignete Augenblick finden, wo die junkerliche Reaktion ihre Freundschaft für das allgemeine und gleiche Wahlrecht erst offenbaren mag.

Diese Taktik des Plöz-Blattes ist gewiß die klügere, als die der sächsischen Reaktionsäre. Und es ist ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit, wie in Sachsen, dem Lande der sa. offsten Gegensätze zwischen dem konservativen Regement und der Sozialdemokratie, selbst die Organe der Regierung es nicht mehr für nötig befinden, diese gefährlichen Probleme mit Vorsicht zu behandeln. Gleich den „Dresdener Nachrichten“ rückt auch die „Leipziger Zeitung“, bar jeder Scham, mit dreistem Wort gegen das Reichstags-Wahlrecht zu Felde. Die „Leipziger Zeitung“ kann sich auch nicht mit der Verwandlung des geheimen in ein offenes Wahlrecht befreunden. Doch nicht, weil solche Umwandlung ein Frevel am Volk wäre, nein, weil derartige Mittel nur klinische Heilmittel seien. Das Blatt bringt kurz und bündig auf die vollständige Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts, auf Einführung eines Klassen-Wahlrechts, wie es die sächsische Regierung nach preussischem Muster in Sachsen durchgeführt hat.

Und noch eine Stimme tönt aus dem zahlreichen Chorus derer, die gegen das Reichstags-Wahlrecht lärmen, besonders freudig hervor. In den „Kreuzboten“, der Leipziger Wochenchrift, die in allen Farben zu schillern beliebt und in letzter Zeit wieder ganz in reaktionäre Manieren verfallen ist, wird „ein Gesetz zur staatlichen Selbsterhaltung“ vorgeschlagen, nach welchem jeder, der die Erbmonarchie nicht für eine ewige Institution hält, wegen Staatsverraths ins Gefängniß geschickt und des aktiven wie passiven Wahlrechts verlustig erklärt werden soll.

Solche Bekennnisse schöner Reaktionsseelen haben bei uns schon nicht mehr den Reiz der Neuheit, und doch sind sie über alles Maß bedenklich, umso bedenklicher, als sie sich hervorwagen in einer Zeit, da wir den Reichstagswahlen entgegengehen.

Wie unvorsichtlich muß diese Gesellschaft sich fühlen, daß sie so offen ihre Karten auflegt!

Uns kann das nur angenehm sein. So wird das deutsche Volk von aller leichtfertigen Auffassung über die Gestaltung unserer politischen Verhältnisse in der nächsten Zukunft gründlich kurirt. Diese Erkenntnisse sollen uns gute Dienste thun bei der nächsten Wahl!

Die Wähler Deutschlands werden die Antwort auf die reaktionären Pläne nicht schuldig bleiben! —

Hände weg von den Gelden des 18. März! Der Beschluß der Berliner Stadtverordneten, den Märzgefallenen ein Denkmal zu setzen, gefaßt natürlich den Herren Reaktionären nicht. Und sie beugen die Gelegenheit, um alle Ärgernisse wieder aufzutreiben, die sie selbst oder ihre Vorgänger über die Märzrevolution erfinden und verbreiten haben. Da lesen wir von Neuem: Der 18. März habe gar keine Berechtigung gehabt, weil alles vom Volk Beforderte bereits zugestanden war; und das Militär sei am 18. März gar nicht geschlagen worden; bei entschlossener Leitung wäre es ein leichtes gewesen, die Revolution zu unterdrücken.

Die Berliner Neuesten Nachrichten berufen sich auf die bekannte Sydel'sche Darstellung und wenden sich an „alle Offiziere des Heeres“. Sie werden mit Staunen ersehen, wie völlig unerwartet, bis dahin für unmöglich gehaltene Situationen sich in solchen Zeitläuften für den Befehlshaber ergeben können und daß ein klarer unbefangener und zum entschlossenen Handeln bereiter Wille dazu gehört, Staat und Monarchie über alle Bedenken, Schwächen und Bewirklungen hinweg mit ungeschwächter Autorität, Ehre und Würde in eine gesicherte Zukunft hinüberzuführen.

Das heißt: man hätte der „Kanaille“ damals nicht nachgeben sollen. Und sollte ähnliches sich wiederholen, so muß ein klarer unbefangener und zum entschlossenen Handeln bereiter Wille, statt nachzugeben, die rebellische „Kanaille“ aber den Haufen schießen lassen.

Nun — das dachten und das sagten am 18. März 1848 gar viele der braven Herrn Junker. Und weil sie es dachten, kam der schwachwollige Ueberfall vor dem Schloß, der Angriff auf die unbewaffnete, über die toben veränderten Zustände jubelnde Menge, die dem König Dank ausdrücken wollte. Dem feigen Ueberfall folgte die Kanaille — er entseffte die Revolution. Das empörte Volk erhob sich und das Militär wurde überwunden. Diese Thatsache läßt sich nicht wegwälzen.

Und an den Herrn Kaiser sei hier bloß die Frage gerichtet: Wie erklärt es sich denn, daß der als das Ideal aller militärischen Tüchtigkeit gepriesene Prinz von Preußen am 18. März sich in Verkleidung nach England flüchtete, wenn das Militär nicht geschlagen war? Der Prinz von Preußen, spätere Kaiser Wilhelm, war doch gewiß ein klarer, unbefangener und zum entschlossenen Handeln bereiter Wille — wenigstens ist es uns millionenmal von den Bekämpfern der Märzrevolution versichert worden.

Hein — das Militär war besiegt, der Absolutismus und das Junkerthum lagen am Boden und hätten sich nimmermehr erholt, wenn das Volk nicht gar so — gutmüthig gewesen wäre.

Der Umstand, daß der König vor dem Ausbruch des 18. März zu Konzessionen bereit war, nimmt dem 18. März nichts an seiner Bedeutung. Er war ein Sieg des Volkes über seine Feinde — ein Sieg, der das alte Preußen zerstückelte. — Diesen Ruhm lassen wir dem 18. März nicht rauben. —

Für das Christenthum, welches die „Kreuz-Zeitung“, das Organ „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“, vertritt, ist es im hohen Maße bezeichnend, daß der Materialismus, sofern er nur zu „guten“ Resultaten kommt, ihm als hochwillkommener Bundesgenosse gegen die gottlose Sozialdemokratie gilt. Das Ammon'sche Buch: „Die Gesellschaftsordnung und ihre natürliche Grundlage“, — einer der vielen, kläglichen Versuche, aus dem Darwinismus für die Rechtfertigung und Verherrlichung der bestehenden Gesellschaftsordnung „wissenschaftlich“ Kapital zu schlagen — reißt das hochwürdige Blatt zur höchsten Bewunderung hin. Mit schmerzlichem Bedauern giebt es zu verstehen, daß die Vereinfachung Ammon's selbstverständlich nicht ausreicht, um uns, oder nur überhaupt christliche Leute zum Darwinismus zu bekehren, daß aber alle guten Resultate des Darwinismus, das heißt alles, was die Vernünftigkeit bestehender Unvernunft mit darwinistischem Anspug ausstümpft, als wirksame Waffe gegen die revolutionäre Sozialdemokratie mit christlichem Dunte angenommen werden wird. Dem „Materialismus“ kann christliche Gesinnung, wenn jener nur die Ausbeutung als die „natürlichen Grundlagen der Gesellschaftsordnung“ nachzuweisen bestrebt ist, schon entgegenkommen, niemals aber der Sozialdemokratie, die ihre Rücksichtslosigkeit so weit treibt, an dieser natürlichen und göttlichen Grundlage jeder Gesellschaftsordnung zu rütteln. Das ist „praktisches Christenthum!“

Was die wissenschaftlichen „Leistungen“ des Herrn Ammon betrifft, dessen alles Buch über „die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen“ jezt von der „Kreuz-Zeitung“ mit solchem Enthusiasmus ausgeschaltet wird, so sind sie von derartiger Verworfenheit, daß auch vom reinbürgerlichen Standpunkt gegen dieselben längst Protest erhoben, ihre leichte, aller wirklichen Wissenschaft hohnsprechende Tendenzmacherei in schärfster Weise gekennzeichnet worden ist. Der bürger-

lich-liberale Nationalökonom Herrner hat in seiner „Arbeiterfrage“ die Methode dieses Herrn, der den bestehenden Klassen den „anthropologischen“ Nachweis zu führen sucht, daß sie die natürlich besten, die durch ihre „Gangschädel“ zur Herrschaft prädestinirten sind, wogegen der industrielle Arbeiterstand das „minderwertige“, durch das Sieb gefallene Hinterhorn“, eine verhäßliche Bande von benutzungsunfähigen Knechtelern darstellt, zur Genüge beleuchtet. Das schadet es, für die „Kreuz-Zeitung“ gilt dieser Herr, da sich sein Darwinismus mit den Erfordernissen eines Junkerchristentums deckt, auch heute noch als Leuchte der Wissenschaft. Denn während nimmermehr allgemach auch aus der bürgerlichen Seite (z. B. ausdrücklich von Prof. Vogt im Handwörterbuch der Staatswissenschaften) zugestanden wird, daß die Einkommensverhältnisse der verschiedenen Klassen, in abhängig von dem gesellschaftlichen Werthe und der Bedeutung ihrer Leistungen, in der kapitalistischen Gesellschaft rein durch die Machtverhältnisse, die der Besitz verleiht, bestimmt werden, gilt für die Darwinistische Wissenschaft des großen Ammon noch immer die alte Kinderfabel, daß diese Einkommensverhältnisse ein Resultat der physisch-ethischen Ueberlegenheit, ein auch in jeder Zukunft unabänderliches Vorbedingung sozialer Entwicklung sind. Die „Kreuz-Ztg.“ entdeckt in ihrem Enthusiasmus für diese „neue“ Wissenschaft sogar, daß die Rentiers und Pensionäre, deren „Leistungen“ wohl auch vielen Konserwativen bisher unklar waren, „an der Arbeit der Erziehung mitgewirkt haben“, also darum und weil sie „Ehrenämter“ ausüben, von der allgemeinen Regel, daß nur die große Leistung großen Lohn erhält, keine Ausnahme machen! Welchen Scharfblick verleiht nicht das wahre, darwinistisch erleuchtete Christenthum seinen müthigen Bekämpfern!

Das Schimpfen auf England ist jezt Mode geworden in Deutschland; und wer nicht schimpft, der ist ein schlechter Patriot. Nun, wir wissen, was das Wort „Patriot“ inhaltlich bedeutet, — daß es nur ein euphemistischer Ausdruck ist für alles, was reaktionär und kulturfeindlich. Wer die Geschichte der alten heiligen Allianz kennt, die an Englands Knechtelern scheiterte, und wer die Bestrebungen unserer russisch-preussischen Reaktionsfanatiker kennt, die Heilige Allianz wiederherzustellen, der kennt auch Ursprung und Zweck dieser Hatz gegen England, über die man in England selbst sich beläufig nur beläufig. Zu verwundern ist bloß, daß auch liberale, ja sogar demokratische Blätter es für ihre Pflicht erachten, gelegentlich ihr Märchen an dem „peinlichen Albion“ zu läbeln. Warum? Die Antwort auf diese Frage wird ihnen schwer fallen. So guten Grund unsere Junker und Polizeipolitiker haben, England zu hassen — für den frei und unbefangenen Denker bleibt es kein Grund. Politisch ist England uns niemals entgegengetreten und wirtschaftlich hat es uns nur genützt, insofern es, nebst dem stammverwandten Amerika, weitans unser bester Kunde ist.

Noch möge man schimpfen nach Herzenslust — nur mache man sich nicht lächerlich durch albernes Verkündern der englischen Macht und durch Nachplappern des kindischen Junkermärchens: England stehe schwach und verlassen in der Welt da. Bundesgenossen hat England allerdings nicht. Aber braucht es Bundesgenossen? Die Journalisten, die da — gleich dem Zeitartikler des sonst oft ganz vernünftigen „Hamburger Korrespondent“ — ihren Lesern erzählen, die englische Regierung habe mit Frankreich, Deutschland und Rußland eine „Annäherung“ herbeiführen wollen, es sei aber mißlungen, — scheinen nicht zu wissen, daß die moderne englische Politik, ähnlich der amerikanischen, jedes Bündniß mit einem anderen Staat, außer für einen bestimmten dringenden Fall, wie zum Beispiel die Allianz mit Frankreich für den Krimkrieg, prinzipiell ausschließt.

Tagegen sind die Beziehungen Englands zu Frankreich, d. h. dem Land, welchem die Volkstimmung am meisten zuneigt, die denkbar freundschaftlichsten. Die Intriguen Rußlands, die beiden Westmächte wegen Egyptens zu entzweien, sind an dem gesunden Sinn der Engländer und Franzosen gescheitert. Noch vor einigen Tagen erklärte das Hauptorgan der englischen Regierungspartei, der „Standard“, Englands vornehmstes Streben sei, mit Frankreich gute Freundschaft zu halten. Dieselbe gute Freundschaft würde man in England gewiß gern auch mit Deutschland halten, aber — in Deutschland herrschen ja die Junker, denen England, als das Heimath- und Musterland bürgerlicher Freiheit, ein Dorn im Auge ist.

Rußland bleibt und ist der Widerpart Englands. In der jüngsten Phase der Orientfrage hat die englische Diplomatie freilich keine rühmliche und auch keine glänzende Rolle gespielt, indeß die Stärkung der Türkei, welche das Ergebnis ist, gereicht den Engländern doch jedenfalls nicht zu so großem Nachtheil wie den Russen. Und der jeztige Fehlschlag im Nordwesten Indiens ist ein Fehlschlag, in welchem Rußland geschlagen wird. England „sammelt sich“ in Europa, um für Asien bereit zu sein. Dort wird der Entscheidungskampf mit der russischen Barbarenmacht gekämpft. —

Die Konvention für den internationalen Eisenbahntransport, am 14. Oktober 1880 in Bern abgeschlossen, steht, der „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen“ zufolge, im Begriffe sich weiter zu entwickeln. Wichtig ist die Mehrzahl der internationalen Institute wesentlich mit den administrativen Beziehungen der Konventionsstaaten, so bildet dagegen die Konvention, betreffend den Eisenbahntransport, einen Versuch der Kodifikation des internationalen Privatrechts in Be-

ziehung auf den Eisenbahntransport. Im Juli ist Dänemark der Konvention beigetreten, der jezt 163 245 Kilometer Eisenbahnen unterstellt sind. Mit dem Betrieb der transsibirischen Eisenbahnen kommen weitere 8000 Kilometer hinzu. Letztes Jahr wurde in Paris eine Zusatzkonvention vereinbart, deren diplomatische Unterzeichnung demnächst in Paris erfolgen wird. Sodann haben die Bahngesellschaften der meisten Staaten unter sich ein Reglement ausgearbeitet, das bestimmt ist, eine Reihe von Fragen einseitlich zu ordnen. Solche Verträgeverbände bestehen in großer Zahl. —

Eine internationale Konferenz gegen den Mädchenhandel soll, wie die „Staatsbürger-Ztg.“ zu melden weiß, gesichert sein und demnächst zusammentreten, nachdem die meisten europäischen Staaten sich zur Beschickung der Konferenz entschlossen haben. —

Deutsches Reich.

— Der Reichstag. Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben allem Anscheine nach offiziös:

„Es wird uns befähigt, daß der Reichstag für den letzten Tag des November nach Berlin berufen und ihm bei seinem Zusammentritt neben dem Etat auch die Marinevorlage und die Militär-Strafprozeß-Ordnung sofort vorgelegt werden dürften.“

— Neue Justizgesetze. Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ sind dem Bundesrath die Entwürfe eines Gesetzes, betr. Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeß-Ordnung, sowie eines Gesetzes, betr. Änderungen der Zivilprozeß-Ordnung, zur Beschlußfassung zugegangen. — Ueber Charakter und Inhalt dieser Entwürfe verlaunt noch nichts. —

— Der Polensonds, d. h. der Anleihekredit zum Auskaufen der Polen aus ihren Besitztungen in Polen und Westpreußen soll, wie die „National-Zeitung“ erfährt, in der nächsten Landtagssession um 100 Millionen Mark erhöht werden. Auch die erste Kreditbewilligung von 1888 lautete bekanntlich 100 Millionen Mark, wovon bis zum 1. April 1888 60 Millionen Mark verbraucht waren.

Daß das Borrücken der Polen mit solchen Maßregeln nicht gehindert wird, sollte man nun geradezu einsehen. —

— Der böse Parlamentarismus ist nach der „Kreuz-Zeitung“ an allem Schlimmen Schuld, namentlich auch an dem jeztigen Reichstags-Standalen in Oesterreich. Was diese Ständele betrifft, so gefallen sie uns sicherlich nicht. Aber wer hat denn diese Ständele herbeigeführt? Die guten Freunde der „Kreuz-Zeitung“. Und wer macht in diesen Standalen den meisten Schand? Die jahrelang geliebten Lieblinge der „Kreuz-Zeitung“. Doch das nur nebenbei. Aber der böse Parlamentarismus! Gewiß, es wäre uns lieber, die Opposition bewogte sich auf einem etwas höheren Niveau, aber davon, daß die Luger und Wolf keine Mirabeau's und Danton's sind, ist doch der Parlamentarismus ganz unabhängig. Freilich, wenn der österreichische Kaiser, statt sich an die parlamentarischen Formen zu halten, im Geiste der deutschen Staatsrechts-Advokaten gehandelt, und den Reichstag durch ein Kaiserregiment hätte auseinanderjagen lassen, dann würden die ästhetischen Gefühle der braven „Kreuz-Zeitung“ wohl schwerlich verletzt worden sein. —

— Justiz und Unternehmepresse. Die bürgerlichen Blätter beklagen sich fast alltäglich über die Kritik, die von sozialdemokratischer Seite an den Urtheilen unserer Justiz geübt wird. Sie selbst aber leisten sich die schärfsten Ausfälle, sobald ihnen einmal die Gerichte nicht all' ihre Wünsche erfüllen. „Streikposten Leben“ ist in neuester Zeit als „Grober Unfug“ geseimpelt worden, eine Auslegung des § 360 11 kaiserlicher Art. Da nun das hauseigentliche Ober-Landesgericht in Lübeck eine Straffsache dieser Art in die vorige Instanz zurückverwies, indem es zwar auch die Möglichkeit der Anwendung des Groben Unfugs-Barographen auf das Streikpostenleben zugab, jedoch die Verurtheilung oder Verurtheilung des Publikums besonders nachgewiesen wissen wollte, so erhebt die „Deutsche Volkswirtschaftl. Correspondenz“ großen Lärm über dies Urtheil. „Fast absurd“ erscheint es diesem Organ, „sofern ein Gericht davon angeben wollte, Streikposten wären a priori kein grober Unfug, und es läme erst auf die im Einzelnen nachgewiesene Beleidigung und Verurtheilung des Publikums an.“

In so dreierlei Weise magt es die Unternehmepresse, die Gerichte anzugreifen, wenn sie nicht jedes ihrer Wünsche flugs gewährt find.

Das ist dieselbe Schamlosigkeit dieser Presse, mit welcher sie gegen die Arbeiterklasse stündlich auffährt, welche auch in dem heutigen Artikel der genannten Korrespondenz wiederkehrt. Da wird folgendes von den Streikposten behauptet:

„Diese sind so zu sagen auch Selbstgewordene. Die Kaufmänner, welche die Streiks inszeniren und leiten, brauchen einen ihnen willfährigen Stab von Leuten und lassen diese Kosten stehen, nur um sie aus der Streikklasse bezahlen zu können. Während die übrigen Arbeiter nur geringe wöchentliche Unterstüzung erhalten, besorgen die Streikleiter recht ansehnliche „Diäten“ und um sich in deren Genuß zu erhalten und die Masse

Bur Geschichte der Preßgesetzgebung.

Strasburg, den 4. November.

In einer Mitgliederversammlung des Buchdrucker-Verbandes zu Strasburg i. G. hielt kürzlich Prof. Dr. Otto Mayer, Rechtslehrer an der dortigen Kaiser-Wilhelms-Universität, einen interessanten Vortrag über die „Geschichte der Preßgesetzgebung“, dessen Inhalt in gedrängter Kürze hier wiedergegeben werden möge.

Schon lange vor Erfindung der Buchdruckerkunst, so begann der Medner, wurde seitens der staatlichen Behörden ein wachsendes Augenmerk auf die geschriebenen Aeußerungen des Menschengeschlechtes gerichtet. Bereits im alten Athen, mehrere hundert Jahre vor unserer heutigen Zeitrechnung, ging man mit unerbittlicher Strenge gegen diejenigen vor, welche in Wort und Schrift die Existenz der vom Staate anerkannten Götter leugneten. Die Verfasser solcher Bücher wurden zum Giftbecher verurtheilt, ihre Bücher verbrannt. Während der römischen Kaiserzeit, wo das Bächerwesen, unterstützt durch die Schriftgewandtheit der zum großen Theil aus Griechenland stammenden gebildeten Sklaven, einen großen Aufschwung nahm, galt es besonders, die Majestät des jeweiligen Herrschers gegen literarische Angriffe in Schutz zu nehmen, nachdem schon das republikanische Rom durch besondere Gesetze strafend gegen ehrverletzende Schmähchriften (libri famosi) vorgegangen war. Die Christenverfolgungen mit ihren unmenschlichen Qualen für die Bekenner der neuen Lehre richteten sich auch gegen deren Geisteswerke; bei Todesstrafe wurden die Verfolgten gezwungen, die heiligen, aber staatsgefährlichen Bücher auszuliefern, damit man sie der Vernichtung preisgeben könne.

Im dunkeln Mittelalter ruhte die literarische Thätigkeit der Nationen fast überall; nur wenig wurde geschrieben, meist in den Klöstern, die damals die Pflegerstätten von Kunst und Wissenschaft waren. Erst mit dem Wiederaufleben des freien Volksgeschlechtes, mit dem Anbruch des humanistischen Zeitalters, belebte sich auch das Bächerwesen neu; Abschreiber und Buchhändler kamen auf, welche letztere in einer besonderen Gildel vereint waren. Doch war ihr Handwerk keineswegs freigegeben; sie waren vielmehr verpflichtet, jedes Buch, das sie verkaufen wollten, der Zensur der Universität zu unterwerfen, der sie den Eid der Treue leisten mußten. Die Universitäten hatten diese ihre Zensurrechte von der Kirche übermittel erhalten; die Vertreter der letzteren schritten oftmals auch selbst ein und verbrannten kurzerhand die Verfasser lehrerischer Schriften nebst ihren Werken.

Als die Buchdruckerkunst mit ihren das ganze öffentliche Leben revolutionirenden Folgen in die Welt trat, wurden die Grundzüge, nach denen man das geschriebene Wort behandelt hatte, auf das gedruckte Wort übertragen. Jedoch der junge Geistesdurst zerprengte rasch die Fesseln, die man ihm anzulegen sich anschickte. Die Buchdruckerkunst geriet in den Strudel der Reformation, ihre Erzeugnisse wurden zum geharnischtesten Feind im Streit gegen die römische Kirche und deren Auswüchse. Die Universitäten, die unter dem Einfluß des Humanismus standen, galten nicht mehr als zuverlässige Besoren, so daß die Bischöfe sich veranlaßt fühlten, dies Amt selbst auszuüben. Im Jahre 1485 wurde die erste förmliche Zensurordnung in Mainz durch den Bischof Berthold von Henneberg erlassen. Papst Leo X. schrieb die Zensur der Bischöfe Anno 1515 für die ganze Christenheit vor.

Das System erwies sich jedoch der Reformation gegenüber als machtlos. Die Christen Luther's wurden allenthalben gedruckt und gelesen. Der Mann und die Exkommunikation, womit man die Drucker bedrohte, wirkten auf die Protestanten nicht; die äußere Gewalt versagte. Die Reichshäute, in welchen die Buchdrucker ihre jungen Gewerbe anhäufelten, waren fast alle der Reformation zugehan. Auf Anregung Kaiser Carl V., gegen den als Feind der Reformation die Papstnulle sich häufig richteten, sahte im Jahre 1523 der Reichstag zu Nürnberg den Beschluß, jede Obrigkeit solle verpflichtet werden, darüber zu wachen, daß „Schand- und Schmähchriften“ nicht zur Verbreitung gelangen. Auf dem Reichstage zu Speyer wurde die allgemeine Durchführung der Zensur beschlossen. Die Ausführung derselben, welche man den einzelnen Staaten überlassen halte, blieb jedoch auf dem Papier. Schließlich machte man den Käufer verbotener Bücher strafrechtlich verantwortlich. Aber die verbotenen Bücher wurden dennoch gedruckt. Man nahm zu allerlei Schlichen seine Zuflucht, gab falsche Druckorte an u. s. w. Die Zerrißtheit Deutschlands, der Mangel einheitlicher Gesetzesbestimmungen begünstigten dieses Vorgehen; denn was in einem Staate verboten, war im anderen erlaubt.

Im Jahre 1540 veröffentlicht der Kaiser für Belgien ein Verzeichnis der verbotenen Bücher. In Frankreich hatte eine Ordnnung Ludwig XII. von 1518 den Buchdruckern Freiheit von Abgaben versprochen. Als aber die Reformation ihre Wellen nach Frankreich schlug, begannen auch dort die Bächerverbote. Die Universität von Paris, der Sorbonne, wurde der Auftrag, das ganze Schriftthum zu überwachen. 1588 stellte die Sorbonne Franz I. vor, es bliebe ihm nichts anderes übrig, als die ganze Buchdruckerkunst für Frankreich zu unterdrücken, wenn er die Religion retten wolle. Der König folgte diesem Rathe

gar nicht, griff aber zu scharfen Maßregeln, die in dem zentralisirten Frankreich mehr wirkten als in Deutschland. Man unterdrückte die Buchdruckereien, hängte und rübete die Drucker und Verfasser von Schriften. Jezt entstanden geheime Verdrereien; undern wußte man sich auch dadurch zu helfen, daß man verbotene Bücher im Ausland drucken und nach Frankreich einschmuggeln ließ. Nach Beendigung der Religionskriege begannen die Interessen von Staat und Kirche auseinanderzugehen. Die katholische Kirche debüte nun das System der Bücherüberwachung weiter aus und schuf u. a. in Index librorum prohibitorum ein genaues Verzeichnis aller verbotenen, weil der Kirche feindlichen oder gefährlichen Bücher.

Für die Entwicklung des weltlichen Rechtes nach Beendigung des 30jährigen Krieges war die Idee des Polizeistaates maßgebend. Die Zensur wurde im weitesten Umfang gehandhabt. Doch fehlt es nicht an einzelnen Fürsten, welche als Freunde einer gewissen Aufklärung die Zensur ziemlich lax handhabten. Bekannt ist in dieser Hinsicht der Ausspruch Friedrich's des Großen, daß Gasetten, wenn sie interessant sein sollen, nicht zensurirt werden dürfen. Einzelne hervorragende Schriftsteller, wie z. B. Lessing, genossen für ihre Werke völlige Zensurfreiheit.)

Einen gesicherten Rechtszustand belam die Presse erst mit der Errichtung von Verfassungskstaaten, deren oberster Grundsatz ist, daß jeder Eingriff in die Freiheit des Einzelnen auf Gesetz begründet sein muß, das nur mit Bewilligung der Volksvertretung erlassen werden darf. Hinsichtlich der verfassungsmäßigen Freiheit der Presse wirkte die große französische Revolution epochemachend. Im Artikel 7 der „Erklärung der Menschenrechte“ wurde das Recht, seine Gedanken und Meinungen durch die Presse kundzugeben, jedem Bürger gewährleistet, und hinzugefügt: die Nothwendigkeit, dieses Recht auszusprechen, sehe entweder die Gegenwart des Responsabilen oder die frische Erinnerung an denselben voraus. Zur strafrechtlichen Verantwortung solle nur derjenige gezogen werden, der etwas nach den allgemeinen Gesetzen Strafbares schreibt oder druckt. Das ist die Pressefreiheit. Dasselbe bedeutet, daß die Macht des Gesetzes nicht mehr zur Ausübung der Zensur mißbraucht werden kann. Der Konvent dekretirte im Artikel 122 der Verfassung der französischen Republik 1793 die „unbeschränkte Freiheit

*) Franz Mehring hat in seiner Schrift „Die Lessing-Legende“ nachgewiesen, daß diese liberale Auslegung des bekannten Ausspruchs Friedrich's des Großen über die Gasetten völlig irrig ist. Wir können auf diese höchst lesenswerthen Darlegungen hier nicht eingehen und verweisen auf Seite 64 ff. der genannten Schrift. D. Red.

durch sie zu beherrschen, geben sie den Streikposten etwas ab, d. h. zahlen ihnen als Streiklohn ebenfalls mehr, als die Masse der streikenden Arbeiter erhält. Es ist ja möglich, daß dieser Zustand nicht unter § 860 Nr. 11 des Strafgesetzbuches fallen mag. Aber wenn also auch nicht strafrechtlich, so ist es doch jedenfalls nach dem Sprachgebrauch „grober Unfug“, wenn die Streikführer aus den Taschen anderer Benefizien andrücken, um sich die eigenen und die eigene Herrschaft längstmöglich künstlich zu erhalten.“

Das alles sind Lügen von A bis Z. Wir haben keinen Anlaß, dieselben des näheren zu widerlegen. Jeder, wer nur ein ganz wenig den Gang der Dinge bei Streiks kennt, weiß diese Lügen genügend zu würdigen.

Wenn die Unternehmerversuche die Absicht hat, aufreizend auf die Arbeiter zu wirken, so möge sie mit derartigen Verunglimpfungen fortfahren! —

— Die Ärzte und die Sozialgesetzgebung. Der Ausschuss der preussischen Ärztekammern hat an den Herrn Kultusminister die Bitte gerichtet, den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, bei einer Umarbeitung der sozialpolitischen Gesetze auch Ärzte zuzuziehen. Ein ähnlicher Wunsch ist bekanntlich auch früher von dem deutschen Ärzteverein schon ausgesprochen worden. —

— Zur Stichwahl in der Westpreigniß zwischen dem konservativen Kandidaten v. Salder und dem freisinnigen Mag Schulz schreiben die Deutsch-Polnischen Blätter des Abgeordneten Viermann von Sonnenberg: Die Stichwahl macht uns wenig Kopfzerbrechen. Wir stehen ihr vollständig kühl gegenüber und würden es für zweckmäßig halten, wenn weder von der Parteileitung noch von den Vertrauensmännern im Kreise irgend eine Wahlparole ausgesprochen würde. Möge jeder unserer Wähler selbst entscheiden, ob er einen der beiden Kandidaten als das kleinere Uebel anseht oder ob er sich der Wahl enthalten will.“

Die antisemitische Partei bereitet gegen die Hauptwahl einen Protest an den Reichstag vor. Der interessanteste Teil des Protestes beschäftigt sich, wie die „Staatsbürger-Zeitung“ schreibt, mit dem Verhalten mehrerer Amtsvorsteher, die in ihren Amtsbezirken das Zustandekommen antisemitischer Wählerversammlungen verhindert oder sonst unter Gebrauch ihres amtlichen Ansehens die Wähler zu beeinflussen gesucht haben, und mit der eigenhändigen Art, mit der Landrath v. Jagow die hiergegen erhobenen Beschwerden „eingehend untersucht“ und als „glänzend widerlegt“ erklärt hat.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist über die Verweigerung der antisemitischen Wahlhilfe empört. Wir drucken bloß den schönen Schlußsatz der konservativen Polemik gegen die Antisemiten ab: „Ergleich will es uns nur scheinen, wie lange noch sich die antisemitischen Parteimitglieder von ihren Führern für eine Politik werden mißbrauchen lassen, die lediglich den Interessen der Börse und des Judenthums dient.“ —

— Vom neuesten Bruderzwiste im antisemitischen Lager. Im Wahlkreise Neu-Stein will die deutsch-nationale Reformpartei den Professor Dr. Förster verdrängen. Nach der „Staatsbürger Zeitung“ hat die Partei als Gegenkandidaten den Gutsherrn W. Schendorf aufgestellt.

— Et was für unsere Agrarier! Nach amerikanischen Blättern sind für den Markt des Königs von Württemberg durch einen eigens nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika entsandten Agenten 86 Wagenperde dort angekauft und mit dem am 16. Oktober von New-York abgehenden Dampfer Manitoba nach Europa verschifft worden. Werden die um bloß 800,000 Mark für die Fürsorge des Königs von Württemberg für die heimische Pferdewirtschaft in der bei ihnen üblichen Manier zu beschaffen? —

— Der Landrath des Stolper Kreises, Herr v. Puttkamer, hatte bekanntlich an sämtliche Lehrer des Kreises am 28. Juli d. J. eine Verfügung erlassen, in welcher er es rügte, daß nach Schluß von Versammlungen des Vereins „Nordost“ das „Reichsblatt“ und der „Bauernfreund“ durch schulpflichtige Kinder verteilt worden seien. In diesem Erlaß hieß es unter anderem: „Ich kann hierin nur einen Mißbrauch der Schulpflicht zu gemeingefährlichen Zwecken erblicken, da die vertheilten Schriften ohne Zweifel Aufreizungen der verschiedenen Volksklassen gegen einander und oft auch Verdächtigungen der königlichen Behörden enthalten.“ Der verantwortliche Redakteur des „Deutschen Reichsblatts“ und des „Deutschen Bauernfreundes“ hat hierauf durch den Justizrath Dr. Friedemann zu Berlin die Besetzung der Klage gegen den Herrn Landrath erhoben, und das Amtsgericht zu Stolp hat nunmehr das Hauptverfahren gegen den Herrn Landrath eröffnet. Termin zur mündlichen Verhandlung steht am 22. November d. J. vor dem Schöffengericht zu Stolp an.

— Schon wieder eine Pastoren-Maßregelung. Wie die „Pille“ mitteilt, ist Parrer Gros von Hasenrod, der Antragsteller der Kreisynode Gladenbach im Falle der als Sonntagsentheiligung ausgelegten Jagd des Regierungspräsidenten Tepper-Bast, gegen seinen Willen nach Gießenbach auf dem Westerwald veretzt worden, angeblich im Interesse der Wiederherstellung des kirchlichen Friedens.

Diese Verfügung entspricht weit mehr modern deutschem Polizeigeiste als dem Geiste dessen, was als die reine Lehre des Evangeliums bezeichnet wird. —

der Presse.“ Danach sollte die Pressefreiheit auch nicht strafrechtlich beschränkt werden können. Jedoch bereits das Direktorium begann diesen Grundgedanken wieder zu durchbrechen, indem es eine Reihe radikaler Zeitungen proskribierte. Die Konsultationskommission und besonders Napoleon gingen scharf gegen die Presse vor. 1808 wurde ein Konsultationsbeschluss erlassen, dahingehend, daß jeder Buchhändler nicht eher seine Bücher verkaufen dürfe, als bis er sie der Zensur unterworfen habe. Ebenso unterstanden die Zeitungen der Zensur. Die Regierung erteilte gelegentlich den Zeitungen Redaktionen und Verwalter auf. In jedem Departement durfte nur eine Zeitung erscheinen. Paris sollte jedoch hiervon eine Ausnahme machen. Die Buchdrucker mußten einen politischen Eid leisten. Die Restauration stellte vorübergehend die Pressefreiheit wieder her, lehrte aber zur Zensur zurück. Die letzte Zensurverordnung findet sich in den Ordonnanzen von 1830, welche die Julirevolution herbeiführten. Seither giebt es in Frankreich keine Zensur mehr.

Was Deutschland anbetrifft, so waren die süddeutschen Staaten, in welchen Verfassungen eingeführt waren, ohne Zensur. In Preußen geriet dieselbe thätig in Verfall. Ein Rückschlag erfolgte jedoch durch die Karlsbader Beschlüsse. Der Bundesrat beschloß 1819 ein Pressegesetz, nach welchem alle Druckerzeugnisse unter 20 Bogen Umfang der Zensur unterlagen. Dieser Zustand dauerte im wesentlichen bis 1848. Jetzt proklamirten die Grundrechte des deutschen Volkes die Pressefreiheit, trotz mancher reaktionären Rückschläge war damit die Zensur auf immer wiederholend verschwunden.

Die Prinzipien der Gegenwart und Zukunft bei Behandlung der Presse sind diejenigen der Pressefreiheit. Die Presse unterliegt keinen anderen Schranken, als denjenigen, welche ihr durch das Strafgesetz gegeben sind. An der Spitze der Pressegesetzgebung steht die Unterscheidung zwischen periodischen und nichtperiodischen Druckschriften. Gegenüber dem Buche ist die Idee der Pressefreiheit am reinsten zur Durchführung gekommen.

Die gesetzliche Behandlung der periodischen Presse weist wechselnde Systeme auf. Zunächst das Uebergangssystem von der Zensur zur reinen Pressefreiheit. Dies System wendet sich gegen das Zeitungsunternehmen, nicht gegen das Blatt. Die Gründung einer Zeitung soll danach nur mit besonderer polizeilicher Genehmigung erfolgen dürfen. Dies System wurde zuerst von Napoleon I. eingeführt, von Napoleon III. im Jahre 1852 auf neue verlegt. Die erteilte Genehmigung kann unter gewissen Voraussetzungen wieder entzogen werden. Der Entziehung der Konzession soll die Verwarnung vorausgehen. Die Vo-

— Ueber Pastor Galle's Thätigkeit schreibt heute die „Nationallib. Korresp.“:

„Seitens der Leitung des christlichen Zeitschriften-Vereins werden die Fremde desselben in Kenntniß gesetzt, daß die von diesem Unternehmen verlegten „Zeitschriften“ in Wirklichkeit keine politische Parteiendruckwerke, sondern religiöse und patriotische Unterhaltungsblätter für das Volk sind, welche eine Gegenwirkung gegen die sozialdemokratische Agitation durch die Presse bezwecken, und daß die Unwahrheiten der „demokratischen“ Presse lediglich den Zweck hätten, ein christliches und patriotisches Unternehmen zu diskreditiren.“

Auf die Gefahr hin, als „demokratisch“ behandelt zu werden, bemerken wir, daß die Publikationen dieses Unternehmens, auf welche wir auf Wunsch von Partei-Angehörigen aus dem Bande die Aufmerksamkeit gelenkt haben, ausgesprochen politische Charaktere waren. Es würde in der That im Interesse des Verlages sein, wenn er hinfür diesen Theil seiner Wirksamkeit als ihm diskreditirend betrachtet und behandelt würde. Ueber die christliche und patriotische Seite des Verlages und zu äußern, haben wir keinen Anlaß, insbesondere was die christliche Seite betrifft, so überlassen wir dies den Geistlichen namentlich im Westen, welche in ähnlicher Weise sich bemühen und über die Erfolge des Verlages ihre besondere und zumeist eine von der Leitung des Vereins, wie uns mitgetheilt wird, sehr abweichende Meinung haben.“ —

— Der militärische Erziehungs des Kaisers. Im Februar d. J. wurde der frühere Hauptmann im 1. Garderegiment und Gouverneur des Kaisers, O'Danne, verhaftet, weil er bei verschiedenen höheren Offizieren Erpressungen versucht hatte. Im Laufe der Untersuchung ergaben sich Zweifel an seiner Intelligenz- und Verstandesfähigkeit. Er wurde zur Beobachtung in die Irrenanstalt zu Saargemünd gebracht. Das Gutachten des Anstaltsdirektors lautete auf Unzurechnungsfähigkeit. O'Danne, der bereits acht Jahre Gefängnis, davon drei Jahre Einzelhaft verbüßt hat, schreibt noch vorwiegend Briefe des sonderbaren Inhaltes an hochgestellte Persönlichkeiten, die natürlich nicht befördert werden. Da O'Danne seinen Unterhaltungs-Wohnsitz und sein Heimathrecht, das ihm bei seiner Uebernahme als preussischer Offizier verliehen worden war, wieder verloren hat, so ist nun nach der „Wolffsche Zeitung“ in große Verlegenheit, wer die Kosten der Unterbringung in einer Irrenanstalt zu tragen hat, denn auch Großbritannien — O'Danne ist geborener Irelander — erkennt seine dortige Staatsangehörigkeit nicht an. Vorläufig sibt O'Danne wieder im Untersuchungsgefängnis, wird aber demnächst nach Straßburg in die psychiatrische Klinik übergeführt werden, weil ein Gutachten darüber eingeholt werden soll, ob man ihn laufen lassen kann oder nicht. —

— Ein schwerer Verbrecher, der in letzter Zeit vielgenannte Geschäftsführer einer deutschen Plantage, Friedrich Schröder, ist mit dem aus Ostafrika in Hamburg angekommenen Reichspostdampfer „Bundesraih“ dort eingetroffen. Schröder, ein geborener Mecklenburger, wurde bekanntlich vor etwa Jahresfrist wegen mehrfach verübter Grausamkeiten à la Peist: Mord, Todtschlag u. an Eingeborenen von deutschen Gerichtsbehörden in Dar-es-Salaam zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Der Verbrecher, welcher als Kapitänspassagier zweiter Klasse unter Verbedung von zwei Feldwebeln der deutschen Schutztruppe nach Hamburg transportirt worden ist, wurde alobald nach seiner Auslieferung per Bahn nach Berlin weiterbefördert und dürfte inzwischen hier angekommen sein. —

— Der Badenischung in Preußen. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau versendet jedenfalls im Auftrage des hiesigen Polizeipräsidenten die folgende Mittheilung:

„Das königl. Polizeipräsidium zu Berlin hat das Austritten der österreichischen Abgeordneten Junke, Prade und Wolf in der vom Altdeutschen Verbande beabsichtigten öffentlichen Versammlung verboten und erklärt, eventuell gegen die genannten Herren mit einem Ausweisungsbefehl vorgehen zu müssen.“

Begründet wird diese Haltung mit dem Hinweis darauf, daß es sich bei dem Sprachenstreite um eine innere Angelegenheit Oesterreichs handle, in die sich von hier aus einzugreifen nicht sein würde. Schwereid komme hinzu, daß gerade Vertreter der extremsten Opposition in Oesterreich hier sprechen sollten, deren Verhalten einen sehr unerwünschten Verlauf der Versammlung erwarten lasse.

Die geplante Versammlung ist infolge dessen von den Veranstalter aufgegeben worden.

Für den Wuth des altdeutschen Verbandes spricht dieser Entschluß nicht.

Die Deutschen in Oesterreich werden vielleicht doch durch das Berliner Polizeipräsidium belehrt sein, daß sie in offiziellen reichsdeutschen Regierungskreisen auf Sympathien nicht rechnen können. —

— In allerer ädlen Folgen führt die Anwesenheit der preussischen Eisenbahnverwaltung. Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts in Elberfeld erschien am 27. v. M. der in Solingen beschäftigte Hilfs Telegraphist v. S., beschuldigt, einem Unteroffizier auf dessen Wunsch zur Erlangung von Urant eine Depesche gefälscht zu haben. Der Angeklagte wurde auf Grund der §§ 348, 349 und 78 des Strafgesetzbuchs mit einem Monat Gefängnis bestraft. Wer die Umstände nicht näher kennt, wird sich fragen, so fährt die „Köln. Zig.“ aus, wie es möglich sei, daß ein

Stimmungen dieses französischen Gesetzes wurden in Rußland vorübergehend, 1862 auch in Preußen eingeführt. Spuren dieses Systems finden sich heute noch in Elsaß-Lothringen, wo das französische Pressegesetz von 1868 gilt. Nach diesem ist zwar keine Genehmigung für die Gründung einer Zeitung erforderlich, doch kann die letztere durch Verfügung auf administrativem Wege unterdrückt werden. Als Ergänzung dieses Systems dient das Reaktionswesen.

Im Gegensatz zu diesem Uebergangssystem steht das moderne Presserecht, welches in dem deutschen Reichs-Pressegesetz von 1874 und dem französischen Pressegesetz von 1881 verkörpert ist. Beide Gesetze basiren auf dem Grundgedanken der Pressefreiheit und kennen nur noch eine strafrechtliche Verantwortung. Diese Verantwortung richtet sich nicht gegen die einzelne Person, sondern gegen das Unternehmen. Der verantwortliche Redakteur muß auf dem Blatte mit Namen verzeichnet sein. Thäter beim Verbrechen ist nicht derjenige, welcher den inkriminirten Artikel geschrieben, sondern derjenige, unter dessen Verantwortung er veröffentlicht wurde. Der Verfasser des Artikels ist lediglich Mitschuldiger. Nach der belgischen Pressegesetzgebung soll das Gleich im Prinzip nur ein Opler haben. Das französische Pressegesetz von 1881 macht den Gérant (Geschäftsleiter), den Autor und den Drucker verantwortlich. Ist der Gérant oder der Autor ermittelt, so ist der Drucker frei. Nach dem deutschen Pressegesetz kann sich der verantwortliche Redakteur dadurch entlasten, daß er den Nachweis der Nichtbetheiligung bei Abfassung und Aufnahme eines strafbaren Artikels erbringt. Andererseits hat man grundsätzlich daran festgehalten, daß alle Hatten, die an einem inkriminirten Presseprodukt theilhaftig sind, als Verfasser, Redakteur oder Drucker. Auch Bestrafung wegen Fahrlässigkeit ist möglich. In betragt kommt hierbei noch das Beschlagnahme- und das Verhaftungs-verfahren. Sehr wichtig für die Presse sind die Strafbestimmungen über groben Unfug, die Frage, ob ein Verbrechen vor den Geschworenen oder Berufsrichtern abgeurtheilt werden soll, endlich die Frage des Gerichtstandes der Presse.

Nach Jahrhunderte langem dunkeln Druck haben wir ein recht bedeutames Maß gesetzlicher Pressefreiheit erreicht. Möge uns die Zukunft, so schloß der Redner, in diesem Sinne weiter führen zu Ehren des Volkes und zum Segen der Kultur!

*) Der Herr Professor hätte seinen Optimismus etwas ägeln dürfen. Dachte er nicht an die Unterdrückung aller Pressefreiheit für eine große Partei durch das Sozialistengesetz und dachte er nicht an die Versuche des „Umsturzgesetzes“? D. Red.

zur Ausstellung öffentlicher Urkunden berechtigter Beamter im Staatsbahndienste sich zu einer solchen Handlung hergeben, daß ein Familienrat seine Existenz in höchst leichtfertiger Weise um ein Nichts auf das Spiel setzen konnte. Der jeweilige Angeklagte aus dem Eisenbahndienste wird für vorkommende Verbrechen und Vergehen bestraft; ein großer Theil der Schuld liegt jedoch in der Einrichtung der Staatsbahnverwaltung begründet. Die Telegraphie ist Trägerin und Förderin des Kulturlebens und längst ein internationales Gemeingut. Sie steht unter einheitlichen Ausführungsbestimmungen und einheitlicher Tarification. In allen Erdtheilen genießt die Telegraphie den Schutz der Landesgesetze. Der Verrath des Depeschengeheimnisses wird überall mit schweren Freiheitsstrafen geahndet. Dieser Stellung im Kulturleben entsprechend nimmt die Telegraphie bei allen Nationen eine gedachte Stellung ein und liegt in den Händen des Subalternbeamtenstandes. Eine Ausnahme hiervon macht, und zwar zu ihrem eigenen Schaden, die königlich preussische Staatsbahnverwaltung. Trotzdem die Telegraphie bei ihr außerdem noch die Seele der Betriebssicherheit ist, besetzt sie deren Stellen mit Unterbeamten und mit Bahnhofsarbeitern! Um ihre Beamten vor Bestechlichkeit und andern Abwegen zu wahren, zahlt die Reichspostverwaltung ihren Telegraphenbeamten ein Anfangsgehalt von 1500 M., das mit Servis bis über 3000 M. steigt; die preussische Staatsbahnverwaltung das gegen ihren Telegraphenbeamten nur 1200 bis 1800 M. Gehalt. Den Bahnhofsarbeiter hat sie noch billiger, denn er erhält bis 3 M. Tagelohn. Der verurtheilte v. S. war Bahnhofsarbeiter. Es ist nicht zu verwundern, wenn bei einer solchen Besetzung höchst wichtiger Stellen Unfälle nicht vermieden werden können. Welche Gefahren ergeben sich aber des Weiteren bei der Eisenbahn für die den Telegraphen benutzende Gesellschaft? Kann das Depeschengeheimniß gewahrt bleiben? Die Garantie liegt doch nur in der richtigen Stellung und Befolgung derartiger Beamten. Im Interesse der Betriebssicherheit, des telegraphischen Publikums, des Staates und der betreffenden Beamten selbst muß daher in den jetzigen Zuständen eine Wandlung zum Besseren eintreten.

— Die Maßregelung des Regierungsraths Burkhart durch das bayerische Finanzministerium hat in München ungeheures Aufsehen gemacht. Die Schrift, wegen welcher die Maßregelung erfolgte, geht reichend ab. Ein Buchhändler hat an einem Tage allein 800 Exemplare verkauft. Und den unangenehmen Kritiker wird die Regierung durch die unkluge Maßregelung nicht nur nicht los, sondern sie muß sich jetzt seine ständige Kritik in der Presse gefallen lassen, da er die Chefredaktion der weit verbreiteten „Münch. N. Nachr.“ übernimmt. —

— Aus Baden, 5. Nov. (Sig. Ber.) Je näher der Tag der Abgeordnetenwahlen heranrückt, desto fälscher werden die Mittel, welche die Nationalliberalen anwenden, um einen Sieg der Gegner zu verhindern. Das dabei in Karlsruhe, wo es sich um drei Sitze handelt, das Unglaubliche geleistet wird, liegt in der Natur der Sache. Die nationalliberale Presse verbreitet nämlich jetzt die Nachricht, daß bei den Sozialdemokraten die Absicht bestehe, anstatt des Demokraten Wels, an den die Wahlmänner der Opposition ebenso wie auf die beiden sozialdemokratischen Kandidaten Schaler und Geck verpflichtet worden sind, einen dritten Sozialdemokraten an stelle von Wels zu wählen. Der Zweck des Manövers ist klar; man versucht die Karlsruher freisinnig-demokratischen Wahlmänner ins Vordorn zu jagen, jedoch wahrscheinlich umsonst. Es ist nicht anzunehmen, daß von den vorhandenen unsicheren Kantontisten aus den Reihen der Freisinn- und Demokraten, wenn überhaupt, so viele umfallen werden, daß die Wahl der Kandidaten der Opposition gefährdet würde.

Am Zweitrag in die sozialdemokratische Landtagsvertretung zu fähen, ergibt sich die nationalliberale Presse Badens in allerhand Prophezeiungen über die Stellung des Genossen Adolf Geck in der sozialdemokratischen Fraktion des künftigen Landtages und meint, eine zweite „Kahlade“ werde unvermeidlich sein. Auf diese Auslassungen antwortet nun Genosse Geck in der neuesten Nummer des „Volkstfreund“ mit folgender Abfertigung der nationalliberalen Propheten:

„In sozialdemokratischen Kreisen legt man diese Artikel mit Verachtung zur Seite, weil niemand daran zweifelt, daß unsere „Kammermännchen“ in allen Fragen harmonisch aufspielen werden. Das den parlamentarischen Neuling Geck betrifft, so erblickt er in dem älteren Genossen Dreesbuch einen Vorkämpfer, dessen Erschöpfung im politischen Kampfe niemals unterschätzt wurde, wenn auch über Fragen der Opportunität und Taktik bei beiden zuweilen Meinungsverschiedenheiten bona fide herrschen. Der offene, ungeheuchelte Austausch der divergirenden Auffassungen sühnte jedesmal zur Klärung der Verhältnisse.“

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde am Freitag vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I wegen Majestätsbeleidigung gegen den Kumpfer Müller verhandelt. Aus der Urtheilspublikation, welche öffentlich erfolgte, ging hervor, daß der auf freiem Fuße besübliche Angeklagte eines Abends in einem Restaurant, als bei einem Glase Bier politisiert wurde, gerügt hatte, daß der Kaiser sich zu wenig unter das Volk beuge. Hieran war noch eine den Kaiser beleidigende Aeußerung geknüpft. Das Urtheil lautete auf drei Monate Gefängnis.

— Der Ausschub der deutschen Kolonialgesellschaft hat die Tagesordnung für die demnächst in Hamburg abzuhaltende Vorstandssitzung festgesetzt. Auf derselben stehen u. a. die Renwahl des Präsidenten, die Somanfrage, die Logo-Angelegenheit, Ausgestaltung des Auskunfts-Bureaus, Bericht des Komitees für den Flottenbau v. S. d. S. Namens der betreffenden Kommission legte v. Hofmann bereits den Plan für die Begründung einer Auskunftsstelle der deutschen Kolonialgesellschaft vor. Derselbe fand mit einigen Abänderungen die Genehmigung des Ausschusses. Für die erste Einrichtung der Auskunftsstelle der deutschen Kolonialgesellschaft ist darnach der Betrag von 5000 M. in den Etat einzustellen. Der Voranschlag balancirt mit 150 200 M. —

Oesterreich-Ungarn. Wien, 6. November. Der Hungarische Abgeordnete Hausz verhandelte heute über das Ausgleichs-provisorium. Kaiser und Vergelt von der deutschen Linken stellen formelle Anträge. Auf beauftragt, den ersten Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses als dergleichen Präsidenten zur Theilnahme an den Verhandlungen des Ausschusses einzuladen; im Falle der Ablehnung solle der Ausschub das Präsidium des Hauses ersuchen, die Protokolle der Quotenreputation dem Budgetausschusse zugänglich zu machen. Graf Pinski beantragt, über diese Anträge erst am Sitzungsschlusse zu verhandeln. Nach einer Erklärung des Obmanns Kramarcz beantragt Auf Vertagung der Sitzung. Der Antrag wird abgelehnt, worauf die Vertreter der Linken weitere formelle Anträge stellen.

Der Ministerpräsident Graf Badi, der Finanzminister und der Handelsminister wohnen den Verhandlungen bei. Die Opposition setzte auch im Budgetausschusse die Obstruktion fort, indem sie Wemängelungen, Abänderungen und Ergänzungen beantragte und eine namentliche Abstimung durchsetzte. Dieses Obstruktionsverfahren soll auch in der meritorischen Debatte fortgesetzt werden.

— In der letzten so kühnen Obstruktionssitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses kam die sozialdemokratische Fraktion nur zu einer thätlichen Vertheiligung zum Wort. Die kurze Szene spielte sich folgendermaßen ab:

Hg. Werner (Sozialdemokrat) erklärt gegenüber dem Abg. Prade, daß mit dem Augenblicke, wo das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in dieses Haus einzieht, nicht bloß die Laas des Feudal-Adels geahnt seien, sondern auch die der Chauvinisten. Gegenüber dem Abg. Dr. Lueger berichtet er, daß das arbeitende, arme, darbenbe Volk in Oesterreich auch im nächsten Jahre nicht in der Lage sein werde, ein Präsidenten zu feiern. Wenn es etwas feiern werde, werde es die Erinnerung an die blutige Niederringung der Revolution der Jahre 1848 und 1849 feiern, es werde mit Empörung,

mit Entrüstung feiern die Erinnerung an seine Toden und an die tobsüchtigen Rechte, das allgemeine, gleiche Wahlrecht, die Pressefreiheit etc., die, kaum gewonnen, ihm wieder genommen und bisher nicht gegeben worden sind.

Der Abg. Engel habe von einem ethischen Standpunkt gesprochen. Man kann es nicht als Ethik bezeichnen, wenn man die blutigen mörderischen Wahlen, die in Galizien sub auspiciis Padani vorgenommen wurden, nicht näher untersuchen will.

Vize-Präsident Dr. Kramarz ersucht den Redner, im Rahmen der tatsächlichen Berichtigung zu bleiben.

Abg. Berner führt aus, es handle sich bloß um einen Kuhhandel zwischen Jungesuchen und Regierung. Graf Padani habe gegen die Umsturz der Gesellschaftsordnung mit dem größten Erfolge gekämpft; man sieht ja, welche Ordnung er in die Beratungen des Hauses gebracht hat (Weiterer), der Protokoll, der verantwortliche Redakteur der galizischen Wahlen, der Duellant, wie er für die Befreiung des religiösen Bewußtseins eintritt.

Vize-Präsident Dr. Kramarz entzieht dem Redner das Wort. (Widerstand links.)

Abg. Berner: Ich appelliere an das Haus!

Vize-Präsident: Bei einer tatsächlichen Berichtigung giebt es keine Verjagung des Hauses. (Lebhafter Widerstand und Unruhe links.)

Oesterreich am Scheidewege. Michael Paulsch, in weiteren Kreisen durch seine lehrreiche Arbeit über die Zukunft der Deutsch-Oesterreicher bekannt geworden, politisch durchaus unabhängiger Mann; beginnt in der letzten Nummer der Berliner „Nation“ Erörterungen unter dem oben angegebenen Titel, denen wir das folgende entnehmen:

Es dürfte kaum einem Widersprüche begegnen, wenn wir den Wendepunkt in der Entwicklung Oesterreichs in das Jahr 1866 verlegen; denn die Niederlage in dem böhmischen Felzuge hat zwei Thatfachen geschaffen, die für die Zukunft von der größten Bedeutung sein sollten: die Teilung Oesterreichs in zwei Reichshälften und die Ausschließung aus dem deutschen Bunde. Mit der Teilung Oesterreichs in zwei Hälften war die Einheit der Gesetzgebung und Verwaltung und damit zugleich das Staatsgefühl beseitigt, das sich selbst in national und kulturell gemischten Staaten als Kitt erweist. Andererseits hatte Oesterreich mit dem Ausschließen aus dem deutschen Bunde aufgehört, ein deutscher Staat zu sein. Nicht als ob es nicht auch vor dem Jahre 1866 selbst in den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Millionen Nichtdeutscher gegeben hätte, aber die Dynastie hatte sich bis dahin als eine deutsche gefühlt, sie glaubte eine Aufgabe in Deutschland zu erfüllen zu haben, und mußte demgemäß auch in Oesterreich deutsche Politik machen. Mit dem Ausschließen Oesterreichs aus dem deutschen Bunde war die Notwendigkeit einer deutschen Politik entfallen, und die Dynastie suchte sich in dem vielsprachigen Oesterreich einzurichten, so gut es ging. So hat denn die Sonderstellung Ungarns und der wachsende Einfluß der nichtdeutschen Völker dieses Reichs der Zeitraube in dem alten Staatsgebäude geschaffen, die sein Auseinanderfallen befürchten lassen.

Ein Blick auf die Karte belehrt, daß in dem Fundamentalfaktor der ungarischen Nationalpartei (das Ungarn der Kern und das Zentrum der Monarchie sei), ein Kern von Wahrheit liegt, denn man kann sich ganz gut Ungarn ohne Oesterreich, nicht aber Oesterreich ohne Ungarn vorstellen. Ungarn gleicht einer Kapsel, die zum größten Teile durch hohe Gebirge oder größere Flüsse natürlich begrenzt ist, Oesterreich einem Halbmonde, der im weiten Bogen von beständig 300 deutschen Meilen Ungarn umspannt. Die Bewohner Ungarns sind, mögen sie auch noch so verschiedenen Nationen und Konfessionen angehören, wirtschaftlich auf einander angewiesen, in Oesterreich selbst ganzen Kronländern jede Berührung mit einzelnen anderen. Was haben z. B. Tirol und Galizien, Niederösterreich und die Bukowina, Böhmen und Dalmatien für besondere Verbindungspunkte? Ungarn ist mit einem Worte ein geographischer Begriff, Oesterreich ist es nicht, dies kann man schon ganz äußerlich dem Umstand entnehmen, daß es Oesterreich offiziell nicht einmal zu einem Namen gebracht hat, sondern als „die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ bezeichnet wird. Ist dem aber so, so wird die Stellung der Monarchie als Großmacht ganz wesentlich davon abhängen, ob der allerdings nur lose Zusammenhang zwischen beiden Reichshälften aufrecht bleibt, oder weiter gelockert wird. Ein möglichst selbständiges Ungarn würde eine Schwächung, ja eine Beseitigung Oesterreichs als Großmacht bedeuten. Und doch ist diese möglichst Selbständigkeit das Ziel, das von allen heute maßgebenden Kreisen Ungarns mit allen Mitteln angestrebt wird. Man lasse sich dadurch nicht irre machen, daß nur die sogenannte Unabhängigkeitspartei die Personalunion zwischen Ungarn und Oesterreich fordert. Auch die übrigen ungarischen Parteien streben demselben Ziele zu, und wenn sie es nicht offiziell in ihr Programm aufnehmen, so geschieht es doch deshalb, weil ihnen die Sonderung von Oesterreich augenblicklich nicht zurechenbar erscheint. Nicht dem Gefühle der Zusammengehörigkeit, sondern rein verstandesmäßiger Erwägung entspringt das Bestreben der in Ungarn herrschenden Kreise, die Verbindung mit Oesterreich aufrecht zu erhalten.

In der That erweist sich die Verbindung als für Ungarn sehr vorteilhaft. Ungarn besitzt maßgebenden Einfluß auf die Politik eines Großstaates, ohne zu den Kosten einen entsprechenden Beitrag leisten zu müssen, es nimmt Antheil an dem wachsenden Kredit der westlichen Reichshälfte, und es besitzt einen naheliegenden Markt für seine Agrarprodukte. Mit jedem Schritte, den Ungarn zu seiner Konsolidation macht, entfernt es sich naturgemäß von Oesterreich. Gelingt es Ungarn, die nicht-magyarischen Völker zu entnationalisieren oder doch mit der Idee des magyarischen Nationalstaates anzuführen, so bedarf es der Verbindung mit Oesterreich nicht mehr, um seine staatliche Selbständigkeit zu vertheidigen. Wächst seine Bevölkerung rasch an und entwickelt sich die Industrie entsprechend weiter, so wird es auch wirtschaftlich von Oesterreich immer unabhängiger. Ungarn wird die Kosten eines Mittelstaates leicht tragen und den größten Theil seiner Agrarprodukte im Lande selbst absetzen. Ja die ungarische Industrie wird eine Trennung des Zollgebietes und damit Schanz vor der älteren und entwickelteren Oesterreichischen gewiß mit allen Mitteln aufstreben.

Budapest, 6. November. Das anerkannt offiziöse Organ der ungarischen Regierung, der „Ungar“, spricht seine Befriedigung über die durchgeführte erste Lesung des Ausgleichsprojektivums in der Oesterreichischen Abgeordnetenkammer aus und erblickt darin ein Vorzeichen des Gelingens der endgültigen Annahme des Provisoriums seitens des Reichsraths. Der „Ungar“ sagt noch hinzu, die Anwendung des Oesterreichischen Notparagrafen auf den Ausgleich würde auch dann ausgeschlossen sein, wenn das Provisorium bei der zweiten Lesung im Reichsrath nicht durchginge.

Der große Graf Badeni scheint da in eine nette Zwickmühle zu kommen. Wie schon so oft dürfte auch diesmal aus der Schwäche des Oesterreichischen Parlamentarismus und aus den Nationalitätenkämpfen die Ungarn den Profit ziehen.

Schweiz.

Herr Reinhold Kuegg, einer der verdientesten schweizerischen Publizisten, politischer Redakteur der „Zürcher Post“ seit ihrer Begründung, zieht sich nach 27 journalistischen Dienstjahren von der politischen Redaktion des Blattes zurück, er wird sich künftighin auf die Redaktion des „Heute“ dieses vorzüglichen Blattes, dessen ausgezeichnete Wochenplaudereien er regelmäßig schrieb, beschränken.

Reinhold Kuegg, der unseren Lesern kein Fremder ist, gehört zu der Elite der schweizerischen Sozialdemokratie, wenn er auch nach außen wenig hervortrat.

Frankreich.

Paris, 5. Nov. Der Senat nahm den Gesetzentwurf, betr. die Erneuerung des Privilegiums der Bank von Frankreich, ohne Abänderungen an.

Zur Dreyfus-Affäre wird aus Paris gemeldet: Der „Temps“ und das „Journal des Debats“ veröffentlichten einen ausführlichen Brief des Paläographen Professors Gabriel Monod, in welchem derselbe erklärt, der Vergleich jenes Schreibens, mit welchem die Zurückheilung von Dreyfus begründet worden sei, mit anderen von der Hand des früheren Hauptmanns herrührenden Schriftstücken habe ihm die Ueberzeugung aufgebracht, daß Dreyfus das Opfer eines Justizirrhums geworden sei; in dieser Ueberzeugung hätten ihn Nachforschungen über den Charakter und das Vorleben von Dreyfus befestigt.

Senator Scheurer-Kestner erklärte einem Berichterstatter des „Figaro“, er habe der Regierung die Dokumente mitgeteilt, auf denen seine Ueberzeugung von der Unschuld Dreyfus' beruhe. Er lasse nun der Regierung Zeit, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und die öffentliche Meinung aufzuklären.

Dem „Matin“ zufolge bestehen die Dokumente in Schriftstücken, welche dieselbe Handchrift zeigen, wie die angeblich von Dreyfus herrührenden, jedoch aus einer Zeit datirt sind, in welcher Dreyfus bereits deportirt war. Sie sollen beweisen, daß der Verrath auch dann noch fortbauerte. Der „Matin“ ist überzeugt, daß diese Schriftstücke von Fälschern hergestellt sind.

Spanien.

General Weyler soll, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus New-York gemeldet wird, wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder und Entressung in den Anklagezustand versetzt werden.

Rußland.

Petersburg, 6. November. Auf Befehl des Zaren wurde ein Komitee zur Vorbereitung von Änderungen und Reformen im Reichs-Gouvernement (Russisch-Polen) gebildet. Dem Komitee gehören sämtliche Minister, die Mitglieder des Senats, der katholische Metropolit Kozlovski und Deputirte aus Warschau, sowie der bekannte Gegner des polnischen Elements, Aguchin (?), an.

Serbien.

Belgrad, 6. Nov. Die Regierung hegt die Absicht, bei der Oesterreich-ungarischen Regierung Schritte zu thun, damit den in Serbien sich aufhaltenden Korrespondenten, welche fortgesetzt falsche, das Ansehen der serbischen Regierung schädigende Meldungen an auswärtige Blätter senden, das Postverbot gelegt werde.

Wir glauben kaum, daß man in Budapest der serbischen Regierung diesen Gefallen erweisen wird. Sollte aber die ungarische Regierung sich zum Bittier der vollkommenen Milanowitsch machen, so wird die unabhängige Presse doch Gelegenheit finden, die verrottenen serbischen Zustände so zu schildern, wie sie es verdienen.

Türkei.

Konstantinopel, 6. November. Die türkischen Blätter schreiben, es sei Hoffnung vorhanden, daß der Friedensvertrag heute unterzeichnet werden wird.

Kanea, 5. November. Die Abgeordneten der Russländischen zur Nationalversammlung bringen nach Kreta für die Admirale vier Anträge. Dieselben enthalten: Annahme der Autonomie, Forderung des Abzuges der türkischen Truppen, Bewilligung einer eigenen Flagge und den Wunsch, daß man bei der Wahl des Generalgouverneurs den Anschauungen der kreischen Bevölkerung Rechnung trage.

Asien.

Er mordung von Deutschen in China. Vom Anwärter Amt inspiert, meldet das Wolff'sche Telegraphen-Bureau: Die Meldung der „Königlichen Volkszeitung“ von einem Ueberfall auf Missionare in Süd-Schantung scheint sich nach hier gestern Abend eingegangenen amtlichen Nachrichten zu bestätigen. Ueberfallen wurde die Missionsstation Heuschonfu. Als Ermordeter wird gemeldet: Missionar Rief, vermißt Ziegler, entkommen Stenz. Die bei der Sachlage gebotenen Maßnahmen sind deutscherseits eingeleitet.

Afrika.

Ueber den englisch-französischen Konflikt schreibt die Londoner „Daily News“: Der kürzlich bei Saki im Hinterland von Lagos eingetretene Zwischenfall hätte beinahe zu einem Friedensbruche zwischen Frankreich und England geführt. Die von dem Gouverneur von Lagos nach Saki gesandte Truppenabtheilung habe Auftrag gehabt, sich durch nichts von der Befehlung des durch die Franzosen widerrechtlich betretenen Gebietes abhalten zu lassen. Glücklicherweise habe der Rückzug der Franzosen einen Zusammenstoß abgewandt. Das Blatt hofft, daß die in Paris stattfindenden Verhandlungen zu einer ehrenvollen Beilegung der Streitfragen führen werden.

Aus der Transvaalrepublik. Den „Standard and Digges News“ wird aus Johannesburg gemeldet, der Volksraad habe den ausführenden Rath beauftragt, eine Verordnung auszuarbeiten, durch welche die Einstellung eingeborener Arbeiter durch die Minen erleichtert würde. Wie es heißt, soll dieses Resultat des Besuches Lord's in Lourenco-Marques für die Minen von größerem Werthe sein, als die Aufhebung der Dynamit-Konfession.

Amerika.

Washington, 6. Nov. Der Premierminister und der Marine-Minister von Kanada werden nächste Woche hier eintreffen, um an Verhandlungen über die Behringmeerfrage auf viel umfassenderer Grundlage theilzunehmen, als von den britischen Behörden bisher angesehen wurde.

Der Premierminister Laurier ist auch für ein sehr entgegenkommendes Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, und das amerikanische Staatsdepartement seinerseits hat vor kurzem zu erkennen gegeben, daß es der Eröffnung von Negiprozialis-Verhandlungen günstig gegenübersehen werde.

Die Vereinigten Staaten und die kubanische Frage. Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald“ veröffentlicht ein Schreiben des früheren amerikanischen Gesandten in Madrid Taylor, in welchem er ausführt, daß Canovas jeder Reform auf Kuba entgegen gewesen sei oder doch ihm die von Canovas vorgezeichneten Reformen, nicht ernst gemeint zu sein schienen. Taylor hält daran fest, daß eine sofortige Dazwischenkunft der Vereinigten Staaten die einzige Lösung der kubanischen Frage sei.

In New-York wird die Situation überaus ernst aufgefaßt. Eine New-Yorker Börsendepesche vom gestrigen Tage meldet:

An der heutigen Fondsbörse trat starker Preisfall ein infolge von Befürchtungen eines Konfliktes zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten, zum Theil auf die oben veröffentlichten Erklärungen des früheren Gesandten Taylor hin.

Aus Washington wird dem Madrider Blatte „Correspondencia“ gemeldet, die amerikanische Regierung mißbillige die Erklärungen Taylor's auf das entschiedenste. Sie erlaube vielmehr ausdrücklich an, daß Sagasta für die Lösung der kubanischen Frage bereits einen großen Schritt gethan habe.

Ottawa, 6. November. Der kanadische Ministerath beschloß heute, den Niederlanden und Japan die Vortheile des kanadischen Negiprozialis-Tarifs einzuräumen.

Attentat in Brasilien. Wie die „Times“ aus Rio de Janeiro von gestern melden, versuchte am Nachmittag ein Soldat, den Präsidenten Moraes zu erschließen, als dieser bei der Rückkehr von der Besichtigung eines Dampfers am Marine-Arsenal landete. Der Versuch wurde von den Umstehenden vereitelt; der Keffe des Präsidenten, Oberst Moraes, wurde leicht verwundet. Der Kriegsminister Bittencourt, welcher sich an der Entwaffnung des Soldaten betheiligte, wurde dabei durch einen Stich so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. In der Stadt herrscht große Erregung.

Ueber die Beweggründe des Mörders ist noch nichts bekannt.

In Potsdam sind im abgelassenen Berichtsjahre des Vertrauensmannes II Volk- und Partei-Versammlungen abgehalten worden; in neun wurde ein Referat gehalten. Ferner wurde die Agitation durch Verbreitung von 3 Flugblättern gepflegt. Die Einnahme des Vertrauensmannes betrug 700,96 M., einschließlich 100 M. früheren Bestandes; ausgegeben wurden 349,68 M., sonach blieb ein Ueberschuß von 351,28 M. Der bisherige Vertrauensmann W. H. S. (Breitstr. 24) wurde einstimmig wiedergewählt.

Aus dem Kreise Friedeberg-Arnswalde wird uns geschrieben: Am 24. Oktober konnte in Alt-Karbe zum ersten Male eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten werden, obwohl von bekannter Seite alles aufgeboten worden war, um die Versammlung zu verhindern. Der Parteigenosse Wagner aus Berlin sprach vor ungefähr 300 Personen, meist Landleuten. Am 31. Oktober tagte in der Stadt Driesen eine stark besuchte Versammlung, wo der Parteigenosse Millarg aus Berlin referirte. Besonders zahlreich waren die Arbeiter der Holz-, Porzellan- und Metallindustrie vertreten. Beide Versammlungen nahmen für unsere Sache einen glänzenden Verlauf. Die Landleute klagen überall sehr wegen des Wildschadens. Die Parteigenossen wollen nun Versammlungen mit diesem Thema einberufen, um die Landleute zu unterweisen, wie sie sich in gegebenen Fällen zu verhalten haben.

In Arnstadt i. Th. wurde bei der Wahl von vier Vertretern der dritten Klasse zum Gemeinderath ein Sozialdemokrat, der Parteigenosse Henning, gewählt, trotzdem die Gegner alles aufgeboten hatten, um den Einzug unserer Partei in das Rathhaus zu verhindern.

Der sozialdemokratische Verein in Ravensburg in Württemberg hatte an die Gemeindeverwaltungen das Gesuch gerichtet, die unentgeltliche Beerdigung einzuführen, die Beerdigungskosten auf die Stadtkasse zu übernehmen und die obligatorische Benutzung des Leichenhauses einzuführen. Die Gemeindevorstände beschloßen Uebertragung zur Tagesordnung. Von unseren reaktionären Stadtverordneten schreibt man der „Schwäb. Tagwacht“: konnte angesichts der Naturgeschichte schwarzer Stadtverwaltungen natürlich auch nichts anderes erwartet werden. Die Arbeiterkassette weiß nun, was sie bei den nächsten Gemeinderathswahlen zu thun hat.

Aus Oesterreich. In Wien und dem übrigen Nieder-Oesterreich besteht eine eigene Organisation der dort wohnenden czechischen Sozialdemokraten. Das wird deutscherseits als eine Stärkung der Parteibewegung empfunden. Auf einer Konferenz der czechischen Sozialdemokraten Nieder-Oesterreichs, die am Sonntag in Wien tagte, wurde nun von seiten der Deutschen die Verschmelzung der czechischen Organisation mit der übrigen vorgeschlagen, weil der Ausbau der Organisation keine Scheidung nach deutschen und czechischen Genossen vertrage. Die czechischen Delegirten nahmen jedoch einstimmig einen Antrag an, wonach die czechischen Sozialdemokraten Nieder-Oesterreichs eine eigene Provinzial-Organisation und auf Grund der Beschlüsse der czechischen Parteitage zu Brünn und Budweis in jedem Bezirk der Provinz eine eigene Bezirksorganisation bilden sollen. Zu Gunsten dieses Antrages war angeführt worden, daß man durch die von deutscher Seite verlangte Verschmelzung die czechische Organisation nur zerstreuen würde, ohne der Deutschen damit zu nützen. Dagegen beschloß man gegen 4 Stimmen, daß das zu wählende czechische Provinzial-Agitationskomitee zusammen mit dem Provinzial-Agitationskomitee der Deutschen den Modus anzuhängen machen soll, wie in gemeinsamen Fragen leichter und einheitlicher gearbeitet werden kann.

In dem kärntnerischen Orte Glan, wo seit zwei Jahren ein sozialdemokratischer Verein besteht, wurde vier Parteigenossen in den Gemeinderath gewählt. In Villach, der zweiten Hauptstadt Kärntens, hatte unsere Partei Erfolge bei den Wahlen zur Gewerkschaft-Kommission. Es wurde Genosse Eich als Kommissionsmitglied und Genosse Bierkopf als Ersatzmann dazugewählt.

Im Bestehen des Reichsraths-Abgeordneten für Reichenberg i. B., Genossen Josef Danisch, der an Darmverschlingung darnieder liegt, ist den letzten Nachrichten zufolge erfreulicherweise eine Besserung eingetreten.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Spanien, 6. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl der dritten Wählerklasse wurden 1065 Stimmen für den Ordnungsbrei und 720 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Hamburg, 6. Nov. (W. Z. B.) Die „Hamburgische Börsenhalle“ meldet: Wie uns telegraphisch berichtet wird, wurde der englische Dampfer „Esperanza“ (früher „Tonaw“) von einem ebbwärts gehenden Dampfer in der Mitte angefahren und ist sofort gesunken.

Hamburg, 6. November. (W. Z. B.) Nach einer weiteren Meldung erhielt der von dem Hamburger Dampfer „Esperanza“ angerannte Dampfer „Esperanza“ ein Loch von 3 Meter Breite und 6 Meter Höhe und wurde alsdann an Land gesetzt. Die Ladung, die aus Wolle und Wein bestand, ist vollständig verdorben. Das Fahrwasser ist frei.

Wilhelmshaven, 6. November. (W. Z.) Der zwanzigjährige Werftarbeiter Kläfer wurde in der letzten Nacht von einem Matrosen 2. Klasse durch Messerliche getödtet.

Strasbourg i. E., 6. November. (W. Z. B.) Bei den heutigen Wahlen zum Landesauschusse wurden die 22 bisherigen Abgeordneten, welche wiederum als Kandidaten aufgestellt waren, wiedergewählt. Dazu wurde an Stelle des an den Rechnungsbef nach Potsdam berufenen Abgeordneten Dr. Clemm im Kreise Pogonon der Gutsbesitzer Baillien und für den verstorbenen Stadtrath Klein in Jaberu der Reichstags-Abgeordnete Dr. Höffel gewählt.

Wien, 6. November. (W. Z.) Heute hat sich die 23jährige Frau Irma Weirner, die Gemahlin des Millionärs und Mitinhabers der großen Eisenfirma W. Strödel's Söhne, aus Gram über den gestern erfolgten Tod ihres Gemahls erschossen.

Wien, 6. November. (W. Z. B.) Budgetauskunft. Nach Ablehnung einer Reihe formeller Anträge gaben die 12 der Linken angehörigen Mitglieder des Ausschusses eine Erklärung ab, in welcher sie die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses über das Ausgleichsprojektivum als gelehrt und verfassungswidrig bezeichnen, da das Ausgleichsprojektivum unter wiederholten größten Verletzungen der Geschäftsordnung, der Geheh und der Verfassung dem Budgetausschusse überwiesen worden sei. Unter dieser Verwahrung trat die Linke in die Verhandlungen ein, um Schädigungen des deutschen Volkes, ja der ganzen Welt, abzuwenden. Im weiteren Verlaufe der Sitzung sprachen zur Vorlesung der Jungczechische Prolog, der Sozialdemokrat Doszognski, der Vertreter des verfassungstreuen Sozialdemokratischen Stuerghs, der Abgeordnete Forcher (Deutsche Volkspartei) und der Finanzminister Dr. v. Villmoss. Sodann wurde die Sitzung abgebrochen. Die nächste Sitzung findet am Montag Abend statt.

Krakau, 6. November. (W. Z.) Der Chefredakteur des hiesigen Antisemitenblattes, Ehrenberg, wurde wegen fortgesetzter Anklagen an den Abgeordneten Doszognski von dem Mitarbeiter des Sozialdemokratischen „Kapuzin“, Kaczynski, auf offener Straße mit Drogengekräftigt. Beide wurden zur Polizei gebracht.

Kopenhagen, 6. November. (W. Z. B.) Nach der heutigen im Landsting stattgehabten zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über die Unfallversicherung für Arbeiter in gefährlichen Gewerben wird die Durchföhrung des Gesetzes für sicher gehalten. Mehrere Versuche, die Weiterberatung der Vorlage zu verhindern, scheiterten.

Velletri, 6. Nov. (W. Z. B.) Heute früh um 8 Uhr wurde hier ein leichtes, wellenförmiges Erdbeben verspürt, welches zwei Sekunden andauerte.

Arbeiter! Handwerker! Parteigenossen!

Morgen, Montag, den 8. November,

finden von vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr im 3., 8., 10., 12., 14., 19., 21., 25., 26., 28., 32., 34., 38. und 40. Kommunal-Wahlbezirk in der dritten Abtheilung die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt.

Parteigenossen! Niemand fehle bei der Wahl! Es ist nicht nur unsere Aufgabe, die sozialdemokratischen Sitze wieder zu erobern, wir müssen auch neue Mandate dazu gewinnen. Die dritte Abtheilung, die Abtheilung der Arbeiter und der wirtschaftlich Schwachen, gehört der Sozialdemokratie. Mögen die Mandate der ersten und zweiten Abtheilung den Geldsachinteressen geopfert werden, wir können es bei dem herrschenden Wahlsystem nicht hindern. Aber die Hunderttausende, deren Arbeit erst den Wohlstand und den Reichtum der privilegierten Wähler schafft, haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch ihre Ansichten im Rathen Hause zur Geltung kommen.

Parteigenossen! Heut herrscht im Rathhaus die freisinnige Bourgeoisie, die erbitterte Feindin der sozialdemokratisch organisirten Arbeiterklasse. Sorgt dafür, daß der sozialistische Gedanke mehr noch wie bisher die Verhandlungen des Stadtparlaments durchdringt, indem Ihr alles aufbietet, die Mandate der dritten Abtheilung für die Sozialdemokratie zu erobern.

Vorwärts zur Wahl! Vorwärts zum Sieg!

Für die am Montag, den 8. November, stattfindenden Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung sind von unserer Partei die folgenden Kandidaten aufgestellt:

- 3. Wahlbez.: Stadtverordneter **Paul Singer.**
- 8. " Cigarrenfabrikant **Otto Antrick.**
- 10. " Tischler **H. Koblenzer.**
- 12. " Stadtverordneter **Paul Singer.**
- 14. " Stadtverord. **Arthur Stadthagen.**
- 19. " Tischler **Rudolf Millarg.**
- 21. " Stadtverordneter **Paul Singer.**
- 25. " Stadtverordneter **Julius Wernau.**
- 26. " Stadtverord. **Bernhard Bruns.**
- 28. " Stadtverord. **Bernhard Bruns.**
- 32. " Schneider **Johannes Timm.**
- 34. " Stadtverordneter **H. Borgmann.**
- 38. " Gastwirth **Christian Hilgenfeld.**
- 40. " Rechtsanwält **Wolfgang Heine.**

Soweit in den Wahlbezirken unsere Kandidaten Hausbesitzer sein müssen, sind sämtliche Erfordernisse erfüllt. Entgegengesetzte Mittheilungen verdienen keinerlei Beachtung.

Wahlberechtigt

Ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder selbständige Einwohner, der Preusse und 24 Jahre alt ist, seit einem Jahre in Berlin wohnt und seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat, sowie mindestens zur zweiten Steuerstufe (660 bis 900 M. Einkommen) eingeschätzt ist, und sofern er in die Wählerliste eingetragen ist. Chambregarnisten sind selbständig und daher wahlberechtigt.

Wer seit dem 30. Juli (seit der Auslegung der Listen) verstorben ist, wählt in dem Bezirk, in welchem er vor diesem Termin gewohnt hat.

Wahlberechtigt sind auch diejenigen Wähler, die am Tage der Wahl zur Kontrollversammlung kommandirt sind.

Die Wahlen finden morgen Montag, den 8. November, statt von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, und zwar zu jeder beliebigen Stunde während dieser Zeit.

Die Abgabe der Stimme nimmt nur wenige Minuten in Anspruch. Diejenigen Wähler, die es irgend möglich machen können, wollen bis Mittag 1 Uhr ihr Wahlrecht ausüben, damit der Andrang gegen Abend nicht zu stark ist.

Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises werden ersucht, sich heute, Sonntag früh 7 1/2 Uhr, zur Flugblattverbreitung zahlreich in folgenden Lokalen einzufinden: Zimmermann, Mohrenstr. 41; Glauke, Krausenstr. 18. Parteigenossen, welche am Wahltag sich der Partei zur Verfügung stellen wollen, mögen sich Montag früh 8 Uhr Jägerstr. 10 bei Conrad melden.

Den Parteigenossen des 8. Kommunal-Wahlbezirks zur Kenntniss, daß heute, Sonntag Mittag 12 Uhr, und am Montag Abend 9 Uhr im Königshof, Bülowstr. 37, Versammlungen dieses Bezirks stattfinden. Siehe Inseratentheil.

Diejenigen Parteigenossen, welche gewillt sind, am Tage der Wahl sich in den Dienst der Partei zu stellen, haben sich am Montag, den 8. November, früh 8 Uhr, bei O. Werner, Bülowstr. 59, zu melden. Das Komitee.

Parteigenossen im zehnten Kommunal-Wahlbezirk, welche heute, Sonntag, bei der Flugblattverbreitung helfen wollen, mögen sich morgens 7 1/2 Uhr bei Köhler, Bellealliancestr. 74a und bei Endte, Hoffenerstr. 10, einfinden. Diejenigen Genossen, welche am Tage der Wahl thätig sein wollen, müssen sich morgens 8 Uhr bei Endte, Hoffenerstr. 10, melden. Das Komitee.

Parteigenossen, welche im 19. Wahlbezirk bei der am Montag stattfindenden Stadtverordnetenwahl behilflich sein wollen, werden ersucht, sich bei Sandros, Stauffschreiberstr. 12a, und Richter, Dresdenstr. 105, zu melden; wer im 21. Bezirk sich behilflich will, wolle sich bei Börner, Rastatterstr. 10a, und bei Lenz, Alte Jakobstr. 69, melden.

Achtung! 4. Wahlkreis, Südost! Die Parteigenossen werden ersucht, sich zu der heute, Sonntag, früh 7 1/2 Uhr stattfindenden

Flugblattverbreitung in folgenden Lokalen einzufinden: Erbe, Europastr. 25; Stadelmann, Falkensteinstr. 7; Bayer, Brangelstr. 131; Wieberstein, Lausiger Platz 12a; Tolksdorf, Görligerstr. 58; Holz, Grünauerstr. 3; Seidler, Ratsvorstr. 16.

In diesen Lokalen liegen zugleich die Wählerlisten zur Einsichtnahme aus. Diejenigen Parteigenossen, welche gewillt sind, am Tage der Wahl sich in den Dienst der Partei zu stellen, haben sich am Montag den 8. November, früh 7 1/2 Uhr, im Zentralbureau bei Tolksdorf, Görligerstr. 58, zu melden.

Parteigenossen des 6. Wahlkreises, welche gewillt sind, sich an der heute Sonntag früh stattfindenden Flugblatt-Verbreitung zu betheiligen, werden ersucht, sich an dem betreffenden Tage, früh 8 Uhr, in folgenden Lokalen zu melden: Fr. Viehle, Schwedterstr. 33, für den 32. Wahlbezirk; E. Diele, Ackerstr. 123, für den 34. Wahlbezirk; E. Ernst, Schwarzkopffstr. 11, für den 38. Wahlbezirk; Job. Pfarr, Putzstr. 10 für den 40. Wahlbezirk.

Diejenigen Parteigenossen, welche morgen Montag, den 8. November, bei der Stadtverordneten-Wahl Hilfe leisten wollen, werden gebeten, sich an diesem Tage früh 8 Uhr in folgenden Lokalen zu melden: Job. Pfarr, Putzstr. 10, für den 40. Wahlbezirk; E. Ernst, Schwarzkopffstr. 11, für den 38. Wahlbezirk; E. Diele, Ackerstr. 123, für den 34. Wahlbezirk; Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee 178, für den 32. Wahlbezirk. Genossen, welche nicht den ganzen Tag setzen können, werden ersucht, wenigstens in den Nachmittagsstunden sich den Wahlkomitees zur Verfügung zu stellen, damit nicht etwa aus Mangel an hilfsbereiten Genossen die Agitation an diesem Tage unterbrochen werden muß.

Den Parteigenossen des 34. Kommunal-Wahlbezirks zur Nachricht, daß heute, Sonntag Mittag 12 Uhr und am Montag Abend 9 1/2 Uhr in Densel's Salon, Invalidenstr. 1a, Versammlungen dieses Bezirks stattfinden. Siehe Inseratentheil.

Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation hat gestern Vormittag unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirschner eine mehrstündige Sitzung gehalten. Es wurde beschlossen, eingehende Beschwerden und Petitionen betreffs Verkehrsrichtungen stets der betreffenden Verkehrsbehörde zur Auswertung zugehen zu lassen, um dadurch Material für die Beurtheilung der einzelnen Fälle zu gewinnen. Wegen Ermäßigung der Dampfer-Fahrtpreise der Gesellschaft „Stern“ beschloß die Deputation, Verhandlungen mit dem Polizeipräsidenten einzuleiten, um auf diesem Wege namentlich eine Herabsetzung der Sonntagspreise, die jetzt höher sind als an den Wochentagen, zu erreichen. In Ausführung bereits früher gefasster Beschlüsse sollen die erforderlichen Schritte gethan werden, um die Durchführung der Straßenbahn über die Straße Unter den Linden im Zuge der Charlottenstraße zu ermöglichen. Zwei Anträge der Pferdebahn-Gesellschaft auf Anlagen von Kurvenveränderungen und Haltestellen-Anlagen am Oranienburger Thor bezw. in der Köpcke'schen Straße an der Inselstraße, wurden mit der Aufgabe genehmigt, daß der Umwandlungsantrag vorher vollständig sein muß, und daß bei den beabsichtigten Änderungen keine Aufstellung von mehreren Wagen auf der Straße erfolgt. Anträge auf Aufstellung von Zeitungs- und Fahrradautomaten auf den Straßen und Plätzen wurden im Interesse der Freibehaltung der Straßen für den Verkehr abgelehnt. Schließlich wurde der von der Subkommission vorgelegte Straßenbahnplan, der die in Aussicht genommenen neuen elektrischen Linien enthält, von der Deputation mit einigen ganz unwesentlichen Änderungen genehmigt. Diese Linien sollen nunmehr zur Aufschreibung gelangen, und werde die Subkommission mit den Vorarbeiten sowie der Feststellung der Submissionsbedingungen etc. beauftragt. Ueber die Verträge mit den Unternehmern, welche von früher her Konzeptionen auf bestimmte Linien vorbehaltlich definitiver Vertragsbestimmungen besitzen, verhandelt die Subkommission und wird ihre Vorschläge demnächst der Verkehrs-Deputation unterbreiten. Einige andere Gegenstände mußten wegen Behinderung der Referenten vertagt werden.

Der Ausschuss für die neue Gehaltsordnung der Lehrpersonen an den Gemeindeschulen hat gestern Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten Vorstehers und in Anwesenheit des Bürgermeisters, sowie des Stadtschulraths seine Beratungen zu Ende geführt und empfiehlt nunmehr der Stadtverordneten-Versammlung folgende Beschlussefassung:

- I. Endgiltig angestellte Lehrer, auch wenn sie noch nicht 4 Jahre im öffentlichen Schuldienst gestanden haben, erhalten: Grundgehalt 1200 M., Miethschädigung 600 M., Alterszulagen wie bisher. Zur Anrechnung kommt die gesammte Dienstzeit im öffentlichen Schuldienst in Deutschland. Den bis zum 31. März 1894 angestellten Lehrern wird die Zeit voller Beschäftigung an hiesigen Privatschulen angerechnet. Den nach dieser Zeit angestellten und noch anzustellenden Lehrern würden, wenn sie an hiesigen Privatschulen in voller Beschäftigung thätig waren, drei Jahre dieser Beschäftigung bei der Anstellung als Gemeindeflehrer angerechnet.
- II. Einsteuwig angestellte Lehrer erhalten: Grundgehalt 960 M., Miethschädigung 400 M.
- III. Rektoren erhalten: Grundgehalt 2300 M., Miethschädigung 800 M., Alterszulagen wie bei den Lehrern nach dem Dienstalter als Lehrer. Die Entschädigung für Brennmaterial im Betrage von 90 M. fällt fort.
- IV. Lehrerinnen erhalten Grundgehalt 1000 M., Miethschädigung 400 M., Alterszulagen nach 4 Jahren 200, nach

7 Jahren 350, nach 10 Jahren 500, nach 18 Jahren 650, nach 16 Jahren 800, nach 19 Jahren 1000, nach 22 Jahren 1150, nach 25 Jahren 1300 und nach 28 Jahren 1450 M. Die Dienstjahre voller Beschäftigung an öffentlichen Schulen in Deutschland kommen zur Anrechnung. Den in voller Beschäftigung an hiesigen Privatschulen thätig gewesen, angestellten und ferner anzustellenden Lehrerinnen werden drei Jahre dieser Thätigkeit angerechnet. Der Antrag Singer, die an Gemeindeschulen beschäftigten Hospitantinnen bei voller Beschäftigung als einsteuigliche Lehrerinnen mit 800 M. Grundgehalt und 80 M. Miethschädigung anzustellen, wurde abgelehnt. Ebenso der Eventualantrag, die nicht in voller Beschäftigung verbrachte Hospitantinnenzeit bei der Anstellung in Anrechnung zu bringen.

V. Fachlehrerinnen erhalten: Grundgehalt 900 M., Miethschädigung 300 M., Alterszulagen: nach 8 Jahren 100, nach 6 Jahren 200, nach 9 Jahren 300, nach 12 Jahren 400, nach 15 Jahren 500, nach 18 Jahren 600 und nach 21 Jahren 720 M. Zur Anrechnung kommen die Jahre, in welchen die Fachlehrerinnen an öffentlichen Schulen in Deutschland mit mindestens sechzehn wöchentlichen Stunden beschäftigt waren. Für die Anstellung bezw. Pensionierung der jetzt an den Gemeindeschulen beschäftigten Fachlehrerinnen sollen außer der obigen Gehaltsordnung folgende Grundsätze gelten: a) Bis zur definitiven Anstellung der jetzt im Dienst befindlichen technischen Lehrerinnen werden neue Annahmen thunlichst nicht vorgenommen. b) Fachlehrerinnen, welche bereits im städtischen Dienst leben und vorwiegend während 24 Stunden ertheilen werden, sollen zur endgiltigen Anstellung vorgeschlagen werden, ohne Rücksicht auf das Lebensalter und auch mit nur einem Examen. Die Anstellung erfolgt nach Präsentation der Bewährlin bei der Stadtverordneten-Versammlung. Diejenigen technischen Lehrerinnen, welche wegen zu hohen Lebensalters nicht definitiv angestellt werden können, erhalten beim Eintritt der Dienstunfähigkeit ein Jahresgehalt, welches in jedem Falle von den Gemeindebehörden festzusetzen ist. c) Bei der gesetzlichen Pension kommt die ganze Zeit zur Anrechnung, in welcher die Fachlehrerinnen im öffentlichen Schuldienst Deutschlands voll beschäftigt gewesen sind; hinzu tritt der lediglich von der Stadtkasse zu tragende Pensionstheil, welcher die in kontraktlicher, aber nicht voller Beschäftigung an städtischen Gemeindeschulen verbrachte Zeit betrifft.

Die Beschlüsse betreffend Grundgehalt, Miethschädigung und Alterszulagen sind meist mit 8 gegen 8 Stimmen gefaßt worden. Die Minorität des Ausschusses stand im wesentlichen auf dem Standpunkt des Magistrats, der aus finanziellen Rücksichten bei dieser Gelegenheit keine Aufbesserung der im Jahre 1894 geregelten Lehrergehälter eintreten lassen will. Zum Berichterstatter für die Versammlung ist der Stadtverordnete Dr. Preuß ernannt.

Lokales.

Die parteigenösslichen Wahlkomitees zu den Stadtverordnetenwahlen werden dringend ersucht, uns am Montag Abend sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses in ihrem Wahlbezirk das Ergebnis ziffernmäßig genau mitzutheilen. Die Redaktion.

Im Anschluß hieran sei darauf hingewiesen, daß am Montag Abend in sämtlichen sechs Wahlkreisen Versammlungen stattfinden, in welchen die Wahlergebnisse bekannt gegeben werden. Näheres siehe im Inseratentheil.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird in dieser Woche nicht tagen.

Arbeiter-Vorbereitungsschule. Die Parteigenossinnen und Genossen werden auf den heute Abend 7 Uhr in Feuerstein's Festsaal, Alte Jakobstr. 75, stattfindenden Vortrag von Frau Dr. Zeppler über: „Der Realismus in der Dichtkunst“ aufmerksam gemacht. Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand.

Die „Freie Volkshöhle“ veranstaltet heute Sonntag für die erste Abtheilung nach 3 Uhr im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater die erste Vorstellung von „Sein Jubiläum“ von E. Preussing und „Die Fahnenweihe“ von Joseph Ruederer. Neue Mitglieder können nur noch für die vierte Abtheilung aufgenommen werden. Billets zum Winterfest sind in allen Zahlstellen à 30 Pf. zu haben. Da nur eine beschränkte Anzahl Billets aufgegeben werden, empfehlen wir den Mitgliedern, sich schnelligst damit zu versehen.

Der Vorstand. J. A.: G. Wintler.

Reaktionäre Brüder. Im 10. Kommunal-Wahlbezirk geben sich die Freisinnigen alle Mühe, ihren Kandidaten durchzubringen. Sie werden hierbei unterstützt durch die Konservativen, welche sich mit ihnen dahin geeinigt haben, daß der Rentner und Grundbesitzer Drenke als einziger Kandidat dem Sozialdemokraten gegenübergestellt wird. Interessant ist, daß in dem konservativen Flugblatt, welches die Wahl des Herrn Drenke empfiehlt, darauf hingewiesen wird, daß es heilige Pflicht sei, im Interesse der Familie und des Vaterlandes sich um das Vornehme der „Ordnung“ zu schaaeren und dem Sozialdemokraten gegenüberzutreten. Da uns also im 10. Bezirk nur ein Kandidat gegenüber steht, der Montag also die endgiltige Entscheidung bringt, so ist es doppelte Pflicht der Parteigenossen, auf dem Posten zu sein!

Die städtischen Fortbildungsschulen für Mädchen scheinen, nachdem sie hinsichtlich der Frequenz zu Anfang der 90er Jahre einen raschen Aufschwung genommen hatten, sich in diesem Punkte jetzt einem Stillstand ihrer Entwicklung zu nähern. Es war die Zahl der

	Theilnehmerinnen		belegten Kurse	
	Sommer	Winter	Sommer	Winter
1891/92	2861	3103	9748	10745
1892/93	3037	3229	9964	11433
1893/94	3371	3803	11689	13199
1894/95	4366	4539	12970	14638
1895/96	4309	5052	13541	16167
1896/97	4300	4952	15353	16828

Um die Zunahme dieser Zahlen richtig beurtheilen zu können, muß man in Betracht ziehen, daß von 1891/92 bis 1896/97 die Zahl der Schulen von 10 auf 13, der Lehrkräfte von 14 auf 16, der Kurse von 300 (Winter 1891/92) auf 533 (Winter 1896/97) vermehrt worden ist, daß also die Gelegenheit, Fortbildungsunterricht zu nehmen, in dieser Zeit für die Mädchen erheblich größer geworden ist. Demnach ist die Zahl der Teilnehmerinnen nach 1894/95 nicht mehr viel gestiegen, während dagegen bei der Zahl der belegten Kurse die Zunahme fortgedauert hat. Zu beachten ist hierbei, daß für die Entwicklung der Mädchen-Fortbildungsschulen ganz andere Bedingungen gegeben sind, als für die Jünglings-Fortbildungsschulen. In den Mädchen-Fortbildungsschulen findet ein Theil der Kurse am Tage statt. Es entspricht das dem Bedürfnis der Mehrzahl der Lehrerinnen, das sind die sogenannten „Haus-töchter“ aus den Kreisen der kleineren Handel- und Gewerbetreibenden. Diese Mädchen haben am Tage Zeit, da sie in der Regel keinen bestimmten Beruf haben. Sie benutzen auch manche Kurse (z. B. Schneidern, Puzmachen) nur vorübergehend, wenn sie Arbeitsmaterial (Kleider u. s. w.) zur Verfügung haben und die Schneiderin oder Puzmacherin sparen wollen. Die sehr die Verhältnisse der meisten Besucherinnen der Mädchen-Fortbildungsschulen von denen der Jünglings-Fortbildungsschulen verschieden sein müssen, dafür spricht schon der Umstand, daß in den Mädchen-Fortbildungsschulen auf jede eingeschriebene Teilnehmerin im Durchschnitt 3,4 belegte Kurse, in den Jünglings-Fortbildungsschulen dagegen auf jeden Teilnehmer nur 1,6 Kurse kommen. Die Besucherinnen der Mädchen-Fortbildungsschulen haben eben in der Regel mehr Zeit übrig. Die Arbeiterin ist ja hier nur spärlich vertreten, weil für sie der Besuch dieser Fortbildungsschulen fast ganz unmöglich ist. Der Besuch der Tageskurse ist von vornherein ausgeschlossen, und des Abends treten bekanntlich an eine Arbeiterin noch besondere Anforderungen (Kleider ausbessern, Hauswirtschaft besorgen) heran, die dem jungen Kaufmann, dem Handwerkerlehrling und Arbeitsburschen erspart bleiben. Dasselbe gilt schließlich auch für die Mehrzahl der Handlungsgehilfinnen, namentlich für die Verkäuferinnen. Die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulbesuches, die für Mädchen selbstverständlich ebenso wie für Jünglinge gefordert werden muß, würde auch hier mit einem Schläge Wandel schaffen. Freilich würde der Widerstand gewisser Kreise gegen diese Forderung noch heftiger sein als gegen die Forderung des obligatorischen Besuches der Jünglings-Fortbildungsschulen.

Die Regelmäßigkeit des Fortbildungsschul-Besuches läßt in den städtischen Fortbildungsschulen für Jünglinge ziemlich viel zu wünschen übrig. Erhebungen darüber werden in der Weise angestellt, daß in jedem Semester je 1 Woche lang ermittelt wird, wie viele von den eingeschriebenen Teilnehmern wirklich anwesend sind. Im Schuljahre 1896/97 waren anwesend: in der Sommerwoche (10.—16. August) 76,5 pCt., in der Winterwoche (17.—23. Januar) 79,3 pCt. aller eingeschriebenen Teilnehmer. Man sieht, daß auch die Freiwilligkeit der Teilnahme am Unterricht, die angeblich den Willen der jungen Leute stärkt, kein wirksamer Damm gegen die Neigung zum Schwänzen ist. Es ist übrigens fraglich, ob es sich dabei nur um Summelei der jungen Leute handelt. Gewiß spricht auch die unglückliche Wahl der Unterrichtszeit, die die Aufmerksamkeit und Frische der Teilnahme am Unterricht beeinträchtigt, wesentlich mit. Auch die Neigung vieler Geschäftskente, die Geschäftszeit des Abends weit über das vereinbarte Maß auszu dehnen, dürfte bei wenigen Fortbildungsschülern störend auf die Regelmäßigkeit des Schulbesuches einwirken. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns eine Frage gestatten. Bekanntlich sind besonders Frühgottesdienste für Fortbildungsschüler, die am Sonntag Vormittag Unterricht nehmen, eingerichtet worden. Warum wird nicht auch hier festgestellt, wie viele von dieser Einrichtung Gebrauch machen? In den Berichten der Schuldeputation über das städtische Fortbildungsschulwesen sucht man vergeblich nach einer diesbezüglichen Angabe. Sind der Frommen unter den Fortbildungsschülern vielleicht so wenige, daß sich das Zählen nicht lohnt?

Zu der Aufstellung für Nahrungsmittel ist auch von der auf mehr oder weniger wissenschaftlicher Basis begründeten industriellen Herstellung von Nahrungsmitteln ein Bild gegeben. Auf diesem Gebiete ist nun sehr viel, theils mit, theils ohne Wissen gesündigt worden. Die so vielfältig angewiesenen Fleischextrakte sind lediglich als Genuß, aber nicht als Nahrungsmittel zu betrachten, trotzdem zu einem Pfund Extrakt nicht weniger wie 34 Pfund Ochsenfleisch gebraucht werden. Ebenso sind die Suppentafeln nichts werth, da sie mit Wein aus Knochen zubereitet werden; auch der Fleischbiskuit ist meist fragwürdiger Herkunft, da mit Sicherheit nie festgestellt werden kann, welche Bestandtheile er enthält. Das Geheimniß, fleischhaltige Krankenkost wohlfeil und doch nahrhaft herzustellen, muß also noch gelöst werden. Die besten Fleischkonserven dürften immer noch durch Erhitzen erzielt werden. Die Konservierung in Blechbüchsen und Gläsern soll sich erst noch erproben. Für überseeischen Transport ist immer noch die Gipsumhüllung das Beste, da die in Eis verpackten Fleischpräparate nicht die Aquatorpassage vertragen. Solche Präparate sind in dem einen oberen Saal unter der Tropenausrüstung zu finden. Sonst hat der industrielle Großbetrieb sich noch immer an der alten Art der Herstellung von geräucherter Dauerwaaren genügen lassen. Allerdings macht er dem Kleinbetriebe durch seine riesenmäßige Fabrikation eine gefährliche Konkurrenz. Die Würstwarenfabrik von Adolf Müller, die Maschinen im Betriebe vorführt, zeigt uns, welche Vortheile der Großbetrieb vor den kleinen Schlächtereien hat. Die so vernünftige Erdwürst feiert in einem verbesserten Fabrikat der Thüringer Würst- und Konservfabrik ein fröhliches Auserwählen. Außer der Fleischwaaren-Herstellung hat sich die Industrie naturgemäß auch aller andern Nahrungsmittel-Erzeugungen bemächtigt. Da finden wir z. B. sogenannte Dauer-Laxostoffen in Form von Graupe, Weiz und Mehl als Nebenheit in der Ausstellung. Unter den vielen Präparaten für Kinder- und Krankenkost wird der Sanofe, ein Eiweißpräparat aus der chemischen Fabrik auf Aktien, vormalig E. Schering, eine besonders günstige Analyse aufgestellt. Interessant ist die riesige Anschwellung der großen Molkereien, die man feststellen kann. Sie ist nur mit Freuden zu begrüssen, da ihr Betrieb viel eher die Einheit und den vollen Gehalt von Nährstoffen garantiert wie die kleinen Molkereien. In der Nahrungsmittel-Industrie nehmen noch die Surrogate, wie Margarine, Feigen- und Gerstenkaffee u. a. einen beträchtlichen Platz ein, wie auch in der Ausstellung zu bemerken ist. Gemüße- und Frucht-konserven sind ebenfalls viel zu erblicken. Die Ausstellung beweist jedenfalls, daß alle Anstrengungen gemacht werden, die Nahrungs-mittel-Erzeugung in das industrielle Gebiet zu ziehen, wo man fortwährend an ihrer Veredlung und Veredelung arbeitet. Man darf allerdings die damit einreichende Kellame, die durch die Protestversammlung undorierter Anstifter gekennzeichnet wurde, nicht aus dem Auge lassen. Ein Besuch der Ausstellung, die noch bis zum 9. d. Mis. währt, belehrt auch hierüber jeden, der zu belehren ist.

Die Strafpraktiken des kürzlich zum Kommerzienrath gemachten Klingel-Bolle in Alt-Moabit sind von uns vor einigen Jahren ausführlich und mit dem gebührenden Nachdruck der öffent-

lichen Beurtheilung preisgegeben worden. Damals mußten die Angehörigen des bekanntlich ausnehmend frommen Mannes nur für die allerding oft geradezu lächerlich geringen Verlesungen büßen, die sie selber begangen hatten oder begangen haben sollten. Wie der Mensch mit seinem höheren Zwecke wächst, so hat auch der neue Kommerzienrath in seiner Strafsprache einen Schritt nach vorwärts gethan, der selbst dem Stumm und den Stummhingen Respekt ab-nöthigen muß. Herr Bolle läßt nunmehr einen Theil seiner Leute für Sünden büßen, die andere, gänzlich außerhalb seines Ver-triebes stehende Personen verbrochen haben sollen. Die katholische „Märkische Volkszeitung“ hatte sich darüber beklagt, daß Herr Bolle Gewissenszwang übe. Angeblich soll er seine Arbeiter katholi-scher Konfession in die in seinem Betriebe befindliche evange-lische Kirche genöthigt haben die sämtlichen Angestellten zwangs-weise bei Strafe der Entlassung besuchen müssen. Herr Bolle sandte dem Blatt die üblichen Verdictungen zu, die aber nur den Entlohn hatten, daß das katholische Organ sich um so energischer gegen die Bolle'schen Praktiken wandle.

Da wurde der fromme Kommerzienrath wüthend. Er vollführte einen Gewaltstreich, dessen er sich sogar in einem dem zelotischen Reichsboten“ zugesandten Schreiben rühmte. Wir wollen das Schriftstück hiermit der weitesten Oeffentlichkeit übergeben. Es lautet:

„Nachdem die „Märkische Volkszeitung“ durch mehrere Schmäh-artikel mich in meinem Geschäft zu schädigen versucht hat, blieb mir nichts anderes übrig, als meinen sämtlichen katholischen Angestellten über das ganze Verhalten der „Märkischen Volkszeitung“ Aufklärung zu geben und ihnen mitzutheilen, daß, wenn die „Märkische Volkszeitung“ mich nicht in Frieden läßt, ich mich zu meinem größten Bedauern genöthigt sehen würde, meine sämtlichen katholischen Leute zu entlassen. Wie ich heute von einem meiner katholischen Angestellten erfahre, haben dieselben unter sich einen Ausschuß bestimmt, der gestern in der Redaktion der „Märkischen Volkszeitung“ war, um dieselbe durch Aufklärung zu veranlassen, weitere Schmähartikel nicht folgen zu lassen. Die Redaktion dieses Blattes hat meinen Leuten versprochen, nur dann zu schweigen, wenn ich öffentlich meinen Leuten erkläre, daß Katholiken meinen evangelischen Gottesdienst nicht besuchen dürfen resp. brauchen. Nach dieser ferneren Aus-lösung des ultramontanen Blattes muß ich zur Ausführung meiner Absichten schreiten. Zunächst habe ich Anweisung gegeben, daß sämtliche Mitfahrer (22), welche katho-lisch sind, aus meinem Geschäft entlassen werden und ferner keine Katholiken bei mir angestellt werden. Vor der Hand soll es damit sein Bewenden (1) haben, da ich mich nur schwer entschließen kann, die verheirateten Katholiken, unter welchen sich auch solche mit einer großen Kinderzahl befinden, zu entlassen.“

So gleichgültig und sonst religiöse Streitigkeiten sind, so fühlen wir uns in diesem monströsen Falle denn doch verpflichtet, unser Theil dazu beizutragen, daß dem Kommerzienrath ganz energisch auf die Finger geklopft werde. Wir sind überzeugt, daß das Publikum den Bolle'schen Gewaltmaßregeln gegenüber die ge-bührende Stellung einnehmen wird.

Ueber den Versuch mit dem verunglückten neuen lenk-baren Luftballon wird der „Barn. Jtg.“, wie es scheint, von sach-kundiger Seite geschrieben: „Durch den Versuch ist bewiesen, 1. daß ein massives Luftschiff sich durch eine eigenartige Füllmethode füllen läßt; 2. daß die Konstruktion des Schiffes dicht war; 3. daß es trotz schwerer Maschine und Motors hinreichend Austriebskraft besaß, um ca. 800 Kilogramm über Eigengewicht zu heben, und 4. bei seiner Dichtigkeit, die keinen Gasverlust aufkommen ließ, wenn der Luftschiffer das Ventil nicht öffnete, Wochen ja Monate lang in der Luft bleiben konnte; 5. daß es ferner vermöge seiner starken Maschinenkraft mit seinen Seilschrauben gegen einen Wind von sieben Meter Stärke mit Erfolg fahren konnte, und 6. daß es vermöge seiner Seitenschwinge zu drehen und zu wenden ver-mochte. Die zurückgelassene Schanze unter der Gondel sollte zum Heben und Senken des Luftschiffes dienen. Diese blieb zurück, weil der Ballon erst als Fesselballon arbeiten sollte, bis Maschinen und Ventil mit einander vertraut waren und die Riemens-lich eingearbeitet hatten. Durch das unabsichtliche Freiwerden des Ballons wurde die vorgesehene Einarbeitung leider vereitelt. Zweifellos wird sich auf Grund der bewiesenen Erfolge eine Anzahl von Männern finden, die, auf diesem System weiter bauend, das Problem der lenkbaren Luftschiffahrt zum endgiltigen Ziele führen. Jagels, der die Fahrt machte, ist ein junger Mann, der bei der Luftschiffahrt-Abtheilung gebient hat und Ende September von derselben entlassen ist. Seine Erwägungen nach dem Abfliegen des Motorriemens ließen ihn, nachdem er erkannt, daß er ohne betriebs-lähmendes Steuer die Herrschaft über den Ballon verloren und den Riemens so leicht allein ohne jede Hilfe nicht auslegen könne, den Entschluß fassen, auf günstigem Terrain möglichst bald den Abstieg zu machen, und dieses Vorhaben ist ihm, von der Herbeiführung und Entsetzung des Materialschadens abgesehen, gelungen.“

Augenblickliche Zustände sollen nach einer Lokalkorrespondenz in der 84. Gemeindefchule in der Reibestraße herrschen. Dort mußte dem Berichterstatter zufolge wegen Mangel an Heizung und Reinigung am Freitag der Schulunterricht ausfallen!

Das Schulgebäude, welches zu Anfang dieses Jahrhunderts er-richtet wurde, ist außerordentlich aufgedehnt und so sind die dem Schuldienere abliegenden Arbeiten sehr schwierig und fast gar nicht zu erfüllen. Ganz besonders schwierig gestalten sich die Verhältnisse im Winter, da nicht weniger als 22 Kachelöfen allmorgendlich zu heizen sind und diese Arbeit nur durch eine einzige Person aus-geführt wird. Unter diesen Umständen vermochte natürlich ein Schuldienere mit der Arbeit nicht fertig zu werden und so fand ein fortwährender Wechsel derartiger Beamter statt, bis endlich durch das vor kurzer Zeit erfolgte Engagement eines neuen Schuldienere namens Steidrott Abhilfe geschaffen werden sollte. Dieser Beamte aber erwies sich als äußerst unzuverlässig und werden ihm eine Reihe grober Verhältnisse nachgesagt. Nachdem die Schuldeputation hiervon Kenntniß erlangt, wurde St. vorgestern Knall und Fall ent-lassen. Als Ersatz für diesen Beamten wurde ein Maurer, ein älterer Mann, angestellt, welcher am Freitag Morgen um 7 Uhr früh seinen Dienst antrat. Natürlich war unter diesen Umständen eine Heizung der Räume nicht mehr möglich und so mußten sämtliche Schulkinder, circa 800 an der Zahl, der in den Klassen herrschenden allzu großen Kälte wegen nach Hause geschickt werden. Da dieser neue Schuldienere aber ebenfalls mit Heizung und Heizung nicht fertig werden kann, die Schuldeputation aber einen zweiten Beamten der Kosten wegen nicht anstellen will, so werden wohl unsere Kleinen, die diese Schule besuchen, weiter frieren müssen.

So die Mittheilungen der Korrespondenz, die die Schulbehörde hoffentlich zu einer Nachbesserung veranlassen werden.

Ein Mauerwerk war gestern die Ursache lebhafter Bewegung in der reaktionären Presse. Ein General, namens v. Willow, sollte, wenn wir nicht irren, am Freitag begraben werden. An die Meldung von dem Leichenbegängniß knüpfte ein hiesiges Sensations-blatt folgende Skandalnachricht: „Die zur Leichenparade gehörende, unter dem Kommando des Mittelmeisters v. Tode stehende lombinierte Eskadron des 2. Garde-Dragoon-Regiments war in der Kolonnen-straße aufmarschirt. Vor der zweigliedrigen Front hielten die zugleitenden Offiziere. An der Ecke der Hohenfriedbergstraße ist hinter einem Vorgarten ein vierhöckeriger Neubau aufgeführt, der sich bereits unter Dach befindet, aber noch bis oben hin mit Gerüsten umgeben ist. Auf dem davor befindlichen Trottoir stand ein zahlreiches Publikum. Das Kaiserpaar war eben an den Dragonern vorbeigefahren und hatte kaum den Kirchhof betreten, als von dem Gerüst des Neubaus aus, von dem die Mauerer und Arbeiter dem militärischen Schauspiel zusehen, ein Stein über das Publikum und die Dragoner hinwegflog und den Sekondeleutnant Prinzen von Schönath, Carolath in den Rücken traf. Die Pferde des Offiziers und der hinter ihm stehenden Dragoner bäumten auf, ohne daß ein Schaden angerichtet wurde. Prinz Schönath meldete den Vorfall sofort seinem Mittelmeister, der

ihn augenblicklich bei dem die Trauerparade kommandirenden General von Sausin zur Anzeige brachte. Dieser ließ den Schöne-berger Polizei-Inspektor Schul-rufen und setzte ihn von dem Ge-schehen in Kenntniß. Als bald eilten zahlreiche Polizei-beamte auf den Neubau und holten sämtliche Ar-beiter von den Gerüsten herunter, die dann polizeilich befehligt blieben. Es wurden sogleich Verhöre angestellt, die bisher keinen Erfolg gehabt haben.“

Da war also vielleicht der erste Anlaß zu einem volksfeind-lichen Nestkettreiben gefunden, und verständnißvoll versiegte sich das hiesige Bismarckblatt bereits zu der Gemeinheit, „daß der Mauerstein sehr passend bei der Fundamentierung des Denkmals für die März-gefallenen verwendet werden könnte, dem unsere städtischen Be-hörden so sympathisch gegenüberstehen!“

Leider ist das Sensationsblatt, das der Meute den Wiffen hin-geworfen, bereits gestern Abend genöthigt gewesen, seine Meldung durch folgende Notiz einzuschränken:

„Zu dem Vorfall am Zwölft-Apostel-Kirchhof zu Schöneberg, wo bei dem Begräbnis des Generals v. Willow an der Ecke der Kolonnen- und Hohenfriedbergstraße ein Stein in die zur Leichen-parade gehörende Garde-Dragoon- Schwadron flog, wird uns gemeldet, daß die Polizei zu der Ueber-zeugung gekommen ist, daß es sich nicht um einen beabsichtigten Wurf handelt, sondern daß entweder von den auf dem Bau beschäftigten Studenten, Maurern und Arbeitern oder von den sonst noch auf die Gerüste zugelassenen Personen jemand versehentlich den Stein hinabstieß, der dann auf einer Mä-stige oder dem Schuttdach abprallte und so den Weg auf die Straße fand. Etwas Genaueres, namentlich über die Person, welche an dem Vorfall schuld war, wird sich nicht ermitteln lassen, da die Persönlichkeit unter den auf dem Bau befindlichen Leuten polizeilich nicht festgestellt worden ist.“

Die Bismarckischen und Stumm'schen Organe sind also wieder einmal um den ersehnten fetten Wiffen gekommen!

Der Verein für Feuerbestattung in Berlin hatte Freitag Abend eine öffentliche Versammlung nach dem Bürgerfaale des Rathhauses einberufen, die so zahlreich besucht war, daß ein Theil der Gäste keinen Einlaß mehr fand. Der Vorsitzende Herr Maternie erstattete den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß die Bewegung für die Feuerbestattung im letzten Jahre stetig gewachsen ist. Sechs neue Vereine erklärten sich für Feuerbestattung, so daß nunmehr die Zahl der Feuerbestattungs-Vereine in Deutschland auf 134 gestiegen ist. In den Vortrag schloß sich die Vorführung und Erläuterung eines Modells zu einem Verbrennungsofen.

Von den Kartenbriefen ist der „Nat.-Jtg.“ zufolge von der Postverwaltung ein großer Theil wegen mangelhafter Summierung und zu starker Durchlöcherung wieder eingezogen worden.

Vor Aufregung gestorben ist Sonnabend Mittag der frühere Magistrats-Rath, Hauptmann a. D. Richard Sundt in Schöneberg, der am letzten Mittwoch mit seiner Beleidigungsklage gegen den Oberbürgermeister Jelle von dem Schöffengericht ab-gewiesen wurde. Obgleich der Verstorbenen sofort Beerdigung einlegte, bemächtigte sich seiner doch eine so hochgradige Erregung über den ersten Mißerfolg, daß er einen Arzt aufsuchen mußte, in dessen Wohnung er am Herschlag verstarb.

Der Stadtrath Vorhardt ist heute Vormittag in seiner Wohnung Siegmundshof 19 gestorben.

Gestern früh wurde der 44 Jahre alte Metalldreher Hermann Köber bei einem Einbruch in das Komptoir des Kaufmanns Hsokowly, Andreasstr. 67, ergriffen und auf die Wache des 24. Polizei-Regiments gebracht. Gegen 8 Uhr fand man ihn am Fenstergitter der Eisingelle mit einem Taschentuch erhängt auf.

Im Hotel hat sich gestern früh ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht feststeht, mit Leuchtgas vergiftet. In einem Hotel der Königsgrabenstraße ließ sich vorgestern Abend ein Gast ein Zimmer geben und schrieb sechs Briefe und Karten. Eine an Frau Penne zu Wilmersdorf gerichtete Karte enthält die Worte: „Es ist alles verloren, es hat keinen Zweck mehr.“ Da der Mann morgens nicht zum Vorschein kam, öffnete man das Zimmer mit Gewalt und fand den Injassen entleert tot in der Wette liegen. Er hatte die Gabelung durchgeschnitten und sich mit dem aufgeströmte. Das vergiftet. In der Geldbörse des Selbstmörders fand man noch 10 M.

Festgenommen wurde eine Frau, welche an Bahnhöfen weinend umherlief und den Verkauf einer kleinen Geldsumme, die sie angeblich verloren haben wollte, laut beklagte. Mittelsidige Personen sind auf diesen Schwindel hineingefallen und haben den angeblichen Verlust ersetzt. Geschädigte werden ersucht, sich in den Vormittagsstunden auf dem Polizei-Präsidium, Zimmer 26, einzufinden.

Stadtschulstatistik. Im Monat Oktober nächstigen in Männer-Akt 20706 Personen, wovon 10895 badeten, in Frauen-Akt 5106 Personen, wovon 1 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer Wiesenstr. 55—59, für Frauen Häßlerstr. 5.

Feuerbericht. Freitag Abend 7 1/2 Uhr erfolgte Alarm nach Große Frankfurterstr. 60. Hier war eine Petroleumlampe explodirt, ohne jedoch erheblichen Schaden anzurichten. Sonnabend Nachmittag hatten Neus Köstr. 11 Kleidungshüte Feuer gefangen, das aber bei Anbruch der Wehr bereits gelöscht war. Die-selbe Veranlassung lag einer Alarmierung zu Grunde, die gegen 6 Uhr abends nach Lausitzerstr. 39 erfolgte. Auch hier wurde die Gefahr schnell beseitigt.

Im Postage-Banquett trat gestern die Wiener Tanz- und Operettengesellschaft auf. Acht oder neun junge Damen in fritten Kostümen sangen Walzer, Lieder und Polpontris und begleiteten die Gesänge durch rhythmische Bewegungen. Die Stimmen sind besser ge-schult als die Mitglieder ähnlicher in Variété-Theatern wirkenden Gesellschaften, und die Vorträge machten ferner insoweit einen guten Eindruck, als ihnen jede Zweideutigkeit fehlte. Eine Künstlerin sang einige mit lautem Weisfall aufgenommene Soli, und auch die Vor-träge und Verwandlungskünste eines Charakterkomikers wurden mit Recht lebhaft applaudirt. Zum Schluß wurde eine kleine Operette aufgeführt, die den Mitgliedern der Gesellschaft Gelegenheit gab, ihr dramatisches Talent zu betheiligen. Die Künstlergesellschaft, welche unter Leitung des Kapellmeisters Gottschalk-Grünecke spielt, wird gewiß in Berlin lebhaftes Interesse erregen.

Die Direktion der Projektions-Vorträge über Kunst und Kultur (Dr. Köppen und Dr. Stedter), alles Urania-Theater am Theater-End-Platz, theilt uns mit, daß heut Abends 8 Uhr der Vortrag über Arnold Böcklin von Franz Hermann Wehmer, gesprochen von Eiseb von Hanstein, erläutert durch zwei farbige Lichtbilder, wieder-holt wird.

Aus den Nachbarorten.

Den Parteigenossen von Friedenau und Steglitz zur Nach-richt, daß die Versammlung des Arbeiterbildungs-Vereins am Dienstag, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhaale in Steglitz stattfindet. Es wird gebeten, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Leichenfund. Nur mit dem Gendebelleidet ist in Treptow etwa hundert Schritte oberhalb der Baumfuhlenstraße die Leiche einer unbekannteren Frauensperson an der Spree gelandet worden. An Afer fand man die übrigen Kleidungsstücke. Zur Feststellung der Persönlichkeit hat man nur schwache Anhaltspunkte. Die Ge-trunkene mag etwa 18—22 Jahre alt gewesen sein.

Der Tod des Schulknaben Richard Fischer in Schöneberg beschäftigt nunmehr den Untersuchungsrichter am Amtsgericht 11. Für Dienstag sind die ersten Zeugenvernehmungen von dem zu-ständigen Amtsrichter anberaumt worden.

Von bewundernswürdigen Wunke scheint ein Friedenauer Einwohner befeuert zu sein, der sich vor einigen Tagen zum — fünften Male verheiratet hat. Der „junge Ehegatte“ ist 69 Jahre alt, während seine „bessere Hälfte“ die fünfte Frau, das Alter von 47 Jahren erreicht hat. Zwei von den vier ersten Frauen sind von Mann durch den Tod enteignet worden; von zweien hat er sich scheiden lassen.

Theater.

Wochen-Plan der hiesigen Theater. Freie Volkshalle. Heute (Freitag) 8 Uhr: 1. Abtheilung: „Sein Jubiläum“ von Ernst Wegmann und „Die Frauenweiser“ von Joseph Bruckner. — Im Opernhaus heute (Freitag) 8 Uhr: 1. Abtheilung: „Carmen“ mit Fräulein Kothausen in der Titelrolle gegeben. Am Montag geht Richard Wagner's Oper „Lohengrin“ (Variante Einrichtung) in Szene. — Im Neuen Opern-Theater findet heute eine Aufführung von Körner's „Rienzi“ zu ermäßigten Preisen statt. — Im Schauspielhaus geht heute das Lustspiel „Selbst Hochzeit“ von Franz von Schönthan und Franz Koppel-Gesfeld in Szene. — Am Montag wird Goethe's „Faust“ (I. Theil) mit der Musik von Radziwill und Lindpaintner gegeben. Weitere Mittheilungen fehlen. — Der Spielplan des Deutschen Theaters wird in dieser Woche durch den großen Heiterkeitserfolg von Ludwig Kralda's „Jugendfreunde“ beherrscht. Das Lustspiel gelangt sechsmal zur Aufführung, nämlich diesen Sonntag Abend, am Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend und nächstfolgenden Sonntag Abend; am Dienstag geht „Mortimer“, am Freitag „Die verurtheilte Waise“ in Szene, beides mit Agnes Forma und Josef Kainz. Als Nachmittags-Vorstellung wird am heutigen Sonntag „Faust“, am nächstfolgenden Sonntag „Hamlet“ gegeben, die Titelrollen spielt Josef Kainz. — Das Berliner Theater hat für die kommende Woche folgenden Spielplan entworfen: „Wein Leopold“ gelangt diesen Sonntag, Dienstag und Donnerstag zur Aufführung. Montag wird „Faust I. Theil“, Freitag und Dienstag, den 16. November, „Faust II. Theil“ gegeben. „Renaissance“ wird diesen Sonntag Nachmittags und Mittwoch Abend aufgeführt. Als nächste Vorstellung geht Sonnabend Max Drewes neues Lustspiel „In Bekleidung“ erstmalig in Szene und wird Sonntag darauf wiederholt. Als Nachmittags-Vorstellung am nächsten Sonntag wird vielfachen Wünschen zufolge Widenbruch's „Kaiser Heinrich“ zur Darstellung gelangen. — Im Festsing-Theater wird der „Edmond“ Hans Fuchslein von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg diesen Sonntag, am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und am nächsten Sonntag gegeben. Am Montag wird Hermann Bahrs vieractiges Wiener Schauspiel „Das Tschaperl“ in der unveränderten Fassung des ersten Abends zur Aufführung gelangen. Als Nachmittags-Vorstellung gelangt am heutigen Sonntag „Raidon der Waise“, am nächsten das Lustspiel „Zwei Wappen“ zur Darstellung. — Das Goethe-Theater wird am Mittwoch Schiller's Geburtstag durch die Eröffnung von „Die Jungfrau von Orléans“ mit Teresia Wehner in der Titelrolle feiern und dieses Werk am Freitag wiederholen. Der übrige Spielplan der nächsten Woche lautet: „Hofmann's Thäter“ geht diesen Sonntag, Dienstag und Donnerstag, „Aria und Mesalina“ Montag, Sonnabend und nächsten Sonntag in Szene. Nachmittags-Vorstellung zu halben Preisen: diesen Sonntag „Orpheus“, nächsten Sonntag „Das dicke Gebot“. — Im Thalia-Theater geht heute das Pantomime „Tobus-Bohn“ zum 21. Male in Szene. Nachmittags 4 Uhr wird zum vierten Male bei ermäßigten Preisen „Hänsel und Gretel“ (Gleichzeitige Seiz) gegeben; darauf geht in neuer Einbildung der reizende musikalische Einakter „Das Bettlerkindchen“. — Im Schiller-Theater geht diesen Sonntag Nachmittags 3 Uhr als 3. Vorstellung im Schiller-Jubiläum „Don Carlos“ in Szene Sonntag Abend wird Blumenthal's Schauspiel „Ein Tropfen Gift“ gegeben. Heute dieser Woche endet das erste Quartal dieser Spielzeit, es kommt demnach zum letzten Male zur Wiederholung: Montag: „Weh dem, der lügt“ und Dienstag: „Ein Tropfen Gift“. Zur Feier von Schiller's Geburtstag wird Mittwoch zum ersten Male „Wallenstein's Tod“ gegeben. Donnerstag und Freitag kommt diese Vorstellung zur Wiederholung. Sonnabend findet die erste Aufführung von „Wallenstein's Lager“ und „Die Piccolomini“ statt. — Theater Unter den Linden. „Die Großherzogin von Geronstein“ wird die ganze kommende Woche auf dem Spielplan bleiben. Sonntag Nachmittags kommt bei halben Preisen „Pariser Leben“ zur Aufführung. Das Belle-Alliance-Theater unter Director Georg Bräuer eröffnet am 10. November (Schiller's Geburtstag) seine neue Spielzeit mit Schiller's „Lied von der Waise“ und „Wallenstein's Lager“. Diese Vorstellungen werden am Freitag und Sonntag wiederholt. Donnerstag, den 11. dieses Monats geht zum ersten Male „Die Frau in der Strasse“ in Szene und wird am Sonnabend wiederholt. Als erste Sonntag's Nachmittags-Vorstellung wird der lustige Schwanz von Anton Kaye „Gesellschaftlicher Diner“ gegeben. — Ufa's Theater: Montag: „Das alte Lied“, Dienstag: „Hofmann's Thäter“, Mittwoch: „Die Räuber“, Donnerstag: „Das alte Lied“, Freitag: „Der große Weichhändler“, Sonnabend: „Das alte Lied“, Sonntag Nachmittags: „Das alte Lied“, abends: „Hofmann's Thäter“. — Das Orpheus-Theater hat für den Rest der Woche das Repertoire folgendermaßen festgelegt: Montag: „Am Altar“, Dienstag: „Klippen der Weisheit“, Mittwoch: „Am Altar“, Donnerstag: „Klippen der Weisheit“, Sonntag Nachmittags: „Geistlicher Hase“, abends: „Klippen der Weisheit“. — In Duarg's Pantomime-Theater im Grand Hôtel Alexanderplatz wird die Pantomime „Die Herren Raughy und Spiker am 12. d. M. die Titelrolle „Das Modell“ und den Schwanz „Das Fremden“ aufzuführen.

Soziale Rechtspflege.

Das Verlassen der Arbeit. Aus Halle wird uns berichtet: Ein interessanter Zivilprozess, der in Beziehung auf die Rechte der Arbeiterchaft von großer Wichtigkeit ist, kam kürzlich vor der I. Zivilkammer des Landgerichts als letzter Instanz zur Verhandlung. Der Tischler Otto Knauth in Halle war von Innungs-Schiedsgericht auf Grund des § 124 b der Gewerbeordnung verurtheilt worden, am den Tischlermeister Häubdorf eine Entschädigung von 13,20 M. zu zahlen, weil er am 1. Mai d. J. gegen den Willen seines Meisters gesteuert hatte. Häubdorf hatte den Betrag des ordentlichen Tagelohns (2,20 M.) gefordert und das königliche Amtsgericht hat im Juni das Urteil des Schiedsgerichts bestätigt. Entgegengekehrt, zu Gunsten des Arbeiters, entschied aber das Landgericht. Es hob auf die Berufung Knauth's das Urteil der Vorinstanz auf und verurtheilte den Häubdorf, 13,20 M. an den Kläger zu zahlen; die Kosten wurden dem Beklagten auferlegt. In den schriftlich vorliegenden Entscheidungsgründen heisst es u. a.: Am Freitag, den 30. April 1897 hat der Beklagte seinen Willen erklärt: jeder Geselle, der am Sonnabend, den 1. Mai, zur Arbeit nicht erscheint, ist entlassen. Als dann der Kläger am Montag, den 3. Mai, sich zur Arbeit meldete, wurde er vom Beklagten als entlassen zurückgewiesen. Damit habe der Beklagte das Arbeitsverhältnis gelöst. Der Kläger hat nur am 1. Mai anbesagt gefeiert, und habe den Kläger nur für diesen Tag Entschädigung zu fordern. Das der Kläger, indem er am 1. Mai nicht zur Arbeit erschien, kontrakt, also rechtswidrig handelte, kann nicht zweifelhaft sein. Das Unterbrechen der Arbeit ist aber nicht gleichbedeutend mit dem Verlassen der Arbeit, wovon § 124 der Gewerbeordnung spricht. Wollte man, wie es der erste Richter that, an den buchstäblichen Sinn des Ausdrucks „verlassen“ haften, so würde man zu unerträglichen Folgen gelangen; bei jeder vorübergehenden, sei es auch noch so kurzen Entfernung von der Arbeit würden dann die schweren, im § 124 b angeordneten Rechtsnachtheile eintreten; buchstäblich genommen, würde man auch von dem Gesellen, der auf ein paar Minuten (etwa um ein Glas Wasser zu holen, oder um mit einem draussen auf ihn wartenden Angehörigen zu sprechen) dem Verbote seines Meisters zuwider sich von der Arbeitsstätte entfernt hätte, sagen dürfen, er habe rechtswidrig die Arbeit verlassen. Das aber kann nicht der Sinn des Gesetzes sein. Im Sinne des § 124 b hat der Geselle „die Arbeit verlassen“ nicht schon dann, wenn er für einen Tag die Arbeit unterbricht mit der Absicht, sie am folgenden Werktage wieder aufzunehmen, sondern nur dann, wenn er das Arbeitsverhältnis dauernd aufgibt, für immer also im Sich gelassen hat. Von dem am 1. Mai verlassenen Gesellen könnte man nicht sagen, er habe die Arbeit

Geriichts-Beitrag.

Der Hauptmann v. Bräcker. Vom Landgericht I Berlin war am 18. Mai 1895 der Hauptmann a. D. und Schriftsteller August Karl Gustav v. Bräcker wegen Verleumdung der Preussischen Richter, Staatsanwälte und der gerichtlich-medizinischen Sachverständigen zu 300 M. Strafe verurtheilt worden. Gegen dieses Urteil hatte v. Bräcker Revision eingelegt. In dem Bericht für die Reichsgerichts-Korrespondenz hatte der Berichterstatter Reich u. a. geschrieben, daß v. B. nach richterlicher Feststellung an Querkantentwahn leidet und daß gegen ihn deshalb auch das Entmündigungsverfahren eingeleitet wurde. Dieser Bericht der autographirten Reichsgerichts-Korrespondenz war in dem am 16. November 1895 erscheinenden Nachrichten für den Buchhandel abgedruckt worden. v. B. hatte nun gegen den Herausgeber der Reichsgerichts-Korrespondenz Karl Leopold Penze

und den Redakteur der genannten Zeitschrift Ludwig Mag Evers Privatklage erhoben. In der Schöffengerichtsverhandlung wurde aus den Akten festgestellt, daß auf Antrag des Staatsanwaltes gegen v. B. das Entmündigungsverfahren eingeleitet, aber vom Amtsgericht Potsdam zu Gunsten v. B.'s entschieden worden ist. Dieses war in dem damals zur Revision stehenden Urteil des Berliner Landgerichts erwähnt. Der betreffende Sachverhalt aber eine dreifache Negation, so daß dem Berichterstatter entgegen sein kann, daß das Urteil feststellte, daß v. B. nicht an Querkantentwahn leidet. Durch eine Reihe von Beweisurteilen suchte v. B. seine glänzende geistige Begabung nachzuweisen, das Gericht lehnte aber diese Anträge ab. In der Klageschrift hatte v. B. Penze als einen Mann von geringer Bildung bezeichnet und erwähnt, die Notiz könne nur das Nachwerk eines Verleumbers sein. Wegen dieser Stellen der Klageschrift hatte Penze Widerklage erhoben. v. B. beantragte gegen Penze eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und auf eine Buße von 6000 M., gegen Evers eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren und auf eine Buße von 6000 M. zu erkennen. Einen Nachweis, daß er durch jene Notiz geschädigt worden sei, vermochte v. B. nicht zu erbringen. Die beiden Angeklagten beantragten ihre Freisprechung, weil sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Das Gericht verurtheilte Penze zu 100 M. und Evers zu 50 M. Strafe und gab v. B. die Publikationsbefugnis in den beiden Zeitschriften. Von der Widerklage wurde v. B. freigesprochen, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Der Rechtsanwält. welcher am Donnerstag vom Schöffengericht am Amtsgericht II zu zehn Mark Ordnungsgeld verurtheilt wurde, heisst nicht Steinax, sondern Steiner.

Prozess Blumenreich. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Der Angeklagte wird darauf aufmerksam gemacht, daß seine geistigen Auslassungen in verschiedenen Punkten mit den Angaben, die er in der Voruntersuchung gemacht, im Widerspruch stehen. Er erwidert, daß seine Vernehmungen zumeist durch einen Referendar geschahen, der ihn mehrfach mißverstanden habe und deshalb wiederholt Änderungen im Protokoll habe vornehmen müssen. Der Angeklagte bleibt dabei, daß er sich in allen Punkten im guten Glauben befunden habe, wäre die Revision eine ordnungsmäßige gewesen, so würden sich etwaige kleine Differenzen leicht haben ausgleichen lassen. Es sei eben sein Unglück, daß er kein Kaufmann sei.

Die Beweisaufnahme beginnt mit der Vernehmung des Zeugen Julius Kaufmann. Er sei Mitglied des Aufsichtsraths des Theaters des Westens gewesen und mit 5000 Mark bei demselben beheimatet. Im Februar habe er im Kassenbuche einen Gehaltszettel in Höhe von 25000 Mark gefunden, welcher als Kassenwert gebucht war. Der Zeuge habe erklärt, daß derartige Manipulationen nur mit Genehmigung des Aufsichtsraths vorgenommen werden dürften. Schon seit längerer Zeit habe er gegen Blumenreich Mißtrauen gehegt und im Juli habe auch Sehring die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte unregelmäßig verführe. Infolge eines Beschlusses des Aufsichtsraths sei Blumenreich seiner Stellung entbunden worden. Der Aufforderung, die Geschäftsbücher vorzulegen, habe der Angeklagte entschieden Weigerung entgegengesetzt mit der Begründung, daß er dieselben eventuell dem Richter vorlegen müsse. Am 28. Juli habe der Zeuge dann in Gemeinschaft mit dem Aufsichtsraths-Mitgliede Rosenthal bei Blumenreich die Revision vorgenommen. Rosenthal habe das Kassenbuch angeschaut und festgestellt, daß ein Kassenbestand von 15000 M. vorhanden sein mußte. Blumenreich habe einen Schrank geöffnet, eine Kasse hervorgeholt und derselben drei Wechsel entnommen. Der Zeuge habe diese drei Papiere in der Hand gehabt und besichtigt. Einer der Wechsel über 10000 M. trug das Akzept Sehring's, die beiden anderen lauteten über je 2500 M. und waren von C. Kortum akzeptirt. Als dem Zeugen vorgehalten wurde, daß der Angeklagte behauptet, die Papiere ihm nur in einiger Entfernung vor Augen gehalten zu haben, erwiderte der Zeuge, daß ihn die Worte schlugen, um seiner Verwunderung über diese Behauptung Ausdruck zu geben. Wie könne man wohl annehmen, daß ein Kaufmann, der schon viele Revisionen vorgenommen habe, sich derartiges gefallen lassen würde? Er bleibe dabei, daß jeder Zirkum seinerseits anschlössen sei, er habe die beiden Kortum'schen Wechsel in der Hand gehabt und geprüft. Es sei ihm unbegreiflich, wie Blumenreich dies bestreiten könne. Auch in betreff der Uebernahme der Verh'gen Forderung an das Theater Alt-Berlin auf das Theater des Westens steht der Zeuge mit den Angaben des Angeklagten im Widerspruch. Es sei unklar, daß er dem Angeklagten die generelle Erlaubniß gegeben habe, so zu operiren, wie er gelte, er habe nur gesagt, daß er dem Aufsichtsrath die Angelegenheit unterbreite.

Auf Befragen des Verteidigers erklärt der Zeuge nochmals, daß er die Kortum'schen Wechsel genau besahen, sie trugen den Akzeptvermerk Kortum's, er wisse aber nicht, ob die Wechsel auch mit dem Ausstellungs- und Fälligkeitsdatum versehen waren. Der Verteidiger macht darauf aufmerksam, daß von dem Zeugen eine ganze Reihe von Strafanzeigen gegen den Angeklagten eingegangen seien und es auffallen müsse, daß diese Denunziationen erst zwei Monate nach jener Revision erhalten worden seien. Es scheint so, als ob die Blumenreich'sche Broschüre, in welcher der Zeuge so unheimlich scharf angegriffen wurde, erst die Veranlassung zur Strafanzeige gegeben habe. Der Zeuge bestreitet dies ganz entschieden. Er habe, wie er ausführte, sich vor der Broschüre und deren Schmutz absolut nicht zu fächeln brauchen, er habe ihren Inhalt schon vor ihrem Erscheinen gekannt, denn ein Wärtchenabzug sei schon vorher Herrn Sehring zugesandt worden. Dann sei ein Herr bei ihm gewesen, der ihm anbot, die Broschüre für 10—20000 M. anzukaufen und so den Skandal zu vermeiden. Von dritter Seite sei ihm sogar nahe gelegt worden, dieses Anerbieten anzunehmen, er habe aber entschieden abgelehnt, auch nur einen Pfennig dafür zu wipern, da die Blumenreich'schen Verunglimpfungen ihn nicht treffen könnten. Nach Erscheinen der Broschüre habe er es in seiner Eigenschaft als Handelsrichter für nöthig erachtet, zum Landgerichtspräsidenten Angern zu gehen und ihn zu bitten, auf Grund der Broschüre das Disziplinarverfahren gegen ihn zu eröffnen. Der Präsident habe aber keine Veranlassung dazu gesehen. Der Angeklagte weist mit Entrüstung den Gedanken zurück, als ob er das Anerbieten zum Ankauf der Broschüre und damit einen Erpressungsversuch gemacht haben könnte. Auf dringendes Erfordern des H. R. Dr. Löwenstein nennt der Zeuge schließlich den Kaufmann Berch von der Firma Berch u. Plotow als denjenigen, der den Vorschlag zum Ankauf der Broschüre gemacht habe. — Der Zeuge Rosenthal bekundet, daß er die beiden fraglichen Kortum'schen Wechsel seines Wissens nicht in Händen gehabt habe und auch nicht sagen könne, daß er sie genau angesehen habe. Er wisse nur, daß Blumenreich, der sehr angezogen war und ihn am liebsten hinausgeworfen hätte, zwei Wechselbanketts hochgehoben und gesagt habe, daß es Kortum'sche Wechsel seien. Auf weiteres Befragen des Verteidigers erklärt der Zeuge, daß vor vierzehn Tagen Herr Kaufmann sich bemüht habe, ihm die ganzen Vorgänge noch einmal zu recapituliren und ihm vorgehalten habe, daß er die Wechsel bei der Revision ja doch auch in Händen gehabt habe. Er (Zeuge) habe dies aber stets verneint. Auch gestern habe Herr Kaufmann das Gespräch darauf bringen wollen, er habe ihn aber erfuhr, davon Abstand zu nehmen, da er als Zeuge es ablehnen müsse, solche Gespräche zu führen. Der Zeuge ist der Ansicht, daß der Angeklagte, der sich aufpropert, wohl gut gelebt, aber für sich nichts herausgeschlagen habe. Er habe, als das Theater des Westens finanziert wurde, ihm auch einmal eine Anleihe gemacht, daß er dabei ein hübsches Stämmchen verdienen konnte. Blumenreich habe dies aber abgelehnt mit dem Bemerkten, daß er nur Sehring und dem Theater des Westens diene.

Sehr eingehend wird der Baumeister Sehring als Zeuge vernommen. Er bekundet: Die Gesellschaft, die als Mietherin des neuen Theaters des Westens auftreten sollte, sollte mit einem Kapital

von 400 000 M. begründet werden und es sei verabredet worden, daß er den Rest, der von den Zeichnern nicht gedeckt wurde, in Höhe von 180 000 M. selbst zeichnete. Er habe das größte Vertrauen zu Blumenreich's Können gehabt und ihm deshalb auch eine Generalvollmacht erteilt, die nöthig war, damit das Engagement der Künstler und andere Vorbereitungen, die noch vor dem Insultretreten der Gesellschaft erledigt werden mußten, von statten gehen konnten. Er habe Blumenreich zahlreiche Aktepte gegeben, aber kein klares Bild davon, wie viele es gewesen seien. Der Zeuge bekennt sich nicht darauf, daß er dem Angeklagten jemals einen Wechsel von 10 000 M. als Reserve für den Fall des Geldbedarfs überlassen habe. Einen Wechsel von 10 000 M. habe er ihm am 7. Juli nach längerem Zaudern und Sträuben noch einmal auf sein dringendes Bitten ausgestellt, weil damit Hagen zc. bezahlt werden sollten. Er habe schließlich eingesehen, daß Blumenreich entlassen werden mußte; als dies vor sich gehen sollte, habe der Angeklagte zunächst die Herausgabe der Bücher zc. verweigert. Das Verhältnis zu der Firma Berch u. Plotow schildert der Zeuge folgendermaßen: Der Zeuge habe eine Baurate für die Errichtung des Theaters Alt-Berlin nicht erhalten und dafür Garberobengegenstände an sich genommen, welche die Firma Berch u. Plotow geliefert hatte. Diese Gegenstände wurden nach dem Theater des Westens gebracht. Für dies Theater aber waren weit größere Lieferungen notwendig und der Zeuge hatte der Firma Berch u. Plotow die Zusage erteilt, daß sie auch die Lieferung für das Theater des Westens erhalten sollten. Als Sicherheit dafür, daß die der Firma erteilte Zusage auch gehalten würde, habe der Zeuge der Firma Berch u. Plotow zwei Wechsel über je 25 000 M. gegeben, welche erst in Kraft treten sollten, nachdem die Aufträge erteilt und das Gutachten der Firma auf eine entsprechende Höhe angeschwollen war. Was aus diesen Wechseln geworden ist, weiß weder der Zeuge Sehring noch der Angeklagte. Die Frage, ob der Zeuge meine, daß Blumenreich Verwickelungen in den Geschäften hervorgerufen habe, um dadurch in seine eigene Tasche arbeiten zu können, wird von dem Zeugen verneint.

Nachdem noch der Kaufmann Berch vernommen war, verlagte der Präsident um 6 Uhr die Sitzung bis Montag Vormittag 9 1/2 Uhr.

Sächsischer Zustand. Aus Dresden wird uns berichtet: Ein Arbeiter, welcher morgens zwischen 4 und 5 Uhr auf dem Bahnhofe zu einem Möbeltransporte eintreffen sollte und deshalb, da er ein Stück zu laufen hatte, schon nach 3 Uhr von Hause weggegangen war, setzte sich unterwegs ein wenig an einer Strohflechte nieder; es war ein schöner Morgen. Da kommt ein Gendarm und kündigt ihm ohne weiteres die Arrestur wegen „Nächtens im Freien“ an. Der Arbeiter läßt den Sachverhalt auf, gibt seine in der Nähe befindliche Wohnung an und hat zufällig genügend einwandfreie Legitimationspapiere bei sich. Nichts, der Gendarm lehrt sich nicht dran, sieht die Legitimation nicht einmal an, sondern gebraucht Gewalt, indem er dem Arbeiter mit einem Schlagring zwei wichtige Schläge auf den Arm versetzt und ihm den gang neuen Hock vom Leibe reißt. Der Arbeiter wollte nämlich erklärlicherweise die Arrestur nicht über sich ergehen lassen. Sie erfolgte aber trotzdem. Der Arbeiter muß seinen Möbeltransport in Stich lassen und bekommt obendrein eine Anklage wegen „Nächtens im Freien“ und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Er hatte das Glück, freigesprochen zu werden. Der Richter verurtheilte in der Urtheilsbegründung das Benehmen des Gendarmen auf das schärfste und erklärte in diesem Falle ausdrücklich den Widerstand gegen den „Beamten“ als einschuldbar und berechtigt. Ob den Gendarmen nun wohl auch die gebührende Strafe wegen Mißbrauchs seiner Gewalt treffen wird? Und wer entschädigt den Arbeiter?

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung. Die Handlungsgehilfen und die Stadtverordneten-Wahlen lautete das Thema eines Vortrages, den Alphons Borchart gestern in einer öffentlichen Versammlung der Handelsgesellschaften hielt. Der Referent forderte am Schlusse seiner Rede die Anwesenden auf, nur für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

Für die ausgesprochenen englischen Maschinenbauer gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- Tischlerei Gebrüder Glöckel, Saal II, Gewerbehof, Kranstraße 3,35.
- Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgebung durch Kaiser 500.—
- Bauhilfsverein Halle, Boediker 21 14,00.
- Tischlerei Angred, Kreuzbergstr. 57/58 2,50.
- Tischlerei Wilhelm Lorenz, Brangelstr. 28, 2 Rate 3,50.
- Steinführer-Gesellschaft Berlins und Umgebung 9.—
- Ein unverbreiteter Staatspensionär 3.—
- Stelmacher Berlins durch Fischer 50.—
- Organisirte Posaumentrier Berlins 10.—
- Hilfsl. V. Legitimations-Verband, Seiler 3,40.
- M. Röllmerstraße 10.—
- Organisirte Putzmeister Berlins d. Kl. 50.—
- Zeitraufgehebeder Arbeiter (Bohner, Weisgerber zc.) Berlins 2. Rate 50.—
- Brauereiarbeiter Berlins 1. Rate 50.—
- Zimmerleute Berlins durch Fischer 500.—
- Fleisenerler Berlins und Umgebung 50.—
- Möbeltischlerei Jache, Laufferstraße 10 7,35.
- Ein Tintenkuh, Annenstraße 3.—

Weitere Beiträge nimmt von den Gewerkschaften entgegen das Gewerkschaftsbureau A. Millarg, Kunenstr. 16, 1.

Achtung, Stuckature! Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 1. d. M. sind sämtliche anschießende 10 und 50 Pf.-Marken einzuziehen und an den Unterzeichneten abzuliefern. Ferner mache ich die Kollegen darauf aufmerksam, daß Sammelstellen für die ausländischen englischen Maschinenbauer bei mir zu haben sind. Ich ersuche die Kollegen, sich rege an der Entnahme von Listen, sowie an den Sammlungen hierzu zu betheiligen. Rein Bau, keine Werkstatt sei ohne Liste. Karl Dachselt, Vertrauensmann der Stuckature, Charlottenburg, Schloßstr. 86.

Deutsches Reich.

„Der Seemann“ heisst ein neues Arbeiterblatt, das als Organ des Seemannvereins unter der Redaktion und im Verlage des Vorsitzenden dieses Vereins, A. Störmer in Hamburg, erscheint. Wie wünschen dem neuen Mitkämpfer für die Arbeiter Sache ein glückliches Gelingen.

Ueber die Bewegung im Stettiner Baugeverbe geht und nachstehender Bericht zu: Schon seit dem Sommer d. J. war es das ständige Bestreben der hiesigen Maurer, den geforderten Stundenlohn von 45 Pf. endlich zu erringen. Jetzt zum Herbst trat eine gute Konjunktur im Baugeverbe ein und die Maurer versuchten durch Waupferren nunmehr dort den Lohn zu erringen, wo er bis dato nicht gehakt wurde. Die gute Organisation der Gesellen war aber schon seit langem den Unternehmern ein Dorn im Auge, und hatten sie als Abwehrmaß die Einführung der Entlassungsscheine angeordnet. Jeder Geselle war und ist heute noch verpflichtet, will er Arbeit erhalten, den Entlassungsschein vorzulegen. Da der Unternehmerverband schon seit langem eine schwarze Liste der in der Organisation thätigen Mitglieder führt, so ist es ihm ein Leichtes, mit Hilfe des Entlassungsscheins sich unliebsame Arbeiter vom Halse zu halten. Die Erbitterung in den Gesellentreifen war so gesteigert, daß die Mehrzahl der Stettiner Maurer schon längst die Abschaffung der Entlassungsscheine fordern wollte. Den Maurern Silber Schmidt, Berlin, St. Ansgl und zuletzt noch Bömelburg, Hamburg gelang es unter großer Anstrengung, die Maurer von diesem Streit abzurufen, weil wie auch jeder andere beobachten konnte, die Unternehmern es auf die Organisation der Gesellen abgesehen hatten. Was so von der Verbandleitung verhandelt war, wurde von dem Unternehmerverband gewaltsam provoziert. Die Bauarbeiter hatten am 24. Oktober beschlossen, am 25. Oktober fünfzig Pfennige mehr für laufende Steine zu fordern. In ganz kurzer Zeit hatten 31 Meister resp. Unternehmer diese Forderung bewilligt, sodas 192 Bauarbeiter zu dem erhöhten Tarif arbeiteten, und nur 24 als Streikende angeführt wurden. Den Hauptmachern des Arbeitgeber-Bundes scheint dies nicht in den Kram gepakt zu haben, denn nachdem diese Herren am Freitag, den 29. Oktober, eine Versammlung abgehalten hatten, erschien

am Montag im hiesigen „General-Anzeiger“ ein Inserat des Arbeitgeber-Bundes, wonach die Bauarbeiter aufgefordert wurden, vom 4. November ab die Arbeit zu den alten Bedingungen aufzunehmen, widrigenfalls von diesem Tag ab auf sämtlichen Bantzen die Arbeit eingestellt und auch die Mauerer zu entlassen würden. Wenn dies nicht eine direkte Herausforderung zum Kampf ist, dann giebt's eine solche überhaupt nicht mehr. Erst bewilligen 31 Meister die Forderung, und einige Tage später dieser Wortbruch. Es ist nun nicht so schlimm geworden, wie sich die Herren es vorgestellt haben, denn nach guter Information wird bei 18 Meistern resp. Unternehmern gearbeitet. Durch die Aussperrung sind betroffen 402 Mauerer, von denen 46 abgereist sind, und 97 Bauarbeiter. Die Situation ist augenblicklich so, daß man nicht weiß, ob in den nächsten Tagen noch mehr Ausperrungen erfolgen werden, oder ob die einschichtigen Elemente zur Verhändigung anbahnen werden. In den Kreisen der Mauerer und Bauarbeiter ist man gekommen, diesen ausgeprägten Kampf mit aller Energie durchzuführen, und an den Mauerern und Bauarbeitern aller Orten wird es liegen, ihre kämpfenden Brüder durch Festhaltung des Zugangs zu unterstützen. In einer am Freitag abgehaltenen öffentlichen Mauererversammlung, welche wohl von über 800 Personen besucht war, wurde nach kurzer Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung sieht darin, daß die Unternehmer einen kleinen Teil Mauerer nicht ausgesperrt haben, um mit denselben zunächst die dringendsten Arbeiten fertig zu stellen, ein Mittel, das ihnen die Möglichkeit giebt, die Ausperrung lange hinauszuziehen. Sie beschließt deshalb, daß von morgen ab alle Mauerer, die bei diesen Unternehmern arbeiten, die Arbeit niederlegen werden.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband beabsichtigt demnächst Erhebungen anzustellen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Holzindustrie aller Branchen; auch die der Musikinstrumenten-Arbeiter sollen in diese mit einbezogen werden.

Achtung, Metallarbeiter! Die Lage der Ausländigen der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik von H. Stöwer u. Co., Stettin, ist unverändert. Die Streikenden stehen mit wenigen Ausnahmen fest zur Sache und hoffen, wenn der Zugang auswärtiger Metallarbeiter unterbleibt, auf einen günstigen Ausgang ihres Streiks. Sodann bitten wir, allen Nachrichten bürgerlicher Blätter, welche über den Ausstand berichten, keinen Glauben beizumessen zu wollen.

Die Grubenbarone des Waldenburger Kohlenreviers machen glänzende Geschäfte, aber die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter aufzubessern, fällt ihnen gar nicht ein. Die Belegschaften der Gläshütten- und Freibergbau-Grube waren auf Neue durch ihre Vertrauensmänner bei den Direktoren um Einführung der achtstündigen Schicht und Erhöhung des Lohnes eingekommen. Beide Forderungen sind jedoch wieder abgelehnt worden. Es zeigt sich hier wieder einmal, was die Arbeiter auf „friedlichem“ Wege erreichen. Auch die Bergleute des Waldenburger Reviers werden nur dann eine Aufbesserung ihrer

traurigen Lebenshaltung erzielen, wenn ihre Organisation kräftig genug ist, den Kampf mit dem mächtigen Grundkapital aufzunehmen.

Die Forderungen der Antwerpener Diamantarbeiter sind, wie der „Peuple“ mitteilt, in etwa 10 Fabriken bewilligt; es streiken jedoch noch immer 600-800 Mann. Bürgerlichen Blättern zufolge soll der Ausstand ganz beendet sein.

Der Ausstand der Schlichtergesellen in Paris dauert fort. Vor dem Friedensrichter des 1. Bezirks war, wie wir der „Petite République“ entnehmen, eine Einigung zwischen den Engros-Schlichtern und deren Gesellen wohl erzielt worden, nicht aber zwischen den Schweineschlichtern (Charcutiers) und ihren Gehilfen. Die Engros-Schlichter willigten ein, daß die Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 11 Uhr und von 1 Uhr bis 6 Uhr dauern solle; des Sonntags soll die Arbeit um 3 Uhr nachmittags beendet sein. Die Charcutiers jedoch behaupten, auf die Nacharbeit nicht verzichten zu können, da sie ihre Waaren in die Gassen liefern.

Der englische Eisenbahnarbeiter-Verband hatte vor einiger Zeit sämtlichen Kompagnien weitgehende Forderungen in Bezug auf Löhne und Arbeitszeit der Beamten und Arbeiter unterbreitet. Dieser Tage haben die Direktoren der Eisenbahn-Gesellschaften gemeinschaftlich über die Forderungen beraten und beschlossen, durch eine Kommission die Sache weiter verfolgen zu lassen. Es ist zu hoffen, daß es ohne Streik zu einer Verständigung kommt.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Die neuen Vorschläge des Handelsamtes zwecks Anbahnung einer Verständigung sind in die Hände der Parteien gelangt; Stellung dazu haben dieselben noch nicht genommen. Wie es heißt, wollen die Unternehmer nicht mehr darauf bestehen, die Verhandlungen nur mit dem „vereinigten Komitee“ führen zu wollen. Die größten Schwierigkeiten wird die Frage machen bezüglich des unparteiischen Vorsitzenden. Die Unternehmer hatten es beabsichtigt abgelehnt, einen solchen zuzulassen. Im ganzen ist der „Daily Chronicle“ zufolge die Stimmung unter den Unternehmern gegenwärtig etwas friedfertiger.

Soziales.

Arbeiterversicherung. Das Reichs-Versicherungsamt hat revidierten Unfallverhütungs-Vorschriften der Ziegelei-Berufsgenossenschaft und besonderen Unfallverhütungs-Vorschriften für die unterirdischen Grubenbetriebe sowie für Loofgräbereien der Ziegelei-Berufsgenossenschaft seine Genehmigung erteilt.

Es ist von Interesse, zu vergleichen, wie allmählich in der Invaliditäts- und Altersversicherung die Invalidenrenten das Liebergewicht über die Altersrenten zu erlangen sich anschicken. Am 1. Oktober 1894 haben die Invalidenrenten von der Gesamtzahl der bewilligten Renten nur 29 pCt. ausgemacht, am 1. Oktober 1897 waren sie schon auf 47 pCt. gestiegen, hatten also in einem Zeitraum von drei Jahren um mehr als 20 pCt. von der Gesamtzahl

zugenommen. Es dürfte kein Jahr mehr vergehen und die Anzahl der bewilligten Altersrenten wird hinter die der Invalidenrenten getreten sein.

Der Achtstundentag ist in den Kopenhagener Gaswerken vorläufig in den Retortenhäusern seit 1. November eingeführt. Veranlassung dazu gab ein Antrag des sozialdemokratischen Stadts. Jensen, der darauf hinwies, daß auch in den englischen Gasanstalten in drei Schichten gearbeitet wird. Zur Verhinderung eines Rückgangs des Einkommens der Arbeiter sind neue Arbeitslöhne festgesetzt worden; statt bisher 28 Dore per 1000 Kubfuß erhalten die Arbeiter in Zukunft 32 Dore (in dem alten Retortenhaufe 38 Dore statt bisher 31). Die Arbeitszeit teilt sich, wie schon angedeutet, nun in drei Schichten, die erste beginnt morgens um 6 Uhr und dauert bis 2 Uhr, die zweite von 2 Uhr bis 10 Uhr abends, die dritte von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh. Nach je vier Wochen wird gewechselt. Die neue Eintheilung erfordert eine Erhöhung der Arbeiterzahl um 150-200 Mann.

Im Jahre 1873 streikten die Kopenhagener Gasarbeiter, weil sie bei 12stündiger Arbeitszeit 33-50 Dore Lohn per Tag mehr haben wollten. Damals hatten in der Stadtvertretung die Konservativen die Mehrheit, die die Wünsche der Arbeiter abwies; man hat die Polizei gegen die Arbeiter auf und der Streik ging durch die Streikbrecher verloren. Heute verdienen die Gasarbeiter fast das Doppelte des damaligen Lohnes; man erhöht ihnen freiwillig die Löhne und bewilligt ihnen den Achtstundentag, weil sie heute in der Stadtvertretung ihre Abgeordneten haben und weil sie überhaupt eine Macht geworden sind, mit der die liberalen Mehrheit in der Stadtvertretung rechnen muß.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (wenn Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche am Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend von 5 bis 7 Uhr abends statt.

H. C. Es wird an der technischen Hochschule zu Charlottenburg noch das Abiturium verlangt.

Schwewe. 1. Buch, Cassel. 2. Das läßt sich jetzt noch nicht genau bestimmen, jedenfalls aber so bald als möglich, damit es zur Reichstags-Sitzung 1898 verwendet werden kann.

S. 2. 77. 1. Ja. 2. ca. 30.

99. Das Darlehen ist nicht veräußert. Sie können also die Forderung eintragen. — S. 2. 31. 1. Ja. 2. Das ist nicht erforderlich. — 78. H. G. Gehör können Sie wählen. — R. 2. 20. Das Darlehen ist zu verheiraten ist zu dem Vermögen Ihres Mannes zuzurechnen. Jedoch kommt nicht das Kapital, sondern nur der Zinseszins bei Berechnung der Einkommenssteuer in Betracht.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 7. November 1897.

Ruhig, zeitweise heiter, vielfach neblig und ein wenig kälter; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Erklärung.

Zu einem Aufruf, welcher zur Gründung einer neuen Rettungsgesellschaft in Berlin von einer Anzahl angesehener Mitbürger durch hiesige Zeitungen veröffentlicht worden ist, findet sich unter anderem folgende Anklage:

„Deswegen wäre es ein Fehler, her größer nicht gedacht werden kann, wenn die Allgemeinheit der Berliner Bürger und Einwohner hierfür nicht eintreten, sondern sich dabei beruhigen wollte, daß zur Zeit eine Privatgesellschaft, die der Berliner Unfallstationen, im Nebengeschäft — denn sie ist ursprünglich für Zwecke einiger Berufsgenossenschaften gegründet — noch erste Hilfe und weitere Behandlung in ihren Privatambulanzen oder Privatkassen treibt. Hier handelt es sich um einen scharfen Gegensatz. Der privaten Angelegenheit steht die allgemeine, dem Gesetze die Wage gegenüber.“

Diese Bemerkungen können unseres Erachtens nur den Sinn haben, daß die Unfallstationen im Gegensatz zu der neu ins Leben zu rufenden Rettungsgesellschaft nicht humanen Zwecken, sondern materiellen Interessen dienlich gemacht worden sind.

Eine derartige Verdächtigung müssen wir auf das Ergreifende zurückweisen, solange die Unterzeichner des Aufrufs den Beweis für ihre Behauptungen nicht erbracht haben. Die Berliner Unfallstationen veranlaßten ihre Entziehung der VI. Section der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, welcher sich die Chemische, die Norddeutsche Holz- und später auch die Bekleidungsindustrie, die Fahrwerks-, Papierverarbeitungs-, Schornsteinfeger-, Nordöstl. Eisen- und Stahl-, Nordd. Edel- und Unedelmetall-Industrie, Steinbruch- und Nordd. Textil-Berufsgenossenschaften angeschlossen haben.

Eine solche Institution, welche der Durchführung der den Berufsgenossenschaften gesetzlich obliegenden Aufgaben dienen soll, im Gegensatz zu einer neu zu begründenden freien Vereinigung, als eine Privatgesellschaft zu charakterisieren, darf an sich schon als ungewöhnlich bezeichnet werden!

Das Deutsche Braugewerbe, an dessen Spitze die Berliner Brauereien, haben im Jahre 1889 unter großen Opfern die Allgemeine Deutsche Ausstellung für Unfallverhütung ins Leben gerufen und nicht nur im Interesse der von ihnen beschäftigten Arbeiter, sondern im allgemeinen Interesse behufs Förderung der Unfallverhütung sowohl im gewerblichen, wie im öffentlichen Verkehr durchgeführt.

Die unterzeichneten Mitglieder des Berliner Braugewerbes haben geglaubt, ihre Mitwirkung auch da nicht verweigern zu sollen, wo es sich um Einrichtungen handelte, welche der ersten Hilfeleistung bei Unfällen zu dienen bestimmt sind.

Deshalb haben sie den zunächst allerdings nur für berufsgenossenschaftliche Zwecke ins Leben gerufenen Berliner Unfallstationen in Gemeinschaft mit einer weiteren Anzahl menschenfreundlich gesinnter Männer Mittel zur Verfügung gestellt, um solche Hilfe auch der Allgemeinheit zu gute kommen zu lassen.

Wären die mit Hilfe unserer Beiträge erzielten Erfolge groß oder klein sein, denselben fremde Motive unterzulegen, dazu hat niemand ein Recht! Wir haben natürlich nichts einzuwenden, sondern begrüßen es mit Freuden, wenn auch weitere Kreise sich nimmere bereit finden, ihre Unterstützung den Zwecken zu widmen, die wir und diejenigen Männer, welche an der Spitze der Unfallstationen stehen, bisher verfolgt haben.

Aber darin wird uns, wie wir annehmen, auch die Mehrzahl der Unterzeichner jenes Aufrufs beistimmen, daß es weder üblich noch notwendig ist, zur Förderung eines neuen humanitären Unternehmens das bestehende in der öffentlichen Meinung herabzusetzen!

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß das Kuratorium der Unfallstationen, welches die Anerkennung weitester Kreise, insbesondere auch der Behörden bisher gefunden hat, sein menschenfreundliches Wirken trotz der gegen dasselbe gerichteten Angriffe fortsetzen wird, wie auch wir uns durch derartige unbewiesene Beschuldigungen nicht abhalten lassen werden, die im Dienste der Allgemeinheit stehende Institution nach wie vor zu unterstützen.

Berlin, den 6. November 1897.

Felix Krudt, Direktor der Berliner Kronenbrauerei Akt.-Ges.; **Oswald Berliner**, Breslauer Weizenbier-Brauerei; **A. Beschneid**, Direktor der Brauerei Germania; **Moritz Bontwit**, Direktor der Berliner Unions-Brauerei; **Julius Böhm**, Hgl. Hölleferment; **Wilhelm Brähler**, Direktor der Spandauer Berg-Brauerei; **Brauereibesitzer C. Breithaupt**; **Professor Dr. Delbrück**, Wissenschaftl. Dirigent der Versuch- und Lehrbrauerei; **Ernst Fünke**, Direktor der Schultheiß-Brauerei Abth. II; **Mag. Fünke**, Direktor der Akt.-Ges. Schloßbrauerei Schöneberg; **H. Friedmann**, Direktor der Brauerei Königshardt Akt.-Ges.; **Dr. W. Frenzel**, Brauerei Stralau; **Gabriel**, Weibierbrauerei Gabriel & Jäger; **Bernhard Gebhardt**, Berliner Weibierbrauerei; **Friedrich Goldschmidt**, General-Direktor der Aktienbrauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe; **Brauereibesitzer Karl Gregor**; **C. Habel's Brauerei**; **Mag. Hoppoldt**, Präsident des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend; **Adolf Heidemann**, Direktor der Bergschloß-Brauerei Akt.-Ges.; **Cito Hewald**, Brauerei Borussia; **Guth**, Direktor der Berliner Weibierbrauerei Akt.-Ges. vorm. Hillebein; **Dr. Kasse**, Direktor der Victoria-Brauerei Akt.-Ges.; **Koerner**, Josty-Brauerei; **Brauerei Landré**, Stralauerstraße; **Mag. Lange**, Direktor der Norddeutschen Brauerei Akt.-Ges.; **Brauereibesitzer A. Lane**; **Julius Melcher**, Direktor der Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe; **Martin**, Direktor der Brauerei Germania; **C. Merten**, Direktor der Schultheiß-Brauerei Akt.-Ges. Abth. I.; **M. Müller**, Direktor der Berliner Bod.-Brauerei Akt.-Ges.; **Cito Müller**, Bürgerliches Brauhaus; **Brauereibesitzer W. O. Paschen**; **Emil Paffe**, Direktor der Aktien-Brauerei-Gesellschaft Moabit; **Carl Röhrich**, Direktor der Berliner Bod.-Brauerei Akt.-Ges.; **Richard Roefide**, General-Direktor der Schultheiß-Brauerei Akt.-Ges.; **Mitglied des Reichstags**; **H. Ruffat**, Direktor der Brauerei Gambrius Akt.-Ges.; **Paul Schwerdfeger**, Direktor der Brauerei Pfefferberg vorm. Schneider u. Billig; **Hermann Soldan**, Direktor der Aktien-Brauerei Friedrichshöhe; **Cito Spielhagen**, Direktor der Vereinsbrauerei Rixdorf; **Joh. Stolber**, Direktor der Bergschloß-Brauerei Akt.-Ges.; **Carl Schneider**, Brauerei Schweizer Garten; **Brauereibesitzer H. Werm**; **Wanberger**, Direktor der Berliner Weibier-Brauerei Akt.-Ges. vorm. Hillebein; **H. Ziegler**, Direktor der Vereinsbrauerei, Rixdorf.

N. Köslinerstr. 2.
Carl Schmidt
empfiehlt seine Restauration nebst großem Speisezimmer, passend für Gesellschaften etc. 3500L.
Bereinszimmer, 20-50 Pers., mit Piano für Gesang u. f. w. an Vereine Mittwoch, Freitag, Sonnabend zu vergeben. Melanchol. Prot., Annenstr. 9.
Lohnende Fabrikationen.
Comp. Einrichtungen incl. Verfahren zur Fabrikation von Feuer- u. Kohlenanzählern, Wasch- u. Toiletteisen, Seifeopulver und Stiefelwachs etc. Fachkenntnisse nicht erforderlich. 17jähr. Praxis. Zahlr. Anerkenn. Katalog gratis. Fallisch's Laborat., Altona a. Elbe.

Den Parteigenossen von Zülow empfehle mein **Waldgasthof**.
1702b **W. Schönfeld**, Rindstr. 2.
Kindertagen-Bazar
Max Brinner,
Journalemerk 42.
Brauereistraße 6.
Tredenerstr. 16.
Größtenteils Auswahl von Kinder-, Sport-, und Puppenwagen, neues Radmaterial, billige Wädherräder groß u. klein. Preiszahl gestattet.
Für Schulben, die mein Sohn Karl Kadek... haben sollte, komme ich nicht auf. **Dr. Kadek**, Rannstr. 87.

Zu kaufen gesucht,
zu guten Preisen: ältere sozialistische Blätter und Broschüren (von Weitzing, Marx, Engels, Mehring etc.) sowie Zeitungen („Sozialdemokrat“, „Volkswacht“, „Borwacht“, „Neue Zeit“, „Gesellschaft“) auch in einzelnen Nummern.
Berlin NW, Cusenstr. 31, Buchhandlung **Z. Calvary u. Co.**
Jahresteller A. Jammer,
Madastr. 16. Künstliche Zähne 2 Mk., auch Teilzahlung. Schmerzloses Zahnziehen. Stomden. Kuruzettel n. 1719b.

Für 17 Mk. fertige Anzug nach Maß, gute Anzughaben, tabell. Sit Wilhelm Schmidt, Neue Schönhauserstr. 1, 1 Tr., Ecke Weinmeisterstr.
Buchen- und Eichen-Abfall die beste Dreyhelzung - billig, billiger wie Kohle - liefert **W. Jonetz**, Bärnaldstr. 44.
Hüte Schirme und Wägen in großer Auswahl von **Emil Stabrie**, **Vincenz-Platz 4**, zwischen Ruppiner- u. Spinnmühlendstr.
Billig! Reiter-, Anzüge. Billig! Mädchenkleider, Anzüge - Anzüge und Paletots sehr preiswert. **O. Hoffmann**, Weiermannstr. 14.
Sole, Kinderbettstelle u. Federmatr. **Billig! Säuberl.** Roggstr. 6. 1701b
Winterpaletots, Gold-, Oberall, Sportbillig, Plandleide. **Reinhardt**, 6.
Bettten, Gardinen, Regulator, 1000b, **Reinhardt**, 6. Plandleide.
Reiches Brautbett, groß, 100b, 100b, in best. Ritterstr. 118, vorn 2 Tr. rechts. 1900b
Wettwürmer, Schod 10 Pf., vert. Jakobstr. 1, v. 4 Tr. geradezu.
Reiter Paletot und Jackett zu vert. **Oranienstr. 139, 2 Tr.** 1718b
Kanarien-Gophroler, hochfein, mit vorzählg. Touren, hoch prämiert, solche Preise, verkauft **34102***
H. Schulz, Steinmeistr. 24.
Gophroler und Weibchen **Wetterstr. 38, Zigaretten-Gesellschaft**. 1715b

Kanarienhähne, gute Sänger, verkauft Krebs, Rosenstr. 154a, v. 4 Tr. Schallfelle **Kohler**, 17, v. 1 Tr. rechts.
Anhandiger Herr **Andel** Schallfelle, sep. Ges. 7 Mk. **Wilde** (Stadthofstr. 11, 4 Tr. 1714b
Schallfelle **Dramenstr. 184, v. 4 Tr.** **Ramm**. 1710b
Robuste Schallfelle, sehr freundlich, billig. **Strinstr. 3, vorn 1 Tr.** 1709b
Pöhl. Schallf. verm. (vgl. ob. J. 1. Adalbertstr. 73, v. III. Schornstg.)

Papiergeschneider verl. A. Eisenhüt., Zeugstr. 5. 1082b
Ein **Widerrahmenmacher** wird verlangt **Kottbuser** Hier 32.
Stiefelsohlenreparieren bei hohem Lohn v. **Schmiedler**, **Blumenstr. 13**.
Nahmensmacher auf **Berchtholden** verlangt **Zalldreher**, **Hier 12**.
Riffenmacher auf **Hund** verl. 4/5 **Pfeife**, **Schönhauserstr. 33**.
Nahmensmacher auf **Waldstr. 46**.
Widerrahmen verl. **Waldstr. 46**.
Widerrahmen werden für **Berlin** und **Borsene** sehr gesucht. Es wird außerordentlich hohe **Verdienst** gewährt. **Offerten** sub „**Rebenverdienst**“ an das **Bureau** 44 postlagernd.
Ein **tüchtiger Fraiser**, der auch **Handlätze** u. **Podestmaschinen** bedienen kann, findet in einer **Waldstr.** fabrik dauernd Beschäftigung. **Offert.** u. „**A. 4**“ nimmt die **Expedit.** entgegen.
Tücht. Schneiderei, a. h. Lager verlangt **Dankhof**, **Waldstr. 16**.
Lehrling verlangt **Buchdruckerei Friedländer**, **Neue Bräuer**, **Hier 30**.
Tüchtige Klempner, aber nur solche, welche schon auf **Waldstr.** umgebaut gearbeitet haben, verlangt **C. F. Schaefer** **Waldstr.**, **Waldstr. 97**. 1714b
Berliner Schirmfabrik sucht tücht. Schirmmacher, der schnell und viel im **Reparieren** leisten kann. Stellung dauernd bei sehr **hohem Lohn**. Off. mit **Lohnangabe** unter **B. 4** nimmt die **Exp.** entgegen. 1711b

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Land v. **Nichling** Spezialarzt f. Haut u. **Gonorrhoe**. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Bahn-Atelier.
Kunstl. Hähne in tabellarischer Ausführung v. 3 Mk., **Walden** u. 2 Mk. an **Schmerzlos**, **Bahnhöfen** mit **Locom.**, **Glühbirnen**, **Chloroform** und **Lebens** zur **Reinigung** eines **pers.** **Kleid.** Bei **Befehl** v. **Mühl.** **Bahnen** **Bahnhöfen**, **Bahnhöfen** **ausführt**; **Reparatur** **geschickt**, **Woch** 1 Mk.
Guckel, **Vauhyer** **Platz 2**, **Glaserstraße 12**, **Steglitzerstraße 71**.

Fertige Betten, gr. Stand überbett, **Unterbett**, **zwei** **Reppstücken** mit **gereinigten** **neuen** **Febern**, von **12 Mk.** an, **fertige** **Julietts**, **Waldstr.**, **Matratzen** **jeber** **Art**, **Strop**, **Schlaf**, **Verdecken** und **Polster** **Bestellen** **empfl.** **billig** **das** **als** **freng** **rech** **bestimmt**, **1870** **ger.** **Spezial-Gesch.** **S. Pollack**, **Oranienstr. 61** **am** **Morgen**
and der **Preussener** **Strickmaschinen** **Fabrik** sind die **besten** und **ein** **leichter** **Ember** **hohes** **f. Männer**, **Frauen** und **Potam** **Geschäfte**. **Erlernen** **leicht** und **gratis**. **Arbeiten** **zu** **nachgelesen**. **Besuch** **zu** **bedeutenden**. **Lager** **bei** **dem** **Vertreter** **H. Gomburger**, **Klosterstraße 63**, **Berlin**, **Samstags**.

verliehen **gewesene** und **neue**, **stauend** **billig**, **Teilzahlung** **gestattet**. **Beamten** **ohne** **Anzahlung**, **29179***
Neue Königstr. 59
l. Gneisenaustr. 15.
Möbel
in **jedem** **Stil** und **jeder** **Holzart** **daher** **billig**, **auch** **auf** **Teilzahlung**. **Gr. Lager** **gebrauchter** und **verliehen** **gewasener** **Möbel**. **34592***
Oranienstr. 73.
Frack und **Gesellschafts-Anzüge** für **jede** **Figur** **passend**, **wenden** **verliehen**. **Barack**, **Kommendantenstr. 79 I**, **Gde** **Verkehr**. **Anzüge** u. **Paletots** **werd.** **zu** **bill.** **Preisen** **nach** **Maß** **angefertigt**.

Möbel
in **jedem** **Stil** und **jeder** **Holzart** **daher** **billig**, **auch** **auf** **Teilzahlung**. **Gr. Lager** **gebrauchter** und **verliehen** **gewasener** **Möbel**. **34592***
Oranienstr. 73.
Frack und **Gesellschafts-Anzüge** für **jede** **Figur** **passend**, **wenden** **verliehen**. **Barack**, **Kommendantenstr. 79 I**, **Gde** **Verkehr**. **Anzüge** u. **Paletots** **werd.** **zu** **bill.** **Preisen** **nach** **Maß** **angefertigt**.

Arbeitsmarkt
Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
In der **Möbelfabrik** von **1888/7** **Eberhardt, Michaelbrücke 1**, **Komptoir** **Holzmarktstr. 21**, **neben** **85** **Häcker**, **5** **Drechsel** und **25** **Pölmern** im **Streit**. **Zugang** **ist** **fernzuhalten**.
Möbelpolierer!
Bei **Eberhardt, Michaelbrücke 1**, und bei **Wenkel Nachf., Weiserstr. 14**, sind **Differenzen** **ausgebrochen**. **Am** **Zug** **fernzuhalten** **erlaubt** (1488) **Die** **Postkommission** **h. Verbandes**.
Tücht. Gesellen auf **Hölz** u. g. **Möbel** **verl.** **Frontzel**, **Waldstr.**, **Waldstr. 18**, **diel** **am** **Bahnhof**. 1711b

Arbeitsmarkt
Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
In der **Möbelfabrik** von **1888/7** **Eberhardt, Michaelbrücke 1**, **Komptoir** **Holzmarktstr. 21**, **neben** **85** **Häcker**, **5** **Drechsel** und **25** **Pölmern** im **Streit**. **Zugang** **ist** **fernzuhalten**.
Möbelpolierer!
Bei **Eberhardt, Michaelbrücke 1**, und bei **Wenkel Nachf., Weiserstr. 14**, sind **Differenzen** **ausgebrochen**. **Am** **Zug** **fernzuhalten** **erlaubt** (1488) **Die** **Postkommission** **h. Verbandes**.
Tücht. Gesellen auf **Hölz** u. g. **Möbel** **verl.** **Frontzel**, **Waldstr.**, **Waldstr. 18**, **diel** **am** **Bahnhof**. 1711b

Wie die Stadt für ihre Invaliden sorgt.

In der städtischen Anstalt für Epileptische zu Wuhlgarten sind die Wärterinnen ebenso wie in Irrenanstalten nicht selten Mißhandlungen seitens Kranker ausgeübt. Einzelne dieser Mißhandlungen haben die völlige Erwerbsunfähigkeit der durch ihren Dienst Verletzten zur Folge gehabt. Wie sorgt die Stadt in solchen Fällen für die Geschädigten? Ein Beispiel genüge. Am 24. Februar 1894 suchte die damals dreißigjährige Wärterin Völlner mehrere sich schlagende Kranke auseinander zu bringen. Aus Anlaß dieser Schlägerei wurde sie von einer sehr robusten und als schlagkräftig bekannten Kranken mit einem Schrubber in gesundheitsgefährdender Weise behandelt. Die Wärterin trankelte selbst. Mehr als die äußerlich sichtbaren Spalten der Mißhandlung, machten sich Reizzeichen bemerkbar, die auf eine schwere innere Verletzung einen Rückschluß zulassen: der Gang wurde schleppend, das Gedächtnis nahm ab u. s. w. Vergewaltigt ließ die Völlner sich im Krankenhaus behandeln — sie ist völlig erwerbsunfähig geworden. Infolge dessen wurde ihr von der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt die Invalidenrente zugeteilt. Diese beträgt 10 Mark 10 Pf. monatlich. Das weder ein gesunder noch ein kranker, fast hilfloser Mensch mit 10 M. 10 Pf. auskommen kann, dürfte selbst der freisinnigen Kommunalverwaltung nicht völlig entgehen. Was thut sie für die in ihrem Dienst verunglückte? Fräulein Völlner wurde am 1. Januar 1896 wegen ihrer Infolge der Mißhandlung eingetretenen Untauglichkeit aus städtischen Diensten entlassen. Seitdem erhält Fräulein Völlner aus dem Stadtsäckel aus Gnade und Barmherzigkeit folgende horrenden Summen, auf deren Empfang ihr ein Rechtsanspruch ja nicht zutrifft: Im September, Dezember 1896 und Januar 1897 je 6 (sechste sechs) Mark monatlich; im Februar 1897 9 Mark, im März 5 (fünf) und seit dem April 1897 monatlich 10 M. Fräulein Völlner klagt zur Zeit gegen den Magistrat auf Schadenersatz. Inwiefern kann nach dem bestehenden Gesetz — anders wird es nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches — nur dann zu ihren Gunsten erkannt werden, wenn der außerordentlich schwere Nachweis ihr gelingen sollte, daß sie bei Ausübung ihres Dienstes infolge schlechter Verwaltung (unzureichendes Wärterpersonal, unzureichende Isolirzellen u. s. w.) an hergewöhlichen, sonst mit dem Aufsichtsdienst über Epileptische und Irre nicht vorhandenen Gefahren ausgeübt war. Wir enthalten uns eines Urtheils, ob dieser Nachweis ihr gelingen wird. Wir müssen es aber wiederholt ansprechen, daß wir Billigkeit, Recht und Humanität verlangen, daß die Wärterinnen auch dann Schadenersatz für derartige im Dienst erlittene Schädigungen erhalten, wenn die Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit ohne Nachlässigkeit der Verwaltung lediglich die Folge der gewöhnlichen Dienstverrichtungen ist. Wir und unsere Genossen im Nothen Hause haben wiederholt gefordert, daß alle in städtischen Diensten direkt oder indirekt beschäftigten Personen für die Fälle von Krankheit oder Unfall mindestens so gestellt werden, als ob sie kranken- oder unfallversicherungsspflichtig sind. Am 16. Januar 1896 stellten die sozialdemokratischen Stadtverordneten ein dahingehendes Verlangen. Mit Freude konnten wir damals konstatieren, daß in öffentlicher Sitzung diesem Verlangen von seiner Seite widersprochen wurde. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß damals, zunächst eine Uebersicht über die Art der Fürsorge für städtische Angestellte in Krankheits- und Unfallfällen vom Magistrat zu erfordern. Ausnahmsweise schien im Magistratskörper Verständnis für sozialpolitische Pflichten der Stadt zu erwachen. Am 21. Dezember 1896 sagte die aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Bürgerdeputirten zusammengesetzte Gewerbe-Deputation einstimmig Beschlüsse in Sinne des sozialdemokratischen Antrages.

In der Nummer des „Vorwärts“ vom 28. Dezember 1896 konnten wir diesen Beschlüsse anerkennend registrieren. Doch mit dem Magistrats-Fürsorge ist kein ewiger Bund zu schließen — in geheimer Magistrats-Sitzung wurden diese vernünftigen Beschlüsse der Gewerbe-Deputation abgelehnt. Die Gründe sind unbekannt. Wir bezweifeln die Richtigkeit der Meldung eines gewöhnlich gut unterrichteten Berichterstatters, der da mittheilte, im Magistrat habe als oberster sozialpolitischer Grundgedanke die Anerkennung gefunden: „laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind.“ Der Stadtverordneten-Versammlung wurde nichts mitgeteilt. Im September dieses Jahres verlangten die sozialdemokratischen Vertreter des Nothen Hauses, doch endlich die seit dem 16. Januar 1896 erbetene Uebersicht über die Art der Fürsorge in Krankheits- und Unfallfällen zu erhalten. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmte diesem Antrag am 28. September 1897 einstimmig zu. Jetzt ist endlich der Stadtverordneten-Versammlung die gefagelte Auskunft ertheilt. Diese Auskunft ergibt folgendes Resultat: Von den im städtischen Kommunaldienst beschäftigten Arbeitern sind 7671 gegen Krankheit und Unfall versichert, 1472 un- gegen Krankheit, 2350 weder gegen Krankheit noch gegen Unfall. Keinerlei Fürsorge für die Unfälle im Dienst besteht demnach bei 3822 im Kommunaldienst Beschäftigten. Hierzu gehören z. B. die Wärter und Wärterinnen in den nicht weniger als ungefährlichen Krank- und Irrenanstalten, viele Kutscher, Altenboten u. s. w. Keinerlei Versicherungspflicht, auch in Krankheitsfällen, unterliegen beispielsweise eine große Anzahl Hausdiener, Dienstmädchen, Scheuerfrauen, Hausbrenner, Näherinnen u. s. w. Und doch läßt das Krankenversicherungs-Gesetz die Ausdehnung der Krankenversicherung auf diese 2350 weder gegen Krankheit noch gegen Unfall versicherten Personen zu. Hinzu tritt noch, daß nach der Mittheilung des Magistrats bei einer großen Anzahl von Personen die Rechtstage zweifelhaft ist, ob die betreffenden der Versicherung unterliegen oder nicht. Endlich ist zu berücksichtigen, daß in der vom Magistrat jetzt endlich mitgetheilten Uebersicht zwei Kategorien Unversicherter fehlen, nämlich die als Tagelöhner oder vorübergehend, z. B. beim Schneeschleppen Beschäftigten, und die indirekt im Dienst der Stadt Thätigen. Zu letzteren gehören z. B. die Gehilfen der Geometer, die für Rechnung von Viehhändlern unter städtischer Aufsicht auf dem Viehhof Beschäftigten und andere mehr. Rechnet man diese Kategorien hinzu, so wird die schon an sich erstaunlich hohe Anzahl von 2350 ohne Versicherung gegen Krankheit oder Unfall in städtischen Diensten Beschäftigten sich auf etwa 4000 erhöhen. Wie dringend es ist, daß hier endlich, dem Antrage unserer Genossen im Nothen Hause entsprechend, Wandel geschaffen werde, zeigt deutlich der Fall Völlner. Freilich läßt sich auch auf diesem Gebiete von der liberalen Freisinnigkeit allzuviel sozialpolitisches Verständnis und Pflichtgefühl nicht erwarten. Empfindlich dürfte sie indes denn doch für die Einsicht werden, daß die Armenlast und damit die Steuerlast immer mehr wachsen muß, je mehr die sozialpolitischen Pflichten der Stadt vernachlässigt werden. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden den Antrag auf Fürsorge für die Fälle von Krankheit und im Dienst der Stadt vorgekommenen Verunglückungen wiederholen und darauf dringen, daß auch endlich die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die 25453 Hausindustriellen, die Berlin nach der Berufszählung von 1895 aufwies, zur That werde. Wer für diese Fürsorge ist, unterlasse es nicht, bis zum Wahltage rastlos insbesondere die Indifferenten aufzurütteln, damit am 8. November die alten Elche in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung behauptet, neue hinzuerobert werden und so die Möglichkeit einer sozialpolitisch gerechtem Stadtverwaltung erhöht werden.

Verfassungen.

Für den 10. Kommunal-Wahlbezirk fand am Freitag Abend eine Versammlung in Haber's Brauerei in der Bergmannstraße statt. Der Kandidat für diesen Bezirk, Genosse Koblentz, wies in seinem Referat über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen auf die Bedeutung derselben gerade in diesem Bezirk hin, wo die Gegner unserer Partei, wenn auch sonst sich belämpfend, sich diesmal vereinigten, um ihren „gemeinsamen Kandidaten“ durchzubringen. Redner bespricht des weiteren die von unserer Partei in der Stadtverordneten-Versammlung bisher vertretenen Forderungen zc., die unter den gegenwärtigen Verhältnissen schon längst durchgeführt sein müßten. Im 10. Bezirk werde der Kampf gegen die vereinigten Gegner ein besonders harter werden für unsere Partei; mithin sei es Pflicht aller beizustehenden Genossen, bei der Wahl am Montag ihre ganze Kraft einzusetzen, damit dieser Bezirk wie bisher nur von unserer Partei im Nothen Hause vertreten werde. (Vehementer Beifall.) Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Der Vorleser erbat noch nachmals die Genossen, bei der Vertheilung der Flugblätter am Sonntag sowie bei der Wahl am Montag sich recht eifrig und zahlreich zu betheiligen.

Ueber die Thätigkeit der Sozialdemokratie im Nothen Hause referierte Genosse Vorkmann in einer öffentlichen Kommunalwähler-Versammlung des 12. und 14. Kommunal-Wahlbezirks, die am 6. November in der Urania, Wangelstr. 9/10, stattfand. Er entwickelte in kurzen Zügen den Standpunkt, der seitens der Vertreter der Arbeiterklasse im Nothen Hause zu allen sozialpolitischen Forderungen eingenommen wird. Nicht nur eine Reihe von Verschlechterungen wurden verhindert, es wurden auch eine ganze Reihe Verbesserungen geschaffen. In der Diskussion erklärte der sozialistische Rechtsanwalt Knopf, nicht eigentlich der Gegner zu sein, auch keinen vorbereiteten Vortrag halten zu können. Er versuchte im übrigen aus dem Referat unseres Genossen Vorkmann Widersprüche herauszukonstruieren, zweifelte einige Behauptungen im Referat an, erklärte ferner, daß die Freisinnigen im Nothen Hause durchaus nicht Gegner der Sozialdemokraten seien, und daß sie sich mit ethischen Mitteln gekämpft, kein Klasseninteresse, sondern das Interesse der Allgemeinheit vertreten hätten. Dem Genossen Vorkmann war es ein Leichtes, die von Herrn Knopf angebrachten Behauptungen mit einer Fülle von Beweisen zu belegen. Nachdem noch einige Genossen im Sinne des Referats ihre Meinung dargelegt, und eine Reihe von Beweisen zu den angebrachten Behauptungen hinzugefügt hatten, gab Genosse Scholz eine recht heitere Geschichte zum besten über eine Versammlung freisinniger Herren im 12. Bezirk, die unter Ausschluss der Sozialdemokraten getagt hatte. Doct habe man beschloffen, dem Genossen Singer den Hausbesitzer Schulte gegenüber zu stellen. Niemand aber habe sich bereit finden lassen, irgend eine Wahlarbeit zu übernehmen, kaum ein paar Mark habe man zusammengebracht zur Aufertigung von Truchföhen. Die Versammlung, von 17 Personen besucht, worunter ein aus Versehen geladener Sozialdemokrat, habe die ganze Hoffungslosigkeit des Freisinnigen gezeigt.

Für den 38. Kommunal-Wahlbezirk fand am Freitag Abend eine guldensche öffentliche Versammlung im großen Saale der Norddeutschen Brauerei statt. Das einleitende Referat hielt Genosse Stadthagen, der in vortrefflicher Weise das Wirken der „freisinnigen Arbeiterminister“, der Majorität im nothen Hause, kritisierte. Den Vertretern der Arbeiter in diesem Parlament sei es trotz ebemaliger Verhöhnung seitens der Vertreter der bürgerlichen Parteien doch gelungen, Verbesserungen in der Verwaltung für die Kommune Berlin durchzuführen und die gebührende Achtung sich zu verschaffen. Nachdem Redner auch das Verhalten der sich „liberal“ nennenden „Stadtver.“ gegenüber den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion, sowie auch das seitens der Gegner lachende Wahlflugblatt einer eingehenden herben Kritik unterzogen hatte, gab er schließlich der Meinung Ausdruck, daß es bei ausgiebiger Betheiligung an den Wahlen seitens des erwerbsthätigen Volkes gelingen müsse, den fraglichen Bezirk für die Sozialdemokratie zu erobern. (Beifall.) Der Kandidat, Genosse Hilgenfeld, ergänzte die Ausführungen des Referenten in etlichen Punkten, ebenso betheiligten sich mehrere Redner im Sinne des Referats, die vorzugsweise den letzten Vorkommnissen auf dem Gebiete der Prügelpädagogie längere Betrachtungen widmeten. Nach einem fernigen, oftmals beifällig unterbrochenen Schlusswort des Genossen Stadthagen und der Aufforderung des Vorstehenden, rege an den Mitarbeitern für die bevorstehenden Wahlen sich zu betheiligen, erfolgte der Schluss der imposanten Versammlung.

Ein gut besuchte öffentliche Versammlung der Maurer tagte am Freitag im Louisenstädtischen Konzerthause, in der Metallarbeiter Massalisch über den Streik der Maschinenbauer in England und seine Bedeutung für die deutschen Arbeiter referierte. Den interessantesten Ausführungen des Referenten, die mit lebhaftem Beifall von den Versammelten aufgenommen wurden, folgte eine längere Diskussion, in der alle Redner das wärmste Interesse für die um den Achtstundentag kämpfenden Brüder in England bekundeten. Außer einer Resolution, in der die Versammlung den Streikenden die vollste Sympathie zusichert und moralische sowie finanzielle Unterstützung verspricht, die einstimmig zur Annahme gelangte, wurde beschlossen, 1000 Mark aus dem Streikfonds der Berliner Maurer an die englischen Metallarbeiter abzuführen. Hieraus erhaltete Friedrich für die Lohnkommission den Situationsbericht über den Stand der Bewegung. Aus demselben war zu entnehmen, daß seit der letzten Versammlung wieder mehrere Arbeitenniederlegungen auf verschiedenen Bauten, theils wegen angelegentlich Lohnreduzirungen, theils aus anderen Gründen stattgefunden haben. Auf einigen Bauten wurde nach ganz kurzer Dauer der Arbeitseinstellung der Stundenlohn von 60 Pf. erzwungen und in einigen anderen Fällen infolge des energischen Widerstandes der Arbeiter das Annehmen der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, zurückgewiesen. Nur in einem Fall endete die Bauverrie erfolglos und zu Ungunsten der Arbeiter und zwar, wie behauptet wurde, durch das Eingreifen der Polizeibehörde. In diesem Falle soll die Polizei, über deren Verhalten zu Gunsten der Unternehmer allgemein Klage geführt wurde, nicht nur die Streikenden verhindert haben, ihre Kollegen von dem Stande der Dinge auf dem betreffenden Bau zu unterrichten, sondern sie verhaftete auch eine Anzahl Arbeiter, denen von der Bauverrie gar nichts bekannt war und die lediglich die Strafe, in der sich viele Bauten befinden, passierten, um Beschäftigung zu suchen. Auch das Verhalten einiger „Arbeitswidiger“, die sich im Einverständnis mit dem Unternehmer sogar mit Revolvern bewaffnet haben, wurde einer herben Kritik unterzogen und die Versammelten von den verschiedenen Rednern aufgefordert, sich in keiner Weise und von niemanden provozieren zu lassen, sondern wie bisher in ruhiger und wohl überlegter Weise im Interesse der Bewegung zu handeln. Es konnte noch mitgeteilt werden, daß die Bauhätigkeit gegenwärtig noch eine verhältnismäßig günstige ist und dem zufolge auch die Ertragsverhältnisse der Lohnbewegung aufrecht erhalten werden könnten. Im Laufe der nächsten Woche soll wieder eine allgemeine Baukontrolle vorgenommen werden, um die Zahl der Bauten und die darauf eingeführten Arbeitsbedingungen festzustellen. Das Bureau der Lohnkommission soll von nun an um 7 Uhr abends geschlossen werden. Am Dienstag, den 9. November wird bei Keller, Koppenstraße, eine große öffentliche Versammlung stattfinden, in der das gesamte Material über die Mißstände auf den Bauten bekannt gegeben wird. Als Beitragssammler für den Südosten wurde Kowia gewählt. Nachdem Silber-Schmidt noch über die Ausperrung der Stettiner Maurer ausführlich berichtet und das rigorose Vorgehen des dortigen Unternehmertums in treffender Weise geschildert hatte, wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag Vormittag eine Versammlung für die Verbandsmitglieder bei Cohn, Weiststraße, stattfindet und zum

Schluss zur regen Agitation und zur Betheiligung an den Stadtverordnetenwahlen aufgefordert.

Die Frage der Zentralisation der Orts-Krankenkassen Berlins wurde am Freitag in einer Versammlung, die von Vorstandsmitgliedern fast aller hiesigen Orts-Krankenkassen besucht war, besprochen. Die am 21. Januar 1894 eingesetzte Kommission zur Herbeiführung der Zentralisation hat — wie der Referent K. H. Mann berichtete — im Laufe der Zeit mehrere Verhandlungen mit Vertretern der Aufsichtsbehörde in dieser Angelegenheit gehabt, ohne daß die Zentralisation ihrer Verwirklichung näher gekommen wäre. Während anfangs die Behörde dem Gedanken der Zentralisation geneigt schien, habe es jetzt den Anschein, als ob sie nichts von einer Zentralisation wissen wolle. Das gehe aus dem Schlusspassus des von der Gewerbe-Deputation des Magistrats an die Vorstände der Ortsklassen gerichteten Schreibens (in Nr. 258 des „Vorwärts“ veröffentlicht) hervor, wo ausdrücklich darauf hingewiesen werde, daß die Zentralisation nicht ohne Opfer einzelner Klassen erreicht werden könne. Nach diese Andeutung solle wohl den Kassennmitgliedern eine Abneigung gegen die Zentralisation eingebläht werden. Was aber dieser Ausspruch des Magistrats nicht mache, das mache der „Vorwärts“, welcher schreibt: „Wie wir hören, haben mehrere der hiesigen Krankenkassen-Vorstände diese Anfrage bereits beantwortet, und zwar, wie voranzusehen, in ablehnendem Sinne.“ Das sei doch ein Wink mit dem Zaumfahl, um von der Zentralisation abzurathen. Das thue der „Vorwärts“, der doch in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung für Zentralisation sei. (Die Schlussfolgerung des Redners, als ob wir uns mit Vorliebe gegen die Zentralisation haben aussprechen wollen, ist durchaus falsch. Wir sind vielmehr der Meinung, daß es den dazu berufenen Organen überlassen bleiben muß, zu entscheiden, welche Form der Organisation die den Interessen der Kassennmitglieder dienlichste ist. Red. d. „Vorw.“) Der Redner ersuchte die Kassenvorstände, sich jetzt darüber auszusprechen, ob sie noch für die Zentralisation seien. Wenn das nicht der Fall wäre, dann sei das Weiterbestehen der Kommission überflüssig. Zur Zeit sei die Zentralisation unter Erhaltung der Selbstverwaltung, wie sie die Ortsklassen augenblicklich haben, noch möglich. Nach 5—10 Jahren könnten die Klassen vielleicht zwangsweise zentralisiert und ihnen gleichzeitig die Selbstverwaltung genommen werden. In der angebrachten Debatte sprachen Buchbindermeister Augers, Buchdrucker Maguan und Günther, Steinbrüder Stuhlmann, Graveur Ludwig, Gastwirth Hilpert, Klempner Winter und Mechaniker Schlenker gegen die Zentralisation. Die Redner hoben hervor, daß man sich für die Zentralisation nicht entscheiden könne, weil dieselbe jedenfalls nur unter Aufsicht der Selbstverwaltung zu erreichen sei, daß sowohl die Leistungen, wie die Unterhaltungsarbeiten der neuen Zentralkasse geringer sein würden, wie diejenigen verschiedener Ortsklassen, und also die Mitglieder der letzteren durch Uebergang zur Zentralisation geschädigt werden würden. Solche Opfer wären doch für die geringen Vortheile, welche eine Zentralisation möglichenfalls biete, zu schwer, auch könne man über die Zentralisation erst reden, wenn ein bestimmter Plan über die Form und die Bedingungen, unter denen sie vollzogen werden solle, vorliege. Einige Redner deuteten auch an, hinter den Zentralisationsbestrebungen stecke wohl das Verlangen nach freier Arztwahl, oder wohl gar der Verein freigelegelter Kassenärzte. Gegen diese Annahme verwahrten sich jedoch die Kommissionsmitglieder ganz entschieden. Außer dem Referenten sprachen die Kommissionsmitglieder Dähne und Büchel für die Zentralisation, sowie ein Vorstandsmittglied der zentralisirten Orts-Krankenkasse zu Dresden. Dieser Redner legte in längeren Ausführungen dar, daß die Dresdener Kasse unter der Zentralisation sehr gut dastehende, sie habe sehr günstige Bedingungen mit Verzetn und Apothekern vereinbart, ein Heim für Gensende erbaut und die Errichtung eines zweiten Heims in Aussicht genommen. Die Kasse habe die Einziehung der Beiträge zur Alters- und Invalidenversicherung mit übernommen, und deshalb zwei Magistratsbeamte zur Leitung der Geschäfte ständig in ihrem Bureau sitzen, ohne daß die Selbstverwaltung auch nur im geringsten beschränkt werde. Einen Beschluß sagte die Versammlung nicht. Nachdem schon vor dem Ende derselben etwa drei Viertel der Anwesenden den Saal verlassen hatten, ersuchten K. H. Mann und Dähne die Kassenvorstände, die Frage der Zentralisation vor das Forum der Mitglieder zu bringen, jedenfalls aber das Schreiben des Magistrats nicht eher zu beantworten, als bis sie die Ansicht ihrer Mitglieder gehört haben.

Der Verband der Graveure, Ziseleure zc. hielt am Dienstag, den 2. November, eine Versammlung ab. Der Vorsitzende gebietet die Eintritt in die Tagesordnung des verstorbenen Reichstags-Abg. Grillenberger und erbt die Versammlung denselben in der üblichen Weise. — Im Arbeitsnachweis haben sich 35 Ziseleure und 29 Graveure gemeldet, während offene Stellen für 14 Ziseleure und 49 Graveure vorhanden waren. Eine rege Diskussion entspann sich über das Thema Vergnügungsvereine und Fachvereine, in der das abneigende Verhalten einzelner dem Fachverein gegenüber kritisiert wurde, während denselben namentlich der sich immer mehr entwickelnde Sport eine willkommenen Gelegenheit zu Vereinsmeierien bietet. — Ein Antrag, die bisher bestehende Geschäftsordnung für unzulässig zu erklären, erhält die Zustimmung der Versammlung. Zum Expedienten für die Fachzeitung wird B. W. E. gewählt. — Des weiteren giebt das Veranigungs-Komitee Bericht über seine bisherige Thätigkeit. Aus den Verhandlungen ergiebt sich ein Ueberschuss von 21.30 M. Nachdem noch auf die am 9. November stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht wurde, erfolgte der Schluss der Versammlung.

Eine überaus gut besuchte Versammlung, so wie sie Spandau wohl noch nie gesehen, tagte am Freitag Abend im großen Saal der Fichelsdorfer Brauerei; etwa 1000 Personen waren anwesend. Der Referent, Genosse Singer, der bei seinem Eintreten in den Saal von stürmischen Hochrufen begrüßt wurde, sprach über die Bedeutung der Stadtverordneten-Wahlen für die Arbeiterklasse. Als gutes Omen für die am Sonntag stattfindende Wahl bezeichnete er den starken Versammlungsbesuch. Er schäuferte alsdann das Dreiklassen-Wahlssystem, unter welchem nicht Intelligenz und guter Charakter, sondern nur das mehr oder minder große Portemonnaie ausschlaggebend sei. Redner verbreitete sich dann über unsere Forderungen auf dem Gebiete der Armen- und Krankenpflege, der Schule zc.; als unsere Pflicht bezeichnete er es, dafür zu sorgen, daß die wirtschaftlich Ausgeburteten, welche gezwungen sind, die Armenpflege in Anspruch zu nehmen, nicht hierdurch ihre politischen Rechte einbüßen. Weit mehr als bisher müsse sowohl in hygienischer als pädagogischer Hinsicht für die Schule gethan und eine allgem. ein Volksschule geschaffen werden, damit nicht schon in den jungen Jahren der Kinder die Klassengegensätze gepflegt werden. Im letzten Jahrzehnt sei deshalb von unserer Seite eifrig der sozialdemokratische Boykott in die Stadtparlamente verpflanzt worden und so müsse es in Spandau ebenfalls nach besten Kraft geschehen. (Stürmischer Bravo.) Genosse Dutschak bekannte, daß die Kriegervereine an jedes einzelne Mitglied noch ein Rundschreiben betr. die morgige Wahl verandt und zugleich zu einem Tanzkränzchen am Wahlabend eingeladen hätten. Wir müßten dafür sorgen, daß wir den Herren hierzu eine passende Musik stellen.

Zentralverband der Konditoren. Sonntag, den 7. d. M., findet nachm. 4 Uhr bei Schiller, Rosenballestr. 67, eine Mitgliedsversammlung statt. Bitte mitkommen.
Privat-Theaterverein „Erosende“. Heute nachm. 5 Uhr Theaterauff. in Sitzung.
Maurer-Katholiker-Verein. Heute abends 7 Uhr im Vereinslokal W. Meißel, Cde. Sauerb. Str. 21, Vortrag des Herrn Dr. med. Birkfeld über: „Krankheitsrisiken mit besonderer Berücksichtigung der Lungenschwindsucht. Entree 15 Pf.
Theaterverein „Cata-Cata“. Heute nachm. 4 Uhr bei Jonas, Cde. Sauerb. Str. 42, Generalversammlung.

Orts-Krankenkasse

der Bildhauer, Stuckateure und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Montag, 15. Nov., abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal Kamenstr. 16 (oberer Saal):

Ordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung: 1. Ergänzungswahl: 1. Vorstandsmitglied (Arbeitsgeber), 2. Arbeitnehmer. — 2. Wahl: 3. Aufsichtsmitglieder zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1897. — 3. Aenderung der §§ 13 u. 29 des Statuts. — 4. Erhöhung des Beitrags für 2 Klassenbezieher. — 5. Verschiedenes. 39/11

Berlin, den 6. November 1897.

Der Vorstand: F. A.: J. Sauer, Vorsitzender.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

(Verwaltung Berlin D.)

Samstag, den 7. Novemb. 1897.

Samstag 10 1/2 Uhr, im oberen Saal der Kronenbrauerei, Mittelstraße 47/49.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Abrechnung vom III. Quartal, Kassensachenheiten, Verschiedenes.

182/15 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Weber und verwandten Gewerbe.

Die Herren Delegierten, Arbeitsgeber und Mitglieder werden hierdurch zu einer ordentlichen

General-Versammlung auf Sonntag, den 14. Novbr. 1897, vormittags 10 Uhr,

in Hotel 's Lokal, Brudstr. 36a, ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung:

a) In getrennter Versammlung: Ergänzungswahl des Vorstandes von den Arbeitgebern nach §§ 37 und 38 des Statuts für 1898/99.

b) In getrennter Versammlung: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes von den Mitgliedern nach §§ 37 und 38 des Statuts für 1898/99. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes von den Mitgliedern nach § 39 des Statuts für 1898.

c) In gemeinschaftlicher Versammlung: 1. Wahl von drei Revisoren zur Überprüfung der Jahresrechnung pro 1897. 2. Verschiedenes.

Berlin, den 7. November 1897.

Der Vorstand: C. Spann, P. Stenmler, Vorsitzender. Schriftführer.

Orts-Krankenkasse

d. Zigarrenmacher, Zigarrenfortirer u. deren gewerblicher Hilfsarbeiter zu Berlin.

General-Versammlung

Donnerstag, den 18. Nov. abends 8 Uhr, im Restaurant Rollig, Rosenhagenstr. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. 3. Rechnung für sechs ausstehende Vorstandsmitglieder. 4. Wahl einer Kommission zur Überprüfung der Jahresrechnung. 5. Zentralisation der Ortskrankenkassen Berlins. Anträge.

Die Generalversammlung der Herren Vertreter der Arbeitgeber findet um 6 Uhr abends in oben genanntem Lokal statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Rechnung für drei ausstehende Vorstandsmitglieder.

Der Vorstand.

Ordentl. General-Versammlung der Orts-Krankenkasse der Steinhauer zu Berlin

am Sonntag, den 11. November 1897, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Gröndel, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl der Vorstandsmitglieder nach § 48 des Statuts. 2. Wahl von drei Revisoren. 3. Beratung über die Einstellung der vierjährigen Lohnliste. 4. Stellungnahme zur Zentralisation der Orts-Krankenkassen Berlins. 5. Verschiedenes und Kassensachenheiten. 17208

F. Hennig, A. Renner, Schriftführer. Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse

der Uhrmacher Berlins.

Die ordentliche

Generalversammlung

findet Freitag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr bei Brochnow, Sedanstraße 39, statt.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des Vorstandes (6 Arbeitnehmer, 3 Arbeitgeber). 2. Wahl von 3 Mitgliedern zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 3. Beschlußfassung über die Aenderung des § 2 III, 3 des Statuts: Streichung der Worte: sowie der Handlungsschritte und Verträge. 4. Antrag auf Erhöhung der Unterstützungsbeträge von 36 auf 40 resp. 62 Wochen. 5. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand: G. Pätz, Vorsitzender.

NB. Das Leitungsbuch ist als Kundeschein vorzulegen. 17058

Milch-Geschäft

17078

mit Rolle, verbunden mit gutem Kaufmannsgeschäft, 180 Rother in Gaus, verkauft. Adr. „Frey“ Postamt 18.

Echtes AUER-Licht

Der Preis der Glühkörper beträgt jetzt

1 Mark

Complete Apparate 5 Mark.

Juwel-Brenner,

ein kleinerer Apparat, besonders geeignet für kleinere Räume,

Treppen, Corridore, Küchen, Kronleuchter

die billigste Beleuchtung, die existirt

3 Mark 50 Pf.

Glühkörper dazu 75 Pfennig.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft

BERLIN C., Molkenmarkt 5.

Verkaufsstellen in allen Stadttheilen.

Das seit 1862 bestehende

Gewerks- u. Logierhaus

(früher Kranenstraße 11)

besteht sich jetzt 17226

78 Markgrafenstraße 78.

Amandus Zöls, Vogtweirh.

Solde Preise. Sondere Verlein. Konstante Bedienung.

Bald unmöglich!

Aber doch bin ich im Stande, durch

billigen Gelegenheits-Einkauf großer

Winterschuhe, Knäuel, reines

Kammgarn, für 30 M., Paletots für

24 M., Hüfen für 6 M., zu liefern.

Bertrag Knäuel für 11 M., Paletots

für 10 M., Joppen 4 M., Hüfen von

1,50 M. an; eigenes Fabrikat. Auch

wer Stoff hat, fertige Knäuel nach

Maß, beste Putzwaren, engl. Schnitt,

für 15 M. Bei Einkauf von 10 M.

fertiger Sachen eine Dose gratis.

32552* Marrenstraße 32, part.

Wachtung, Muscheln!

Kosmann's zoologische Groß-

handlung empf.: Dorschling, Rochter-

gallen, Doppelschlag, 7 M., 800 Wad-

wölge, Finken, Heilige, Bachstauden 75 Pf.

Wachteln, Strohziegel, Tiegeln, Eisen-

Geräte, Stange 1,50 M., Röhre 2,50 M.,

Wasserpapagenel 2,25 M., Wellen-

stiche, Singdrosseln 4 M., Gold- und

Schneidmesser, Fische, Macropoden,

Küchengeräte. Edle Garzer Keller 4 bis

20 M., Weinleidererstr. 64, Bahnh-

hof Wedding. II. Gesch. Parthalle

Wedding Nr. 276. Kaufe Papagenel,

Kanarienvogelchen. 17236

Fahrräder

Stets großer Lager existirt. Fabri-

kate zu billigen Preisen auf

Theilzahlung

zu d. konstanten Zahlungsbedingungen.

Reparatur-Auslast

aller Systeme. 180049

Adomeit & Landau,

Lothringer-Straße 48,

dicht am Rosenhagen Thor.

Brockhaus', Meyer's

Verlein, Bremen's Theater, Kleinfir,

Wettbewerben und andere Werke jeder

Wissenschaft bezieht und, fast in

quantitat. Kochstraße 66. 3/16

Alleider machen Leute!

Das

Internat. Bekleidungs-Compagnie

Berlin C., Spandauerbrücke 1a

macht hiermit einem weithin Publikum die ganz ergebene Mitteilung, daß

sie das gesamte Waarenlager eines hiesigen

Herren-Garderoben Engros-Geschäfts

zu einem Spottpreise erstanden und bietet dem verehrten Publikum Gelegen-

heit, soweit der Vorrath reicht, seinen Bedarf an

Herren- u. Knaben-Garderoben

Spez.: Joppen, Winter-Ueberzieher, compl. Herren-

Anzüge, Burschenanzüge, Knabenanzüge, Hohen-

zollernmäntel, Pellerinenmäntel, Stoff-, Leder-

und Zwirnhosen

zu außerordentlich erntennend billigen Preisen bei der

Internationalen Bekleidungs-Compagnie

Berlin C., Spandauerbrücke 1a

zu erheben.

Streng reell, gute Arbeit, konstante Bedienung nur

Berlin C., Spandauerbrücke 1a.

Auf Theilzahlung!

Schlag-Regulat, 14 L. geb. 18 M.,

Stid. Detten-Reinigerstr. 16

Uhrmacher

Charlottenstraße Nr. 15.

Reinigungsmittel.

Echt chinesische

Mandarinendaunen

das Pfund Mk. 2,85

nachweise Daunen wie alle in-

ländische, garantiert neu und

frisch, in Farbe ähnlich den

Edelhaaren, anerkannt fäh-

ig, leicht und haltbar; 3 Pfund

genügen zum großen Ober-

bett. Zuwendende Anfertigungs-

schreiben. Verpackung umlohnf.

Verwand gegen Nachn. von der

ersten Seiffedernfabrik

mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig,

Berlin S., Wilmersstraße 14.

Man verlange Preisliste.

Gardinen=

Restor-Ausverkauf

Älterer Muster in weiß und rot, zu

1-4 Personen passend, vorzüglich in dem

Gardinenfabrik-Lager von

Bruno Güther,

Berlin O., Grüner Weg Nr. 80

part., Eing. vom Platz (kein Laden).

Reisende treffen täglich ein.

Proben nach außerhalb portofrei.

Alfred Gelschäft mit täglicher Ein-

nahme von 90-100 M. durch außer-

gewöhnl. Verhältnisse 3. Einrichtungs-

wert, 800 M., vert. Reanberstr. 16, Berlin.

Bitte Annoncen einfinden!

Weltbekannt

durch unübertroffene Güte und Billigkeit sind die Fabrikate der

Stahlwaaren-Fabrik C. W. Gries, Solingen.

Die Firma verleiht an die Peter des „Vornort“ zur Probe unter Garantie gratis

Einmalen oder öfters nehmen in Solingen.

1 hochfeines Taschenmesser ver. 726, wie Zeichnung, mit feinem, echtem Verzinktmetall und prima Messer-Beilage, mit 3 Klängen

aus feinstem Diamantstahl geschliffen und Korzeher, feinste Polier, per Stück Mk. 1,80. 1 feines Glacéleder-Gesäß dazu

Mk. 0,25.

Nichtgewünschte bitte zurückzusenden.

Franko-Einsendung des Betrages oder Retourendung innerhalb 10 Tagen.

Wohnort und Poststation (leerlich): Name und Stand (recht deutlich):

Erste und älteste Fabrik am Platze, die direkt an Private versendet. Jedes Messer trägt meinen Fabrikstempel.

Versand sofort ab Lager. Neueste große Preisliste mit Zeichnungen sämtlicher Stahlwaaren und Handhaken.

Artikel zc. wird umsonst und franko versendet. 1012*

Ein Brief aus Amerika (mit der Adresse Frau Schulz, Drangelstr. 72) ist Donnerstag, abends von 6-7 Uhr, im Stadtbahnhof (Waldhauerstraße - Moabit) liegen geblieben. Um gefällige Zurückgabe derselben an Frau Schulz wird höflich gebeten.

Roh-Tabak

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Feine helle Sumatrad v. 1,50 M. an

Oberortierungen 2-2,50 M. Vorzüg-

liche Blättige Tabak von 80 Pf. an

Größe von 80 Pf. Prima Carmen,

großblättrig, schöner Brand, 1,05 M.

Paraguay, augenblicklich billige u.

beste Einlage, Blattig u. sehr schön im

Gefamnat, 80 Pf. Deutsche Tabake zu

billigsten Preisen.

F. Leopold Nachf., Blocken & Cron,

Berlin N.O., Wallstraße 27.

Neleth. Rohabak-Gesch. Berlin.

Roh-Tabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Feine helle Sumatrad v. 1,50 M. an

Oberortierungen 2-2,50 M. Vorzüg-

liche Blättige Tabak von 80 Pf. an

Größe von 80 Pf. Prima Carmen,

großblättrig, schöner Brand, 1,05 M.

Paraguay, augenblicklich billige u.

beste Einlage, Blattig u. sehr schön im

Gefamnat, 80 Pf. Deutsche Tabake zu

billigsten Preisen.

P. E. Platt & Söhne,

Brunnenstr. 197 (am Rosenhagen

Thor), 20900*

Roh-Tabak

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Feine helle Sumatrad v. 1,50 M. an

Oberortierungen 2-2,50 M. Vorzüg-

liche Blättige Tabak von 80 Pf. an

Größe von 80 Pf. Prima Carmen,

großblättrig, schöner Brand, 1,05 M.

Paraguay, augenblicklich billige u.

beste Einlage, Blattig u. sehr schön im

Gefamnat, 80 Pf. Deutsche Tabake zu

billigsten Preisen.

Heinrich Frank,

Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185

Roh-Tabak

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Feine helle Sumatrad v. 1,50 M. an

Oberortierungen 2-2,50 M. Vorzüg-

liche Blättige Tabak von 80 Pf. an

Größe von 80 Pf. Prima Carmen,

großblättrig, schöner Brand, 1,05 M.

Paraguay, augenblicklich billige u.

beste Einlage, Blattig u. sehr schön im

Gefamnat, 80 Pf. Deutsche Tabake zu

billigsten Preisen.

Zeun & Ellrich

Rödelbergstr. 67, nahe Brunnenstr.

Roh-Tabak

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Feine helle Sumatrad v. 1,50 M. an

Oberortierungen 2-2,50 M. Vorzüg-

liche Blättige Tabak von 80 Pf. an

Größe von 80 Pf. Prima Carmen,

großblättrig, schöner Brand, 1,05 M.

Paraguay, augenblicklich billige u.

beste Einlage, Blattig u. sehr schön im

Gefamnat, 80 Pf. Deutsche Tabake zu

billigsten Preisen.

Max Jacoby

Streititzerstrasse Nr. 52.

Winter-Paletots

in eleganter Ausführung und

guten Stoffen 10, 12, 25

Achtung, Parteigenossen! Maurer Berlins und Umgegend.

Montag, den 8. November, abends 8 Uhr:

Oeffentl. Versammlungen.

- 2. Kreis: „Königshof“, Bülowstr. 38. (10. Wahlbezirk): Fritz Zubell, Lindenstr. 106.
- 3. Kreis: Brochnow's Salon, Sebastianstr. 39.
- 4. Kreis (Süd-Osten): „Urania“, Wrangelstr. 9-10. Brüder, Waldemarstr. 75.
- 4. Kreis (Osten): „Königsbank“, Grosse Frankfurterstr. 117.
- 6. Kreis (34. Wahlbezirk): Hensel's Salon, Invalidenstr. 1a. (32. Wahlbezirk): Wernau, Schwedterstr. 23-24. (38. Wahlbezirk): Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58. (40. Wahlbezirk): Ahrens' Brauerei, Thurmstr. 26.

Tages-Ordnung:

Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Achtung! 1. Wahlkreis. Achtung!

Montag, den 8. November 1897, abends 8 1/2 Uhr, bei Stabernack, Inselstr. 10:

Wahlvereins-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Bernheim, 2. Diskussion, 3. Bekanntgabe des Wahlergebnisses, 4. Vereinsangelegenheiten. Hierhermit geben wir bekannt, daß am Sonnabend, den 27. November ein Familienfest des Wahlvereins in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 30, stattfinden wird. (236/12) Der Vorstand.

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, 7. November, abds. 6 1/2 Uhr, bei Zubell, Lindenstr. 106:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Dr. Borchardt über: Marx'sche Werththeorie. Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein und Tanz. Die Vertrauensperson. 212/15

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Montag, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, im blauen Saale des Hotel Alexanderplatz, Eingang Neue Königsstr.:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadts Bruns über: „Kommunalsocialismus“, 2. Diskussion, 3. Bekanntgabe des Resultats der Stadtverordnetenwahlen, 4. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. Gäste sind willkommen. Die Kommunalwähler des 28. Bezirks sind ganz besonders eingeladen.

Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 25. und 26. Wahlbezirk

am Sonntag, den 7. November 1897, mittags 12 Uhr, bei Haase, Grosse Frankfurterstrasse 117.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Stadthagen über: „Her mit dem Nothen Haus“, 2. Diskussion. 216/15

Um zahlreichen Besuch bittet

Das Wahlkomitee.

32. Kommunal-Wahlbezirk.

Sonntag, den 7. November, mittags 12 Uhr, im Saale der „Brauerei Königstadt“, Schönhauser Allee:

Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadtverordneter August Jacobey und der Kandidat des 32. Wahlbezirks Johannes Timm. Um recht zahlreichen Erscheinen ersucht 221/1

Das Wahlkomitee.

Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 34. Wahlbezirk

am Sonntag, den 7. November, mittags 12 Uhr, in Hensel's Salon, Invalidenstr. 1a.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen. Referent: Genosse Müller. 2. Diskussion. 220/19

Um zahlreichen Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Moabit! Moabit! Kommunalwähler-Versammlung des 40. Bezirks

Sonntag, den 7. November, mittags 12 Uhr, in Ahrends Brauerei, Thurmstr. 26.

Tages-Ordnung: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadts Vogtherr und Rechtsanwalt Helms. Freie Diskussion.

Montag, den 8. November, abends 9 Uhr, in Ahrends Brauerei, Thurmstr. 26: Versammlung.

Tages-Ordnung: Verkündigung des Wahlergebnisses. Die Vertrauensperson. 220/20

Graveure, Ciseleure.

Dienstag, den 9. November, abends präz. 8 1/2 Uhr: Oeffentliche Versammlung „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45, a. d. Prinzenstraße. Tages-Ordnung: 1. Beschäftigungsbedingungen im Groß- und Kleinbetrieb. Referent: Genosse Dupont. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 149/10

Um zahlreichen Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann.

Achtung! Dienstag, den 9. November, abends 8 Uhr: Grosse öffentliche Maurerversammlung

in Keller's großem Saal, Köpenstraße 29.

Tages-Ordnung: Beachtung der Lohnkommission über die am 2. September beschlossene und nunmehr statgehabte Festsetzung der Mischände auf den Bauten und Diskussion über die zur Abstellung derselben notwendigen Reformvor schläge.

Durch die Festsetzung sind wahrhaft schauerhafte Zustände in Bezug auf Handlöhne, Aborte und Mischände an das Tageslicht befördert worden, welche in gedrangter Kürze in einer Broschüre zusammengefaßt worden sind. Selbige kommt in der Versammlung zur unentgeltlichen Vertheilung.

Da nun die Frage der Befestigung der Mischände auf Bauten alle Berufe des Bauwesens interessieren dürfte, so laden wir hiermit alle Vertreter der Zimmerer, Wagner, Dachdecker, Tischler, Maler, Bauarbeiter, Studienteure, Glaser, Staal, Fliesenleger und Radigputzer zur gemeinsamen Berathung über dieses Thema in dieser Versammlung ein. 299/15

Die Lohnkommission der Maurer.

27. November sofort gratis zu vergeben. 33242* Nieff's Festsäle, Webersir. 17.

Krieger's Festsäle Wasserthorstr. 68 (3092L* empf. feinen Saal für Privatfestlichkeiten, Kränzchen, Vereinen und zu Versammlungen. - Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag: Gr. Ball.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 7. November, abends 7 Uhr, in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstrasse No. 75: Vortrag von Frau Dr. Zepler über: Der Realismus in der Dichtkunst. Nachdem: Gemüthliches Beisammensein und Tanz. Nach dem Vortrage finden nur noch Mitglieder mit ihren Angehörigen Einlass. Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf. Mitglieder und Gäste sind höflichst eingeladen. 6/13

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Bildungsverein „Mehr Licht“

Sonntag, 7. November, abends präzise 7 Uhr, Alexanderstr. 27c: Versammlung. Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Paul Jahr über: Die Entwicklung des Menschengeistes. - Diskussion. - Darauf: Gemüthliches Beisammensein und Tanz. - Gäste sind willkommen. - Zutree 10 Pf. - Garderobe 10 Pf. 57/14

Achtung! Former und Berufsgen.

Dienstag, 9. Nov., ab. 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23: Große öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der Former und Berufsgenossen Berlins nach der Ausperrung. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Agitationskommission, eines Vertrauensmannes und 2 Delegirten zur Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. 63/12

U. Müller, Vertrauensmann der Berliner Former. Kollegen, in Eurem eigenen Interesse liegt es, diese Versammlung Mann für Mann zu besuchen.

Inhaber von Sammelkarten für ausgesperrte Former werden ersucht, dieselben so schnell wie möglich bezugs Fertigkeit der Abrechnung an Unterzeichneten abzuliefern.

G. Poillon, Schulgenossenstr. 18a.

Verband der Maler und verwandten Berufsgegnossen.

(Filiale Berlin I.) Dienstag, den 9. November 1897, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlungen: Zubehören und Beisen bei Hammer, Kalmstr. 39. Moabit, Wedding und Norden bei Bengemann, Palewallstr. 3. Süden, Zentrum und Osten bei Schöning, Köpckestr. 68. Tages-Ordnung in allen Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 125/18

Referenten werden in der Versammlung bekannt gemacht.

Achtung, Rabitzputzer!

Dienstag, den 9. November, abends 8 Uhr, bei Stabernack, Inselstraße 10: Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 252/11

Die Ortsverwaltung. NB. Die regelmäßige Versammlung am Mittwoch nach dem 15. d. M. fällt des Ruhetages wegen aus.

Verband der Tapezierer. Mitglieder-Versammlungen

Filiale Nord: Montag, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Köllig, Rosenthalerstr. 12. T.O.: 1. Vortrag des Herrn G. Doppel über: „Schulreform“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Filiale Süd: Mittwoch, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Jubel, Lindenstraße 106. T.O.: 1. Vortrag der Genossin Frau Kohler über: „Die Lage der Frauen und der Weg zur Besserung“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 177/19

Gäste willkommen. Die Ortsverwaltungen. NB. Die Kollegen werden ersucht, des Vortrages wegen die Rabitzputzer besonders auf die Versammlung im Süden aufmerksam zu machen.

Achtung! Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken u. auf Holzplätzen besch. Arbeiter Deutschlands.

(Filiale Berlin I.) Montag, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, in Wilke's Lokal, Andreas-Str. Nr. 26: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen P. Jahr über: Die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 62/20

Der Vorstand. NB. Die mit dem alten Beitrag stehenden Mitglieder werden ersucht, ihren alten Beitrag zu begleichen.

Musikinstrumenten-Arbeiter! Dienstag, den 9. November, abends 8 Uhr, in Brochnow's Fest-Sälen, Sebastian-Strasse 39: Oeffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Streik der Waldschmiedbauer in England. Referent: Genosse Dittus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Ulten der Gewerkschaftskommission sind beim Unterzeichneten und im Restaurant von Dietrich, Raunauerstr. 78, zu haben. Kollegen, welche noch im Besitz von Bons des früheren Vertrauensmannes sind, werden ersucht, abzurechnen, widrigenfalls die Namen bekannt gegeben werden. 143/14

Der Vertrauensmann: J. Krenzl, Stallgerstr. 103, II.

Volks-Versammlung am Sonntag, den 7. November, vormittags 11 Uhr, im „Königshof“, Bülowstraße Nr. 37: Der Zug nach rechts im Nothen Hause.

Tages-Ordnung: Referent: Stadts Dupont. - Diskussion. Frauen haben Zutritt. 212/4* Rege Theilnahme erwartet

Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin.) Am Montag, den 8. November 1897 Friedrichsfelde Bezirks-Versammlung bei Bube, Prinzen-Allee Nr. 30.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Stulze, 2. Diskussion. 3. Wahl eines Schriftführers. Ertragwahl der Werkstatt-Kontrollkommission. Die Kollegen der Werkstätten von Schmidt, Gebert und Grenzler sind hierdurch eingeladen.

Brandie Parkettbodenleger. Montag, den 8. November, abends 8 Uhr, bei Zubell, Lindenstr. 106: Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Kollegen Klingner. Diskussion. Verschiedenes. Die Kollegen der Firma Kampmeier sind hierzu eingeladen. 288/9

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin.) Montag, den 8. November 1897, abends 8 1/2 Uhr: Bezirksversammlung f. Tegel im Restaurant Müller, Schloßstr. 7/8.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Hassantsch über: Die Entstehung der Religionen. 2. Diskussion. 3. Berichts-Angelegenheiten und Verschiedenes. 4. Nichtmitglieder haben Zutritt. Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 192/3

Die Ortsverwaltung.

Große öffentliche Versammlung aller in der Schubindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 8. November, im Lokal von Märrens, Friedrichstr. 236. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Wagner über: „Industrielle Entwicklung“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung und Neuwahl der Agitations-Kommission. 4. Wahl eines Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 5. Verschiedenes. 188/19

Die Agitations-Kommission.

Große öffentliche Versammlung der Konfektionsarbeiter u. -Arbeiterinnen Berlins und Umgegend

am Dienstag, den 9. November 1897, abends 8 1/2 Uhr, in Granmann's Salon, Raunauerstr. 27 (fr. Henz.) Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen zu dem von der Gewerkschaftskommission angegriffenen Bericht betreffs Abrechnung der Konfektionsarbeiterinnen-Streiks. 2. Rechenschaftsbericht über die von Frau Gubela für sämtliche Gewerkschaften gesammelten Gelder. 3. Hat die Gewerkschaftskommission das Recht, ohne jeden Beweis einer unbescholtenen Person in der Öffentlichkeit ihren christlichen Namen zu nehmen? 4. Diskussion und Verschiedenes. 1704b

Sämmtliche Gewerkschaften, besonders die Lokalorganisation, werden zu dieser Versammlung eingeladen.

Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter! Heute, Sonntag, den 7. November, abds. 6 Uhr: Gr. öffentliche Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: Recht und Gesetz. 2. Die Behandlung der Kalkulier bei der Firma Brasch u. Rothenslein. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Die Vertrauensleute: Dertel und Wolf. Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein mit Tanz

Achtung! Allgem. Orts-Krankenkasse gewerbl. Arbeiter und Arbeiterinnen, Berlin. 2 große Mitglieder-Versammlungen

am Montag, 8. November, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, und am Freitag, 12. November, abends 8 Uhr, in Nieff's Festsälen, Webersir. 17. Tages-Ordnung: 1. Unsere bevorstehenden Delegirtenwahlen. 2. Verschiedenes. NB. Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. 268/9

Die Dreizehner-Kommission. J. A. W. Runath, Feldjägermeisterstr. 4.

Mißstände im Baugewerbe Berlins und Umgegend.

Da auf verschiedenen Bauten den Schutzvorrichtungen, sowie Baubuden, Aborten u. s. w. von dem Unternehmern sowohl wie von den Behörden nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt wird, wählte die öffentliche Versammlung der Bauarbeiter Berlins am 12. September eine Kommission zur Feststellung dieser Mißstände, die zu gleicher Zeit auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter sowie die Löhne festzustellen hatte.

Die Untersuchung erfolgte vom 14. September bis 2. Oktober. Die Kontrolle wurde auf 434 Bauten vollzogen und ergab folgendes Resultat:

Baubuden waren nicht vorhanden auf 22 Bauten, nicht mit Dachpappe abgedeckt auf 2, in nächster Nähe des Abortes befanden sie sich auf 8, zu klein für alle Beschäftigten waren sie auf 7 Bauten. Baubuden mit Fußboden wurden gar nicht angetroffen, mit Dfen ebenföwenig.

Aborte waren nicht vorhanden auf 25 Bauten, ohne Tonnen waren sie auf 14, ohne Dach auf 9, nicht desinfiziert auf 67, zu klein für alle Beschäftigten auf 12, die Tonnen waren überfüllt auf 17, Dach und Wände waren defekt auf 4, zu dicht an der Baubude befanden sich die Aborte auf 6, direkt im Bau auf 8, ohne Ruckelne waren die Aborte auf 48, mit offenem Sitz auf 305 Bauten.

Lohnhöhe.

Akkordarbeiter erhalten pro Tausend Steine mit dazu gehörigem Mörtel:

3,75 M. parterre auf 1 Bau, Arbeitszeit 10 Stunden	
3,25 " " " 2 Bauten, " " " 10 " "	
2,75 " " " 56 " " " 10 " "	
2,50 " " " 20 " " " 10 " "	
2,25 " " " 8 " " " 10 1/2 " "	
2,- " " " 1 Bau, " " " 10 1/2 " "	

Von den Fuhrträgern erhalten pro Woche:

182 Mann 88 M. bei zehnstündiger Arbeitszeit	
5 " 88 " " " " " " "	
5 " 80 " " " " " " "	

Sohnarbeiter erhalten pro Stunde:

30 Pf. auf 9 Bauten, Arbeitszeit 10-11 Stunden	
32 1/2 " " 25 " " " 10 " "	
32 1/2 - 35 " " 289 " " " 10 " "	
35-40 " " 49 " " " 9-10 " "	
37 1/2 " " 55 " " " 10 " "	
45 " " 7 " " " 9-10 " "	
50 " " 8 " " " 10 " "	
52 1/2 " " 1 Bau, " " " 10 " "	
60 " " 1 " " " " 10 " "	

Erdarbeiter erhalten 80 Pf. pro Stunde, Arbeitszeit 10-11 Stunden. Arbeiter bei der Patent-Wölbung erhalten 4 M. pro Tag, Arbeitszeit 9 Stunden. Mabitarbeiter erhalten 40 Pf. pro Stunde, Arbeitszeit 9 Stunden. Reimache-Franen bekommen 20 Pf. pro Stunde bei 9stündiger Arbeitszeit. Starker erhalten 40 Pf. pro Stunde, Arbeitszeit 10 Stunden. Töpfer-träger erhalten 50 Pf. pro Stunde, Arbeitszeit 9 Stunden.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt: Akkordarbeiter 1297, Fuhrträger 150, Sohnarbeiter 2804, Mabitarbeiter 27, Arbeiter an der Patent-Wölbung 65, Töpfer-träger 57, Erdarbeiter 212, Starker 107, Reimache-Franen 25. Diese Untersuchung kann freilich noch durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen, da den Beauftragten die Kontrolle in den meisten Fällen dadurch erschwert wurde, daß die beschäftigten Kollegen entweder jede Auskunft verweigerten oder in betreff der Löhne falsche Angaben machten; ja es ist sogar vorgekommen, daß die Beauftragten mit Schlägen bedroht wurden. Die meisten denkenden Kollegen dagegen haben bereitwilligst über jede Frage Auskunft erteilt.

Mißstände im Baugewerbe.

Wie es mit den Mißständen auf Bauten aussieht, sollen folgende Fälle zeigen.

Auf dem Bau des Unternehmers Töpfer, Hasenhalde, Parzelle 21, wurde das Material mit dem Fuhrstuhl befördert; es fehlte aber an genügender Schutzvorrichtung. Nur da, wo die Arbeiter mit dem Kasten voll Mörtel oder Steinen hineingingen, waren ein paar Rehriegel herangestellt und ein paar Bretter darauf gedeckt. Das waren die ganzen Schutzvorrichtungen. Die Baubude war ein Schuppen, nur mit einer Rückwand versehen, Vorder- und Seitenwand aber fehlten, so daß die Arbeiter, die gezwungen sind, darin ihre Mahlzeiten einzunehmen, nicht nur der Zugluft ausgesetzt sind, sondern bei Regenwetter, das um diese Jahreszeit häufig eintritt, ihnen der Regen ins Gesicht peitscht.

Auf dem Grundstück Friedrichsgracht 48 waren 10 Mann mit Ruckelsteinen beschäftigt; es war aber weder Bude noch Abort vorhanden.

Auf dem Neubau Knefedeckstraße, Rixdorf, Maurermeister Hoppe, war die Baubude nicht mit Dachpappe abgedeckt, so daß bei eintretendem Regenwetter auch diejenigen Sachen, welche die Arbeiter beim Gang von und nach der Baustelle anziehen, ganz durchnäßt sind. Schutzdächer fehlten gänzlich, Unfallverhütungs-Vorschriften waren nicht sichtbar. Der Abort war ohne Dach und nicht desinfiziert.

Auf dem Bau Selchowertstr. 6, Rixdorf, Maurermeister Hildebrand, war die Baubude nicht brauchbar, ohne Stirnwand und ohne Thür. Der Bau war bis zum Knie vorgerückt; es fehlte aber das provisorische Treppengeländer. Unfallverhütungs-Vorschriften waren nicht sichtbar.

Bau Kottbusser Ufer 44-45, Unternehmer Stell: Schutzdächer waren gar nicht vorhanden. Das ganze Parterre, wo nur eiserne Träger liegen, war nicht abgedeckt, nur stellenweise waren ein paar Bretter gelegt, wo man lang gehen konnte. Ebenso waren die Küchenlappen gar nicht und der Treppenspur nur in der vierten Etage abgedeckt; alle anderen Etagen bis hinunter zum Keller lagen frei. Wenn man in solch schwindelnder Höhe die Mauer vielleicht gezwungen sind, auf einer derartigen Abdeckung zu arbeiten, und dann auch der Steinträger noch seine Last darauf hinwirft, so kann es doch leicht vorkommen, daß ein Brett oder ein Rehriegel bricht und die darauf befindlichen Arbeiter in die Tiefe stürzen, um dann entweder todt oder mit zerbrochenen Gliedmaßen von der Baustelle getragen zu werden. Man wird in solchen Fällen ja schnell herbeikommen und das Versäumte nachholen, aber das ist dann leider zu spät. Der Abort bestand aus einer alten Kalkgrube und war nicht desinfiziert, so daß man beim Betreten denselben förmlich zurückprallte.

Bau Keller's Hojjäger, Unternehmer Römisch: Abort ohne Dach, höchst unsauber. Es waren dort noch beschäftigt Fuhr, Töpfer und Moler mit den dazu gehörigen Hilfsarbeitern. Da nun, wenn der Bau soweit vorgeschritten ist, sich auch schon Mietkünstige zur Besichtigung der Wohnungen einfänden, die dann aus den Fenstern sämtliche Vorgänge auf dem Hofe beobachten können, so spricht es doch geradezu der Sittlichkeit Hohn, einen derartigen Abort benutzen zu müssen. Die Arbeiter erklärten deshalb, lieber in die Kneige zu gehen und dort für 5 Pf. zu verzeihen, um ihre Nothdurft verrichten zu können, ohne jemand Vergehrnis zu geben.

Bau Straß 46 a. D., Unternehmer Fehner: Baubude und Abort war noch nicht vorhanden. Dieser Bau war erst im Anfang begriffen, jedoch müßte auch da für ein Obdach sowie für einen Ort zur Verrichtung der Nothdurft gesorgt werden.

Bau Straße 46 a. D., Parzelle 5, Architekt Bürger: Abort direkt an der Baubude, nicht desinfiziert.

Maurermeister Pasch, Wilhelmshof, Edisonstraße: Für vier Bauten ein Abort; die Unfallverhütungs-Vorschriften waren auf keinem Bau sichtbar. Auf einem andern Bau desselben Unternehmers war die Fassadenrüstung nicht genügend abgedeckt; es war keine Brustwehr vorhanden, auch fehlten die Knäcken unter den Streichhaken und die Rüstung war nicht abgeschwertet.

Carlshorst, 13 Neubauten. Baubuden und Aborte scheinen dort etwas Seltener zu sein. Wo letztere vorhanden, bestehen sie aus einem in die Erde gegrabenen Loch. Unfallverhütungs-Vorschriften sind auf keinem Bau sichtbar.

Bau Wilhelmstraße, Maurermeister Glase: Die Baubude für die Bau-Hilfsarbeiter (eine Verlängerung der Baubude) ist ohne Verchluss. Der Abort ist für die 80 Personen, die denselben benutzen müssen, unzureichend.

Bau Wilhelmstr. 55, Maurermeister Pfingst: Eine Baubude für die 90 Hilfsarbeiter ist nicht vorhanden. Der Abort, welcher von 140 Personen benutzt wird, ist unzureichend.

Bau Gärtelestr. 9, Friedrichsberg, Maurermeister Pahl: Abort ein in die Erde gegrabenes Loch, ohne Ruckelne. Schutzvorrichtungen fast gar nicht vorhanden. Unfallverhütungs-Vorschriften nicht sichtbar.

Bau Scharnweberstraße, Parzelle 8, Friedrichsberg, Unternehmer Mathias: Schutzvorrichtungen mangelhaft. Unfallverhütungs-Vorschriften nicht sichtbar. Abort ein in die Erde gegrabenes Loch; nicht desinfiziert.

Mathausbau Lichtenberg, Maurermeister Kiemle: Unfallverhütungs-Vorschriften nicht sichtbar, Abort finster, Tonnen überfüllt, nicht desinfiziert.

Bau Warschauerstraße, Maurermeister Krüger: Schutzvorrichtungen fehlen gänzlich. Unfallverhütungs-Vorschriften nicht sichtbar. Abort in sehr unsauberem Zustande, nicht desinfiziert.

Bau Achenbachstraße, Maurermeister Licht: Die Akkordarbeiter verweigerten über die Lohnhöhe jede Auskunft, tragen jedoch 40 gewöhnliche Steine und Verblendsteine 82. Daher kann angenommen werden, daß der Akkordpreis äußerst niedrig ist und man durch übermenschliche Anstrengung den Verdienst zu erhöhen sucht. Die Folge davon wird sein, daß wenn der nächste Bau angefangen wird, der Unternehmer sagt: Einen derartig hohen Preis zahle ich nicht mehr, denn Sie haben ja auf dem vorigen Bau zu viel verdient. Der Unternehmer zieht ja gewöhnlich nicht die Leistung, sondern den Wochenverdienst in betracht. Manche Arbeiter begreifen aber noch immer nicht, daß sie durch niedrigere Akkorde sich selbst und ihre Mitmenschen schädigen.

Bau Schwedterstr. 18, Gesundbrunnen: Balkon ohne Wellblech, weder abgedeckt noch abgesperrt. Inwendig sehr mangelhafte Abdeckung. Treppengeländer fehlt. Abort-Tonnen defekt, nicht desinfiziert.

Bau Graunstr. 24: Baubude und Abort nicht vorhanden.

Bau Schönhauser Allee, N. u. N. Waller: Beim Abort fehlt die Hälfte der Rückwand, so daß auch da die Sittlichkeit nicht genügend geschützt ist.

Bau Bildenowstr. 2, Unternehmer Lukas: Die Balkone waren weder mit Wellblech ausgeföhrt, noch abgedeckt oder abgesperrt. Die Rüstung befand sich in mangelhaftem Zustande. Der Abort war ohne Dach und ohne Tonnen, ferner nicht desinfiziert.

Bau Held u. Franke, Martinidenfeld: Abort von 3 Tonnen; benutzt werden dieselben von circa 120 Personen.

Bau Emdeuenerstr. 18-14, Unternehmer Kettlich u. Fischer: Baubude zu klein; die Sachen der meisten Arbeiter hängen im freien. Bei eintretendem Regenwetter müssen die Arbeiter, wenn sie nicht im Hobbau der Zugluft ausgesetzt sein wollen, ihre Zuflucht in der Kneipe suchen. Abort nicht desinfiziert.

Bau Artillerie-Werkstatt, Spandau, Unternehmer Bethke u. Bastian: Auf beiden Bauten keine Baubude. Absteigung sehr mangelhaft. Am 18. September wurden zwei Arbeiter verschüttet.

Bau Augsburgerstr. 20, Unternehmer Wohlgemuth: Abort direkt an der Baubude, nicht desinfiziert.

Bau Passauerstr. 17, Unternehmer Großkisch: Schutzdächer sehr mangelhaft. Abort: Dach defekt, ohne Ruckelne, nicht desinfiziert.

Bau Gymnasium Wilmersdorf: Die Aussenrüstung ist nur in der letzten Etage abgedeckt; alle übrigen Etagen sind frei. Die Höhe des Lohns der Akkordarbeiter war nicht zu ermitteln.

Bau Königs-Allee, Ecke Hagenstraße, Grunewald, Unternehmer Müller, Wilmersdorf: Abort defekt, ohne Tonnen.

Bau Kantstraße 47, Charlottenburg, Unternehmer Siecke: Akkordpreis nicht zu ermitteln. (Die Arbeiter tragen 40 Steine.) Es wird auch wohl hier der Grund des Verschweigens darin liegen, daß der Preis äußerst niedrig ist und durch übermenschliche Anstrengung ausgeglichen werden muß.

Bau Wilhelmshofstraße, Oberschöneweide, Unternehmer Kränke: Treppengeländer fehlt. Unfallverhütungs-Vorschriften nicht sichtbar. Abort ein in die Erde gegrabenes Loch, ohne Ruckelne und ohne Dach.

Bau Seestr. 80: Fassadenrüstung mangelhaft abgedeckt. Unter den Streichhaken sind keine Knäcken angebracht. Abort ein in die Erde gegrabenes Loch, ohne Ruckelne, nicht desinfiziert.

Bau Strafanstalt in Tegel, Unternehmer Straubel u. Tesch: Baubude viel zu klein für alle Beschäftigten, die meisten Arbeiter haben ihre Sachen im freien hängen; die Arbeiter sind somit vor Regenwetter nicht geschützt. Abort gleichfalls zu klein. Es arbeiten dort ca. 100 Mann.

Bau Vorfig's Fabrik in Tegel: Baubude zu klein für alle Beschäftigten.

Bau Kupferwerke Deutschlands, Wilhelmshof, Unternehmer Sünzel: Abort ein ausgegrabenes Loch, ohne Ruckelne, nicht desinfiziert.

Das wären die krassesten Mißstände, welche von den Beauftragten bemerkt wurden. Lobend muß hervorgehoben werden, daß in sanitärer Beziehung in Charlottenburg wenig oder gar keine Mißstände zu verzeichnen sind, trotzdem dort eine rege Bauhätigkeit herrscht. Die meisten Mißstände waren in Berlin und den entfernteren Vororten zu beobachten.

Daß auch der Bauwindel noch nicht gänzlich von der Bildfläche verschwunden ist, ist daraus zu ersehen, daß 12 Bauten gänzlich still liegen, und 3 Bauten wurden angetroffen, die unter gerichtlicher Verwaltung stehen.

Auf 8 Bauten wurde das Material mit Fuhrstühlen befördert. Ein fester Lohn ist dort nicht festzustellen, weil die Arbeiter theils im Lohn, theils im Akkord arbeiten.

Nicht zu kontrollieren waren folgende Bauten: der königliche Dom (Hirma Held u. Franke), der Gasanstalts-Bau in der Fichtestraße, die Kirche in Charlottenburg.

So umfangreich auch diese vorgenommenen Erhebungen im Baugewerbe sind, so können sie doch keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen, da das Material gewissermaßen heimlich zusammengetragen werden mußte. Stellt man nun dem gegenüber, was ein vom Staate mit Legitimation versehener Revisor, unterstützt von den Arbeitern, bei einer genauen Kontrolle an Mißständen ermitteln würde, welche Summe von Gehältern, denen die Bauarbeiter in ihrem täglichen Verufe aufgesetzt sind, würde sich da herausstellen!

Mag die Veröffentlichung dieser Mittheilungen die Bauarbeiter veranlassen, sich dieser Sache für die Zukunft mehr anzunehmen als bisher, mögen sie fortgesetzt durch Beschaffung von Material die Forderung: Ausdehnung des Fabrikinspektorats auf das Baugewerbe, unterstützen. Nur durch Erfüllung dieser Forderung kann den gesetzlichen Vorschriften mehr Nachdruck verliehen und dadurch den Bauarbeitern der notwendige Schutz gegen die Gefahren verschafft werden, die auf den Bauten tagtäglich ihrem Leben und ihrer Gesundheit drohen.

Bürgerliches Gesellschaftshaus
Lindenstrasse 96 (am Koppenplatz). Inhaber: H. Lüdcke.
Empfehlen Salzl, bis 120 Personen fassend, sowie große Vereinszimmer. Gute Küche und wohlgeputzte Bier zu soliden Preisen. [34422]

M. Wörchel, C. Jüdenstr. 3536
(An der Stralauerstraße) 29849
empfehlen sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal nebst gr. Vereinszimmer u. 20-30 Pers. Frühstücks-, Mittags- u. Abendstisch u. solid. Preis

Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Jeden Sonntag: Grosser Ball. - Anfang 6 Uhr. - Ende 2 Uhr.
Einige Sonntage sind noch im Oktober und November zu vergeben.
Hermann Brüder.

S. Selbiger, Schuhwaaren-Haus Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstrasse.

Ausnahme-Preise

von Sonntag, den 7. November, bis Sonntag, den 14. November.

Herren-Stiefel
früher 7,50 8,30 9,20 11,00
jetzt 4,50 5,50 6,50 8,35 Mk.
dieselben sind mit Schaft und Gummizügen in allen Grössen und Weiten am Lager.

Damen-Stiefel
früher 5 6,20 7,45 8,30 9,70
jetzt 4 4,90 5,30 6,25 7,30 Mk.
in den feinsten Ausführungen.

Specialität
Für Fussleidende
wird Gelegenheit geboten, an diesen Ausnahmetagen das Beste für wenig Geld zu erhalten.
Sämmtliche Grössen und Weiten sind am Lager.

Pelz-Stiefel
für Herren, Damen und Kinder zu staunend billigen Preisen.

Grosses Lager
in Filzschuhen und Pantoffeln sowie Gummischuhen in allen Grössen und Weiten.

Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

In Kellerechnen bedeutende Auswahl.

In Kellerechnen bedeutende Auswahl.

Der belgische Gesetzentwurf über die Verleihung der Korporationsrechte an die Berufsvereine.

In der belgischen Kammer ist in den letzten Tagen über einen Gesetzentwurf debattiert worden, der für die Arbeiterschaft von ganz besonderer Bedeutung ist. Es handelt sich um ein Gesetz, das die Verleihung der Korporationsrechte an die Berufsvereine vorsieht. Zur Zeit ist die Generaldebatte über den Entwurf bereits geschlossen und die Kammer ist bei der Spezialdebatte und der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen angelangt. Alle von demokratischer und sozialdemokratischer Seite eingebrachten Änderungsanträge sind, soweit sie bis jetzt zur Abstimmung gelangten, von der liberalen Mehrheit abgelehnt worden. Der ehemals ziemlich liberale Regierungsentwurf dürfte, nachdem er schon eine Wandlung in der Zentralkommission der Deputiertenkammer durchgemacht hat, und weiteren Verschlechterungen in der Kammer ausgesetzt gewesen sein wird, ein recht verändertes Aussehen erlangen. Der jetzt der Kammer vorliegende Entwurf ist bereits am 7. August 1889 von dem damaligen Justizminister Lejeune eingebracht worden; infolge der Verfassungsrevision wurde er fallen gelassen, bis 1894 der neue Justizminister Wegerem die Vorschläge seines Vorgängers wieder aufnahm. Der ehemalige Entwurf ist durch den letzteren ganz wesentlich ausgestaltet und vervollkommen worden. Die Besorgnisse vor der toten Hand, welche früher davon abhielten, anderen, als den Handelsgesellschaften und den Hilfsvereinen auf Gegenseitigkeit die juristische Persönlichkeit zu verleihen, sind geringere geworden; man ist zu der Ansicht gelangt, daß der gegenwärtige Rechtszustand die kirchlichen Genossenschaften keineswegs in ihrer Entwicklung hindere, dagegen jene der übrigen Vereine ganz wesentlich erschwere. Der ursprüngliche Wegerem'sche Entwurf wird von Emil Vanderveelde in der letzten Nummer des „Archivs für soziale Gesetzgebung“ in recht anschaulicher Weise erläutert, so daß wir in Nachstehendem uns wesentlich auf jene Ausführungen stützen konnten. Die juristische Persönlichkeit, so schreibt Vanderveelde, soll nach dem Entwurf der Regierung allen Berufsvereinen ohne Unterschied und nicht nur den industriellen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Syndikaten verliehen werden. Zur Erlangung dieses Rechts haben die Vereine lediglich ihre Statuten einzureichen und die Liste der Mitglieder zu veröffentlichen, welche in irgend einer Form an der Leitung des Vereins teilnehmen. Sodann sollen die Berufsvereine kraft ihrer gesetzlichen Anerkennung Projektfähigkeit besitzen, zur Annahme freigelegter Anwendungen unter Lebenden oder von Todeswegen befugt

sein (vorausgesetzt, daß sie die Genehmigung hierzu gemäß Artikel 76 des Gemeindegesezes haben) (Artikel 8), und bewegliches Vermögen, ohne Festsetzung einer Schranke, eignen dürfen. Zudem gestattet ihnen Artikel 1 den Betrieb von Handelsgeschäften „unbeschadet der gesetzlichen Bestimmungen über die Handelsgesellschaften oder anderer Vereinigungen, falls sie deren Form annehmen“. Was das unbewegliche Vermögen betrifft, so wird zur Vermeidung der Mißstände der toten Hand vorgeschlagen, die Vereine einer besonderen Steuer zu unterwerfen und ihre Befähigung zu beschränken. „Die Berufsvereine dürfen zu Eigenheim oder in anderer Weise nur die Immobilien besitzen, welche notwendig sind für ihre Zusammenkünfte, ihre Geschäftsräume, ihre Fachschulen, ihre Bibliotheken, ihre Sammlungen, ihre Versuchsfelder, ihre Stellenvermittlungsbüros, ihre Arbeitshäuser, ihre Lehrlings- und Arbeitslosenwerkstätten, ihre Krankenhäuser und Gerbergen.“ (Art. 7.) „Anstelle der bei Successionen unter Lebenden oder von Todeswegen fälligen Gebühren wird zu Gunsten des Staates eine Jahresabgabe von den den Berufsvereinen gehörigen Immobilien erhoben.“ (Art. 9.) Bezüglich der Dauer der Berufsvereine ist nichts bestimmt. „Im Falle der Auflösung darf das Vereinsvermögen nicht unter die Mitglieder verteilt werden. Mangels besonderer Anordnungen in den Statuten hat die letzte Generalversammlung einen ähnlichen Verein oder eine mit dem Verein in Verbindung stehende Wohlthätigkeitsanstalt zu bestimmen, an welche das Vermögen fallen soll.“ (Art. 12.) „Die Verbände von Berufsvereinen sind der juristischen Persönlichkeit in den Schranken und unter den Bedingungen theilhaftig, wie sie die vorstehenden Bestimmungen enthalten.“ Um endlich den Berufsvereinen volle Handlungsfreiheit zu wahren, schlägt die Regierung die Aufhebung der Schlussbestimmung des Art. 310 § 1 des Code pénal vor, welche mit strengen Strafen bedroht, wer zwecks Erhöhung oder Herabsetzung der Löhne oder zwecks Beeinträchtigung der freien Ausübung der wirtschaftlichen Thätigkeit und der Arbeit... die Arbeitenden oder die Arbeitgeber, mit Geldbußen, Verböten oder irgendwelcher Sperre bestraft.“ Die Annahme des Gesetzentwurfs, dessen Hauptbestimmungen wir vorstehend resumierten, würde somit den belgischen Berufsvereinen eine so außerordentlich günstige Verfassung geben, wie sie für diese Institutionen sonst wohl nirgends in Europa existiert. Gewiß sind die Bestimmungen des Entwurfs im einzelnen noch verbesserungsfähig und lassen sich noch durch Zusätze erweitern. So wäre namentlich ein Zusatz angebracht, der ähnlich dem Entwurf Bowier-Papierre's in Frankreich Angriffe auf die Vereinigungsfreiheit mit Strafen ahndet. Die „Zentralsektion“ der Kammer hat dem Entwurf in mehreren Hauptpunkten Zusätze angefügt, welche eine entschiedene Verschlechterung bedeuten. Auf die Bestimmungen des ersten Entwurfs (von Lejeune) zurückgreifend, schlägt sie vor, von der Ausdehnung des neuen Ent-

wurfs auf sämtliche Berufsvereine abzusehen, den Vereinen fernor den Betrieb von Handelsgeschäften zu verbieten und die Strafvorschriften des Art. 310 Code pénal ungeschwächt aufrechtzuerhalten. Ferner will sie die Gewährung der juristischen Persönlichkeit von zwei Bedingungen abhängig machen, welche die meisten Arbeitersyndikate als unannehmbar betrachten, nämlich von der Einreichung eines seitens der Vereinsleitung gehörig beglaubigten Mitgliederverzeichnisses und sodann von der Mittheilung einer Rechnung über Einnahmen und Ausgaben an die Regierung, wobei sich der Verein einem bestimmten Schema anpassen soll. Gelangte dieser Vorschlag zur Annahme, so würden zweifellos viele Syndikate lieber auf die juristische Persönlichkeit verzichten, als die Namen ihrer Mitglieder angeben oder den Stand ihrer Finanzen. Es ist ja wohl richtig, daß diese Mittheilungen nicht ohne Zustimmung der Vereine veröffentlicht werden dürfen, man ist aber in Arbeiterkreisen, ob mit recht oder mit unrecht, völlig überzeugt, daß es den Unternehmern dann nicht schwer fallen werde, die Mißquellen der Streiklassen sowie die Namen ihrer Mitglieder in Erfahrung zu bringen. Soll aber das zu schaffende Gesetz wirklichen Nutzen stiften, so ist jedenfalls unbedingt erforderlich, einen derartigen Argwohn durch Aufhebung der ihn veranlassenden Bestimmungen zu beseitigen. Eine weitere Differenz in den Ansichten der Zentralsektion gegenüber dem Regierungsentwurfs zeitigte die Frage der Ausdehnung des Entwurfs auf die sogenannten liberalen Berufe. Ohne prinzipiell der gesetzlichen Anerkennung der Vereine abgeneigt zu sein, welche von den „Professionnels de l'Intelligence“ gegründet werden, wie sie die Regierung in den Motiven nennt, hält die Zentralsektion dafür, diese Frage — deren hohe Wichtigkeit niemand verkennt, deren Lösung jedoch in vorliegenden Entwurf nicht angebracht erscheint — einstweilen zurückzustellen, um sie im Bedarfsfalle zum Gegenstande einer besonderen Vorlage zu machen. Als hauptsächlichster und, wie man wohl behaupten darf, als einziger Grund wird hierfür angeführt, daß die bezüglichen Bestimmungen in der vorgeschlagenen Fassung durchaus unzulänglich sind und nicht gestatten, den zahlreichen bestehenden wissenschaftlichen, literarischen und anderen Institutionen die gesetzliche Anerkennung zu verleihen, seien sie ihrer auch in jeder Hinsicht würdig.“ Das die hauptsächlichsten Punkte der beiden Entwürfe. Die Debatten in der Kammer, die wir im Auszug unseren Lesern zur Kenntniß gebracht und die theilweise schon erfolgten Abstimmungen zeigen, daß auch in Belgien die Furcht vor der aufstrebenden Arbeiterklasse zu groß ist, als daß man es wagt, ihr eine wirklich freie Entfaltung zu gewährleisten. Das Resultat der weiteren Abstimmungen, die in den nächsten Tagen beendet sein werden, sowie die darauf folgenden Verhandlungen im Senat, werden wir ebenfalls nicht verfehlen, unseren Lesern zu unterbreiten.

Photograph W. K. Böhme
Berlin, Lindenstr. 43, gegenüber der Zimmerstr., liefert für **Vier Mark** zwei Kabinett- und zehn Visitenbilder, auch nach eingehenden Bildern Reproduktion u. dergl. 34902*
Das Atelier ist täglich, auch Sonntags bis zur Dunkelheit geöffnet.

Homöopath. Arzt **Dr. Hoesch**, Linienstr. 149, 8-1-5-7, Sonntags 8-10, f. Brust-, Unterleibs-, Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten
Poliklinik Liesenstr. 17, 2-3 Uhr. 3009L*

Künstl. Zähne, vorzüglich, unter Garantie, legt schmerzlos ein; schmerzlos Zahnziehen, Zahnschmerz beseitigt unsehbar sofort. Reparaturen; Zahnreinigung, Goldstein, Drantenstr. 123.

Münzel's ältestes bestrenommiertes Loh-Tannin-Bad
Paustraße 32.
Neu renovirt. Grösste Sauberkeit. Neue Decken. Neue Wäsche. Besten im Hause. Heilt Fieber und radikal Licht-Rheumatismus, Haut-, Blut- u. Frauenkrankheit etc. Täglich geöffnet für Damen u. Herren. Prospekt mit Dankschreiben Gebetter gratis und franco. Probebad 1 M. B. Schneider.
Loh-Tanninbäder für Krankenkassen.

Qualitäts-Cigarren!
10 Stück nur 55, 60, 70, 80, 90 Pf., 1 Mk. bis 3 Mk. 35932*
mit und ohne Mundstück, 100 Stück von 50 Pf. an.
Wiederverkäufern extra hohen Rabatt!
Albert Konschewski & Co.
Centrale: Leipzigerstr. 63a.
Filialen: Brunnenstr. 22, Grosse Frankfurterstr. 49, Invalidenstr. 145, Kaiserstr. 43, Münzstr. 23; Kottbus: Berliner Strasse (an der Mauer-Strasse).

Mk. 12,50 **Flüssb. Regulatour** 14 Tage gehend, schlängelnd, 1 Meter lang. Reparaturen schnell und billig. Uhrmacher **H. Zimmermann**, Juwelier, Cranienstr. 206, nahe Rantenschiffstraße. 33672*

Tomprowski, Berlin C., Jüdenstraße 37, I. Etage.
Lager fertiger Garderobe und nach Maass.
Winter-Paletots zu 15, 20, 25, 30 M., Mäntel zu 20, 25, 30, 35 M., Anzüge zu 20, 25, 28, 35 M., Joppen zu 9, 10, 11, 14 M., Hosen zu 5, 6, 8, 10 M.
Bei Garderobe nach Maass Theilzahlung monatlich 10 M. gestattet. Wegen Baar billige Preise. 34342*

Metzner's Korbwaaren-Fabrik
Berlin, Andreasstr. 23, vis-à-vis dem Andreadplatz.
II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldtbr., III. Geschäft: Beusselstr. 67 (Rosastr.), IV. Geschäft: Leipzigerstraße (Spittel-Kolonaden).
Kindervagen, bestes Lager Berlins. Wasserbüchse gratis. sahle ich jedem, der mit in Berlin ein größeres Kinderwagen-Lager als das meine nachweil. 20952*

Baer Sohn
24a Chausseestrasse 24a. 11 Brückenstrasse 11, 16 Gr. Frankfurterstr. 16.
Fabrikation im grossen Maassstabe.
Streng feste, sehr billige, in Zahlen gezeichnete Preise.
Die 10^{te} reich illustrierte Preisliste 1897/98 ist erschienen und wird auf Wunsch gratis und franko zugesandt.

Winter-Paletots , weicher Double, in schönen glatten Farben, mit warmem Futter, 25.- 20.- 18.- 12.- 10 Mk.	Festtags-Anzüge , Sammet, Sammet-Gewand u. elegant, durchwirk. Stoff, 50.- 45.- 40.- 36.- 30.- 18 Mk.
Winter-Paletots , Götting, Krimmer, Gewand, Floccano in prächtiger Auswähl mit eleg. Futter, 45.- 38.- 35.- 21 Mk.	Gehrock-Anzüge , zweireihige, lange Tragen, mit vorzüglichem Schnitt, 60.- 50.- 40.- 36.- 33 Mk.
Winter-Hosen , Schöne Belour-Maaren. — Besondere Leistungsfähigkeit. 6.- 5.- 4.- 3 Mk.	Joden-Joppen , mit warmem Futter, in enormer Auswähl, 18.- 15.- 12.- 9.- 6 Mk.
Hohenzollern-Mäntel mit großer, weisfarbiger Woden-Pelleine, in feinen Ausführungen, 65.- 60.- 50.- 45.- 36.- 30.- 25.- 21 Mk.	

Schlaf-Röde 24.- 18.- 15.- 12.- **8** M. 50
Knaben-Mäntel 12.- 8.- 6.- 4.- **3** M.
Jünglings-Mäntel 25.- 20.- 15.- 12.- **9** M.
Falls obige Angebote ausverkauft sind, wird Ersatz oder Renansfertigung ohne Preis-Rückschlag gewährt.

Moderne Maass-Anfertigung.
Einfacher, mittlerer und sehr vornehmer Geschmack.

HERREN- u. KNABEN-Bekleidung.
Künstl. Zähne 2 M. Schmerz. Zahnziehen 1 M., Plomb. 1,50 M. Thoilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22, Spr. 9-6 U. Unfallsachen, Klagen, Eingaben Putzger, Steglitzerstr. 65.

Bettfedern
das Pfund für 50 Pfennig. Ganzschlechtes 1,25 M. enorme Auswahl (auch in Julett und Bezügen). Fertige Betten der große Stand 12 Mark. A. Schonert 8 Marianne-Platz 8.



Betten
Kompl. Federbett, groß, u. neuen Federn, Bettstelle, Matratze u. Kissen, alles zusammen 23.-. Das selbe feiner 33.-, 43.-, 63.-, 73.- u. höher. Betten-Fabrik Stand 10.-, 11,50, 18.-, 30.- bis allerfeinste. Stoffen der Betten auf Wunsch im Betteln der Käufer Bettstellen, deutsche u. englische, für Erwachsene u. Kinder. Voller Bettstellen, Chaiselongues, Matratzenfabrik. Kinderwagen, Kisten, Auswähl, hochmodern 10.-, 16.-, 20.- b. allerfeinste Kinderstühle, Puppenwagen, Theilzahlung nach Vereinbarung gestattet. Kant III 6281.
Kinderwagen u. Schlafmöbel-Bozar Baby.

I. Juvallender, 160, u. d. Marktstraße. II. Alexanderstr. 44 (Alexanderplatz). III. Cranienstr. 70, Ecke Kommandantenstraße. IV. Reinickendorferstraße 2 D-E. V. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 22, I. Für Wiederverkäufer nur Juvallenderstr. 160.

Größtes Spezialgeschäft für **Bettfedern und Betten.**
Weltbekanntes billiges Bezugsquell.
L. Beutler, Berlin, Hauptgeschäft: 28, Gde Juvallenderstr. 2. Geschäft: Rantenschiffstr. 11. 3. Geschäft: Rantenschiffstr. 25. 4. Geschäft: Reinickendorferstr. 61a.
Bettfedern Pfund 50 u. 75 M. Halbbaunen 1,00-1,50 M. Graue Baunen 2,00-2,50 M. Fertige Betten, Oberbett, Unterbett, 2 Kissen 10 M., mit guten Federkern und neuen gereinigten Federn, bessere Sorten: Stand 12, 15-18, 21 M. Hochfeine Brandbetten 30-45 M. Große Polsterbettstellen Stück 8 Mark. Prima 10 Mark. 30142*

Bruch bandagen
aller Art, Verbinden, Spritzen, Zuspensorien aller Größen, Unterlagekissen, Verbandstoffe, sowie alle Artikel zur Krankenpflege empfangt.
J. Ch. Pollmann, Wandbist. 30, Linienstraße 30. Eigene Werkstatt. 25jähr. prakt. Erfahrungen. Referenzen sämtl. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen.

Neu aufgenommen: Schuhwaaren.

Ganz besonders preiswerth! — — — Ganz besonders preiswerth!

Damen-Steppschuhe, Polster, Lederabsatz, Seitenleder	Mk. 2,20	Herren-Zug-Stiefel, Rind-Spalt-Leder, genagelt, guter Arbeits-Stiefel	Mk. 4,50
Damen-Filz-Schnür-Stiefel, Lederbesatz, warm gefüttert	„ 3,25	Herren-Besatz-Stiefel, genäht, gutes Prima Rossleder mit Knöpfen	„ 5,75
Damen-Knopf-Stiefel, Pr. Rossleder, ausgenähte Knopfschneher, sehr haltbar	„ 5,90	Mädchen- u. Knaben-Schnür-Stiefel, genarbt, Rindleder in Besatz oder Blattschnitt, sehr haltbar	„ 3,75
Damen-Zug-Stiefel, Rossleder, genagelt, sehr dauerhaft	„ 4,50	Mädchen- und Knaben-Knopf-Stiefel, Rossleder, genagelt, sehr haltbar	„ 4,25
Herren-Spiegelross-Stiefel, gewalzt, ohne Seitennath, guter Pr. Spiegelschaft, genäht	„ 7,75	Kinder-Knopf-Stiefel, Rossleder, genagelt von	„ 2,40 an.

Stets grosse Auswahl in Filz-Schuhen und -Pantoffeln.

181 Müllerstr. - M. Grünberg Nachfl., Inh. Adolf Jacob. - Müllerstr. 181.

Ungarwein Fruchtwine Cognac Rum Stonsdorfer

Ungarwein
besten Qualität,
à Literflasche Mk. 2,10,
à 6 Literflasche Mk. 9,25.

Fruchtwine
Johannisbeer-Wein,
weiss und roth,
Feidelbeer- u. Stachelbeer-Wein,
à Literflasche (1/2 Liter) 75 Pf.

Cognac
- deutscher -
à Literflasche Mk. 2,10, 2,50, 3,-,
Cognac fine Champagne,
1/4 Liter à Mk. 3,50, 4,50, 5,50.

Rum
anerkannt gut
à Literflasche Mk. 1,10, 1,60, 2,10
bei Aufnahme von 5 Flaschen
à Liter 10 Pf. billiger

Stonsdorfer
Liquor à Liter 1,20, 5 Liter 5,50
Echt alt Nordhäuser à Liter 1,-, 5 Liter 4,50
Pomeranz, Ingber, Wachholder,
Getreide-Sammel à Liter Mk. 1,-

Eugen Neumann & Co., Berlin SW. 68.

Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV, 3679. - Neue Friedrichstr. 81. - Dannebergstr. 190. - Gieselerstr. 29. - Grüner Weg 56. - Kommandantenstr. 67. - Wilsenhofstr. 25. - Charlottenburg: Kaiser-Friedrichstr. 48. - Potsdam: Baderstr. 7. - Vom 1. Oktober ab auch Schöneberg: Hauptstr. 129.

H. Richter, Optiker,
Berlin O.,
Wallstrasse No. 1,
Ecke Spittelmarkt.
Anerkannt beste und billigste
Beugungsgläser aller Art.



Rathenower
Neugold-Brillen u. Pincenez
garantirt nie schwarz werdend,
von Gold nicht zu unterscheiden
untercheiden
Ridel-Brillen u. Pincenez Mk. 1,50
do. allerfeinste Qualität 2,-
Rathenower Stahlbrillen 1,-
Brillen u. Pincenez in echtem
Goldblech, von 5 Mk. an; massiv
Gold 8 Mk., stärker 10 Mk., stark
12 Mk. bis zu den schwersten.
Alles mit den besten
Rathenower Krystallgläsern
versehen.

Operngläser,
rein achromatisch, von 5 Mk. an.
Richter's
Opern- u. Reiseglas



„Excelsior“
mit 8 Gläsern, Compas, 12 M.
Leder-Gehäuse u. Klemmen
übertrifft anerkannt alles bisher
berait Gebotene an Klarheit,
Schärfe, Festigkeit u. Billigkeit.
Prompter Verkauf nach
Ansehens gegen vorherige
Einsendung od. Nachnahme.
Preislisten gratis u. franco.
Genaueste Nachbestellung.
Eigene Werkstatt. (3171L)
Sonntags 8-10, 12-2 geöffnet.

Knaben-Anzüge,
Knaben-Paletots,
Einzelne Hosen
für das Alter von 2 bis
18 Jahren, nur eigener
Fabrik, empfiehlt in
grösster Auswahl zu
den billigsten Preisen
Karl
Hustädt,
Berlin O.,
Koppenstr. 85 pt.
2 Minuten
u. Schleichenden Bahnhof.

Filz-Hüte
in grösster Auswahl
für Damen
u. Kinder, gar
nicht zu ungenügend
zu anerkannt
billigen Preisen,
auch Trauerhüte.
W. A. Peschke
Berlin, 1. Gesch. d.
Königsstr. 30,
2. Gesch. d.
Königsstr. 39.
Eigene Strick- und Filzfabrik
bei den Geschw. Kohnen.
Geogr. 1871. Ferner Amt VI. 6341.

Ausverkauf meines Riesenlagers in fertiger Herren-
Garderobe zu spottbilligen Preisen.
Herren-Paletots, sonst 45 M., jetzt 30 M., Mäntel, sonst 40 M., jetzt 25 M.
„ Anzüge, „ 40 M., „ 25 M., Fenster-Modelle bedeutend unter
Preis. Einzelne Hosen, Joppen, Schlafrocke, Knaben-Anzüge und Paletots.
Simon Graetz, Berlin C., Gertraudenstr. 18-19.

Gegen Ermüdung, Nüchternheit und Rheumatismus.
Loh-Tannin-, Heisstrockenluft- und Dampfkastenbäder
mit Verpackung, Massage.
Ritter-Bad, Bad Frankfurt,
18 Ritterstr. 18 (Ecke Prinzenstr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136.
Bäderlieferung für sämtliche Krankenkassen Berlins und Umgegend.

Afrana liefert über 2000 Stiche die Minute.
Afrana näht ohne Unterbr. vor- und rückwärts.
Afrana näht dicke u. dünne Stoffe gleich schön.
Zu haben bei: Louis Blochwitz, I. Geschäft: Oranienstrasse 62. Strausbergerstrasse 26.
G. A. Büttner, II. Geschäft: Alexanderstrasse 65. Andreasstrasse 79.

Kein Laden!

Aufruf!
Goldene 61
Oranienstrasse 61, Ecke Moritzplatz
I. Etage. 32972*

Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe
Eigene Werkstatt im Hause.
Anfertigung nach Maass ohne Preiserhöhung.

Herren-Paletots von 10 M. an	Burschen-Anzüge von 9 M. an
Herren-Anzüge von 12 M. an	Burschen Paletots von 8 M. an
Herren-Hosen von 3,50 M. an	Knaben-Anzüge von 2,75 M. an

Für tadellosen Sitz, gute Stoffe und reelle Arbeit trage ich Sorge.
Da die grosse Ladenmiete erspart wird, bin ich billiger wie jede Konkurrenz.

Kein Laden!

Kur-Bade-Anstalt und Massage
für Rheuma-, Gicht- und Nervenranke
veraltete Leiden
von H. Mania, Brunnenstrasse No. 16. (30060)*
Loh-, Dampf- und Heissluft-Kasten-Bäder,
Kohlensäure und andere medizinische, sowie Wannenbäder,
Lieferant u. Masseur sämtlicher Ortskranken- u. Freier Hilfssassen
Die Filiale nur für Massage ist Thurnstr. 46 (4-5 Uhr.)
Langjähriger, nicht in einigen Tagen ausgebildeter
Anstalts-Masseur.
NB Bitte meine Anstalt nicht mit der Brunnenstr. 2 zu verwechseln

Sonnabend: Rest-Verkauf!
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57-59.

J. Baer,
Berlin N., (30100)*
nur Gesundbrunnen
26, Badstrasse 26,
Ecke Prinzen-Allee,
empfeht, wie bekannt, in weither Aus-
dehnung und überbilligsten Preisen
**Herren- u. Knaben-
Garderobe,**
- Arbeitssachen. -
Anfertigung nach Maass.

Möbel-Gelegenheitskauf. Neue Schönhauserstr. 2
(früher Rosenkranzstr. 13)
Liefert bürgerliche Wohnungs- u. Einrichtungsgegenstände schon von 100 Mk. an.
Constante Zahlungsbedingungen, Lager gedruckter und verlegener
gewerblicher Möbel, eigene Tapeten- und Dekorations-Werkstatt.
3467* Transport durch eigene Gespanne, auch nach anseherlich.
Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gef. schw. verfl. und finn. Fleisches.
Kundenscheck pro Pfd. von 30 Pf. an,
Schwemmelfleisch 40 Pf. (29061)*
Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof

Höchst beachtenswerth!

Wer bei der bevorstehenden Winter-Saison sein Geld für Herren- und Knaben-Garderoben nicht fortwerfen will,
denke seinen Bedarf nicht in sogenannten Reflektoren oder Ausverkauf-Geschäften. Die marktüblichen Aufwindungen dieser Art Geschäfte
erwecken den Anschein, als würde die Waare sehr vertheuert; indes sind sie nur auf Täuschung des Publikums berechnet. Jeder denkende
Mensch wird zugeben müssen, dass kein Geschäft ohne Nutzen arbeiten resp. bestehen kann; das ist aber gerade der Zweck marktüblicher
Reflektoren: unter allen Umständen Käufer anzulocken. Das Geschäft wider den unglücklichen Vertheuerer hat in dieser Hinsicht wenig
geändert, denn in allen Stadtgegenden, besonders aber im Süd-Osten, liess man nach wie vor derartige Aufwindungen, die schon jahrelang
vor sich gehen und so lange andauern, als - Gardou - die Damen nicht alle werden. Leute, die auf derartige schwindelhafte An-
preisungen hereinfallen, machen nach sehr kurzer Zeit die trübste Erfahrung, dass sie die aus verlegener und Kammiswaware bestehenden Gegen-
stände mit dem so fabelhaft billig ersehnenen Kaufpreis weit über ihren wirklichen Werth bezahlt haben. Wer sich daher vor Schaden
bewahren will und auf wirklich reelle Bedienung Anspruch macht, melde solche Geschäfte und besorge seine Einkäufe nur
bei soliden Firmen, denn die Preise sind anlässlich des heutigen, oft fast schamlos zu nehmenden Konturenkaufes im eigenen
Interesse aus billiger geholt. Wehnt auf den langjährigen guten Ruf meines Hauses, - eine Folge der gewissenhaften Bedienung
weicher weitverbreiteter Kundenschaft - darf auch ich getrost mein Geschäft zu den bestenommitrierten der Herren- und Knaben-Garderoben-
Branche am höchsten Preise zählen. Die Beschäftigung meines reichsortierten Lagers in fertigen Anzügen, Paletots,
Mänteln etc. ist auch Nichtkäufern gern gekannt und besonders jetzt noch Eingang der Neuheiten für die Winter-Saison sehr zu
empfehlen. Einige der recht geschmackvollen Muster sind in meinem grossen Schaufenster ausgestellt. Die Preise sind streng
fest, an jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt und in anseherlich der vorzüglichen Qualität
der Stoffe und besseren Ausführung billiger als wie sie die sogenannten Reflektorgeschäfte zu bieten im Stande sind. An-
fertigungen nach Maass werden in eigener Werkstatt und in kürzester Zeit, wenn möglich schon innerhalb 12 Stunden
ausgeführt; für tadellosen Sitz der Kleidungsstücke leiste ich Garantie. Gleich ungenügender Anprobe sind Ankleide-Kabinets
vorhanden. Ich habe das Bewusstsein, auch den vornehmlichsten Anforderungen in jeder Weise genügen zu können und richte daher an das geehrte
Publikum das Ersuchen, bevor es seinen Bedarf anderweitig deckt, sich von der Wahrheit meiner Offerte zu überzeugen.
31880*

Dochachtungsvoll: **Carl Zobel, Herren- u. Knaben-Moden,** 80., Köpenickerstrasse 121, Telephon: Amt VII
Ede Wilschstrasse.

Jede Dame spart Geld
beim Einkauf von
Damenmänteln,
Winterjackets,
hochleg. Modelle in
Kragen, Capes,
Stickerien auf
Seidenplüsch,
Federkimmer,
Seal von 5-15.
Abendmäntel
auf Seide wartet, mit
echten Straußenfedern,
Preisreizen 30, Stoff-Abend-
mäntel, Gelegenheits-
kauf 8 Mk., Kragen,
Golf-Capes von 3-10 Mk.
Landsbergerstr. 59 1 Treppe
kein Laden

Trauringe reelle Tafeln, ge-
goldet, 22 Karat, 2 Stück,
22,50 Mk. 1/2, Dufat, 17,50 Mk. Kronen-
gold gefasst 900, 7 Gramm 20,50 Mk.
5/4, Gramm 15,50 Mk. Alle anderen
Goldarbeiten ebenso reell. (2724b)
Hugo Lemcke, Auguststr. 91 pt.
nahe d. Oranienburgerstr. Geogr. 1840.